



3. Heft / 13. Februar 1913

## HEINRICH PEUS · ZU VIEL REDEN, ZU WENIG WILLE



**K**ÖNNEN Sie mir einen Ort nennen, wo es noch langweiliger wäre als hier im Reichstag?« So fragte mich an einem der letzten Tage der Debatte über das Reichsamt des Innern ein alter Parlamentarier, ein Parteigenosse. Er zweifelte offenbar an meiner Fähigkeit ihm den noch langweiligern Ort nachzuweisen. Als er so fragte, waren 40 Abgeordnete im Saal. Die meisten anderen waren schon abgereist. Aber auch von den noch im Reichstag Weilenden zogen die meisten den Aufenthalt außerhalb des Plenarsitzungssaals vor.

Es ist etwas nicht in Ordnung mit der Gestaltung und Handhabung der Dinge im Plenum des Reichstags. Es werden zu viel Monologe gehalten, über die es zu gar keiner Debatte kommt. Man spricht, um gesprochen zu haben. Das gilt für alle Parteien. Auch für die Sozialdemokraten. Was der einzelne sagt, hat immer seinen Wert — an a n d e r e r Stelle, nicht aber immer auf der Tribüne des Reichstags, wo das Gesprochene nicht nur für 397 Abgeordnete und die Regierung, sondern auch für das ganze Leserpublikum der Presse des ganzen Reichs interessant und wertvoll sein soll. Es wird zu viel von der Reichstagstribüne gesprochen, was in die Debatte der Kommissionen gehört. Man redet zu lange, man wiederholt sich zu oft. Man spricht zu viel und zu lange, nur um mit einem recht langen Bericht in die Zeitung zu kommen, um das Stenogramm hernach in einer größeren Anzahl von Exemplaren an alle möglichen Adressen zu senden, die daraus erkennen sollen, was für ein bedeutender Redner der Abgeordnete sei.

Es wird im Reichstag zu viel *geschwätzt* und zu wenig getan. Zwar Resolutionen beschließt man die Hülle und Fülle, über viele Dutzende wird am Schluß des Etats abgestimmt: nicht sehr gewissenhaft sondern nur um einen Abschluß zu geben. Der Inhalt dieser Resolutionen ist aber entweder so allgemein, daß oft genug der ganze Reichstag oder doch eine gewaltige Mehrheit für sie stimmt, oder aber er ist so spezialisiert, daß die einzelnen Parteien, weil gar keine eigentliche Beratung vorangegangen ist, sehr leicht erklären können, sie wären zwar im allgemeinen mit der Tendenz des Antrags einverstanden, aber wegen dieses und jenes Punktes könnten sie nicht

für das Ganze stimmen. Dann gibt es manchmal getrennte Abstimmungen, die aber, da die Abstimmungen der Parteien oder das Stimmenverhältnis nicht festgestellt werden, auch recht wenig Wert und Bedeutung haben.

Infolge der uferlosen Redeflut kommt das Recht der Initiative des Reichstags zu Gesetzgebungsvorschlägen in ganz unerträglicher Weise zu kurz. Die sogenannten *Schwerinstage* sind fast stets ausgefallen. Und diese Beschränkung der Beratung von Initiativanträgen des Reichstags auf einen Tag in der Woche war schon eine starke Beeinträchtigung des Rechtes des Reichstags auf eigenschöpferische Gesetzgebung. Daß aber nun durch die maßlose Rederei über alles und jedes in endloser Länge dieser wichtige Teil der Reichstagsarbeit nahezu ganz aufgehört hat, ist einfach nicht zu verantworten. Der Reichsregierung kann der Zustand der Dinge schließlich recht sein. Die Staatssekretäre machen ganz den Eindruck, als dächten sie, das Verhängnis alle Jahre 1 bis 3 Wochen lang allerlei Einzelklagen anhören zu müssen sei mit stoischer Ruhe hinzunehmen, hier und da müßten sie auch einmal anstandshalber ein paar Worte erwidern, aber im ganzen könnten sie doch mit dem Verlauf zufrieden sein, weil die Entscheidungsmacht des Reichstags sich erfreulicherweise in Kritik und wirkungslosen Resolutionen fast erschöpft, aber nicht dazu kommt der Regierung für ihre Betätigung die nötige Direktive zu geben. Wie das Parlament bei der undisziplinierten Rederei der Verlierer, so ist die Bureaucratie der Gewinner. Der Reichstag muß sich weniger als vor dem Volk redender vielmehr als für das Volk mit Willensmacht agierender Körper fühlen. Nicht mit Beredsamkeit glänzen wollen sondern den Volkswillen zum Gesetz erheben: das sei das Ziel. Je mehr klare Entscheidungen zu Gesetzentwürfen der Regierung wie des Reichstags selbst unter genauer Feststellung der Haltung der Parteien herbeigeführt werden, um so besser. Eine genaue Zusammenstellung der Beschlüsse des Reichstags nach jeder Session unter Angabe des Verhaltens der Parteien würde auch für die Aufklärung des Volkes vorzüglich wirken. Und das Volk gäbe bei den Wahlen seine Antwort sicher entschiedener als bisher.

Soll aber die Willenskraft des Reichstags und damit des Volkes mehr zur Geltung kommen, dann muß die Redelust unbedingt eingeschränkt werden. Ich schätze, daß im allgemeinen die Reden auf ein Drittel und noch mehr reduziert werden könnten. Das gilt vor allem von den langen Reden. Besonders überflüssig sind Deklamationen, von denen man mit Sicherheit wissen kann, daß sie auf den Gegner nicht umstimmend wirken. Die Benutzung der Reichstagstribüne als Tribüne, von der aus man agitatorisch zum Volk spricht, hat bei der heutigen Entwicklung der Presse und Literatur ihr Recht verloren. Als vor einem Vierteljahrhundert noch kaum einige zehntausend Blätter im Volk den Sozialismus predigten, da hatte es Sinn von der Tribüne des Reichstags aus auch durch das Medium der bürgerlichen Presse dem Volk zu sagen, was die Sozialdemokratie will. Heute aber, wo sowohl die sozialdemokratische Presse wie die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organe nebst der zugehörigen enorm entwickelten Literatur in mehreren Millionen von Exemplaren ins Volk gehen, heute, wo die Sozialdemokratie mit ihren 110 Stimmen im Reichstag auch ein ganz anderes Stück Willenskraft repräsentiert, heute ist es unverantwortlich nun noch mehr als früher zu reden, oft Gesagtes immer zu wiederholen,

Monologe zu halten, auf die keine Antwort kommt, Diskussionen zu führen, die gar keine Diskussionen sind, weil man völlig neben einander redet und auch gar nicht überzeugt oder widerlegt sein will. Heute ist es höchste Zeit, daß alle Parteien des Reichstags, die nicht die Absicht haben den Parlamentarismus zu diskreditieren und lahm zu legen, innerhalb der eigenen Partei wie durch Abkommen mit den anderen Parteien die Redetätigkeit in dem Sinn disziplinieren, daß unbedingt so kurz wie möglich **g e s p r o c h e n** wird, um die Materien um so mehr zu aktiver und möglichst detaillierter **E n t s c h e i d u n g** zu bringen.

Es ist ganz sicher, daß, wenn die von mir geforderte Rededisziplin von allen Seiten geübt wird, die Debatte, die heute alte Parlamentarier zur Verzweiflung bringen kann, unendlich viel interessanter werden wird. Obendrein ist dann auch eine häufigere Beteiligung des einzelnen an der Debatte möglich, während heute die Rederei in der Hauptsache von einigen wenigen bestritten wird, und die vielen sich Monate lang damit begnügen müssen längst bekannte Auffassungen zum so und sovielten Mal begründen zu hören. Heute bringt der Reichstag für nur zu viele agile Geister den Zwang zu einer Passivität mit sich, die geradezu lähmend wirkt. Wie mancher neue Abgeordnete hat mir in dieser Hinsicht schon sein Leid geklagt. Doch ist dies persönliche Leid noch gänzlich bedeutungslos gegenüber dem viel Schlimmern, daß die undisziplinierte Redelust Parlament und Volk um ihre Macht bringt, daß die Regierungsbureaukratie die Schwätzer mit zufriedener Geduld erträgt, während nur auf **A k t i o n** bedachte Volksvertreter einen ganz andern Einfluß auf den Gang der Dinge selber nehmen könnten.

Hier ist der Punkt, der es erzwingen muß, daß Wandel geschaffen wird. Hier handelt es sich nicht um das Interesse der **Volksvertreter**, hier dreht es sich um das Interesse des Volkes selbst. Also: nur ein Drittel so lang **r e d e n** als bisher, aber den dreifachen Willen zur **T a t** bekunden!

XXX  
**LEONIDA BISSOLATI · DIE SOZIALISTISCH-REFORMISTISCHE PARTEI ITALIENS AUF IHREM ERSTEN PARTEITAG**



**M** Dezember vorigen Jahres wurde in Rom der erste Parteitag der reformistisch-sozialistischen Partei Italiens abgehalten. Wie die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* sich erinnern werden, wurde diese Partei im Juli 1912 in Reggio Emilia gegründet,<sup>1)</sup> nachdem der sozialistische Parteitag 4 Abgeordnete ihrer zu reformistischen Gesinnung wegen ausgeschlossen und damit zugleich allen denen die Mitgliedschaft in der Partei unmöglich gemacht hatte, die die Überzeugung der Ausgeschlossenen teilten. Es war natürlich, daß sich dann um diese Genossen herum eine neue politische Organisation bildete.

Diese neue Organisation konnte naturgemäß auf ein sehr rasches Wachstum nicht rechnen. Und zwar nicht etwa deshalb, weil in der alten Partei nur

<sup>1)</sup> Siehe meinen Artikel *Der italienische Sozialismus nach dem Parteitag von Reggio Emilia* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 2. Band, pag. 899 ff.

wenige Genossen gewesen wären, die die Meinungen der ausgeschlossenen Abgeordneten teilten. Im Gegenteil. Die Anschauungen eines sehr großen Teils der Reformisten, die in der alten Partei verblieben, weichen in ihren wesentlichen Zügen ganz und gar nicht von den für die neue Partei charakteristischen Auffassungen ab. Aber aus verschiedenen Rücksichten wollten diese Genossen sich dennoch nicht von der alten Partei trennen. Die einen aus an sich achtungswerten Gefühlsgründen oder um der äußern Einigkeit der Partei willen, die man nach ihrer Meinung unter keiner Bedingung sprengen dürfe. Die anderen, weil sie dem Geist der Kirchengläubigkeit huldigten, der in den sozialistischen Massen herrscht und sie geneigt macht jeden, der nicht den offiziellen Parteistempel trägt, als nicht zugehörig oder als Feind der proletarischen Bewegung anzusehen. Die Zahl der Reformisten, die aus diesem Motiv in der alten Partei blieben, war sehr bedeutend. Und zwar ließen sich um so zahlreichere Genossen davon bestimmen, als die Kammerwahlen vor der Tür stehen, bei denen nach der herrschenden Taktik der Intransigenten die alte Partei in sämtlichen 508 italienischen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen will. Da ist es denn leicht begreiflich, daß viele dieser Kandidaten, obwohl sie nicht weniger reformistisch denken als die Rechtsreformisten, lieber in der alten Partei blieben, um ihr eventuelles Mandat nicht zu gefährden, statt daß sie sich der schweren und undankbaren Aufgabe widmeten durch ihr Beispiel die Massen zu einer weniger sektenmäßigen und dogmatischen Auffassung des Sozialismus zu erziehen. Doch machen sich Zeichen eines Umschwungs, einer psychologischen Krise in den Massen bemerkbar. In verschiedenen Wahlkreisen, die entweder einer der Ausgeschlossenen selbst oder einer der Abgeordneten vertrat, die sich mit den ausgeschlossenen Kollegen solidarisch erklärt hatten, wollte, allen Drohungen des Parteivorstands zum Trotz, die überwiegende Mehrheit der Sozialisten ihren frühern Kandidaten wieder aufstellen. Aber als die ketzerischen Abgeordneten sich zu einer neuen Kandidatur bereit zeigten, erklärte der Parteivorstand mit der Unbeugsamkeit des katholischen Klerus: diese Wahlkreise stellten sich damit außerhalb der Partei. Die so exkommunizierten Wahlkreise hatten nicht den Mut darauf der reformistisch-sozialistischen Partei beizutreten, andrerseits wollten sie sich auch nicht der Gewalt des Parteivorstands unterwerfen, und so erklärten sie sich für *autonom*. Damit schufen sie eine wenig klare und logische Situation, die wir jedoch als Phase einer der reformistischen Partei sicherlich günstigen geistigen Entwicklung ansehen dürfen.

Konnte demnach die neue Partei auf ihrem Parteitag auf eine numerisch starke Entfaltung während der 5 Monate ihres Bestehens auch nicht hinweisen, so glich sie dies wieder durch den Beweis ihrer eigenen innern Lebensfähigkeit und eines bemerkenswerten Reichtums an politischen Ideen aus. Man darf wohl mit Recht behaupten: Noch auf keinem sozialistischen Parteitag, weder Italiens noch wohl eines andern Landes, wurde je eine so interessante Reihe konkreter Fragen aufgerollt, wie sie dieser erste Parteitag der reformistischen Sozialisten Italiens behandelte und während seiner ständigen Verhandlungen in klarster Weise diskutierte.

Die erste Aufgabe des Parteitags bestand in einer genauen Beschreibung des Wesens der neuen Partei wie des Ziels und der Taktik des Reformismus. Das Resultat der Beratungen war folgende Resolution:

»Die reformistisch-sozialistische Partei erkennt die ideale Berechtigung des Kampfes der Arbeiterschaft an; sie will die Bewegung der arbeitenden Klassen fördern, die, gestützt auf die wirtschaftliche Entwicklung wie auf den bewußten Willen des Proletariats, eine klassenlose Gesellschaft anzubahnen sucht, in der die Produktions- und Austauschmittel Eigentum der Gesamtheit der Arbeiter sein sollen. Sie sieht es deshalb als ihre Aufgabe an die Erkenntnis dieses Ziels in den arbeitenden Klassen zu verbreiten, selbst für eine fortschreitende berufliche Organisation des Proletariats zu wirken, um es damit in seinem Klassenkampf zu stählen und, wenn gleich unter Anerkennung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von jeder politischen Partei, in steter Verbindung mit den Organisationen der Arbeiterschaft zu bleiben.

Auf dem Gebiet der Politik erstrebt die reformistisch-sozialistische Partei die Eroberung der politischen Macht durch das allgemeine Wahlrecht, in dem sie das wirksamste Mittel zur Anbahnung der vollen Herrschaft der arbeitenden Klassen und zur Abschaffung aller wirtschaftlichen und politischen Vorrechte sieht, es sei denn, daß der Widerstand der reaktionären Gewalten noch andere Mittel erforderlich machte.

Während somit die reformistisch-sozialistische Partei die volle und uneingeschränkte Herrschaft des Volks als ihr Ziel betrachtet, erklärt sie dennoch unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Teilnahme an der politischen Macht und, sobald das Interesse des Proletariats dies erheischt, die partielle und fortschreitende Eroberung der Staatsgewalt (die mit der wachsenden Größe des Eigentums und der Funktionen der Gesellschaft täglich an Bedeutung gewinnt) für zulässig.

Für ihre politischen Gegenwartsprogramme (die von den regelmäßigen allgemeinen Parteitagungen aufgestellt werden sollen) wird die reformistisch-sozialistische Partei die nachfolgenden Grundsätze zur Richtschnur nehmen:

1. Reformen sind nicht das Ergebnis eines einzigen Willens, sondern sie richten sich nach dem Kräfteverhältnis der verschiedenen einander bekämpfenden Klassen; sie müssen sich demzufolge entsprechend der wirtschaftlichen und politischen Macht der Arbeiterschaft und andererseits entsprechend den vorhandenen Widerständen durchsetzen, so daß sich in ihnen ein stetig wechselndes Gleichgewichtsverhältnis darstellt, das in jedem gegebenen Augenblick durch den Klassenkampf bestimmt wird.

2. Die Partei tritt der Internationale des Proletariats bei und erkennt es als ihre Aufgabe an das Gefühl der Solidarität der Völker stärken und befestigen zu helfen. Nichtsdestoweniger hält sie es im Interesse des nationalen Schutzes der Gesamtheit für notwendig den realen Bedingungen des internationalen Lebens Rechnung zu tragen; sie vertraut freilich auch darauf, daß die überlegene Macht der Arbeiterbewegung in den Hauptstaaten der Erde eine allgemeine und gleichzeitige Abrüstung einmal ermöglichen wird.

3. Gegen die demokratischen Parteien nimmt sie nicht von vornherein eine feindselige Haltung ein. Ob sie sich von ihnen fernhalten oder taktisch mit ihnen zusammengehen wird, das muß von ihrer gegenseitigen Übereinstimmung, zum mindesten in den in Betracht kommenden beiderseitigen Gegenwartsprogrammen, abhängen. Je nach der jedesmaligen Wertung der Opportunität, der örtlichen und der allgemeinen Verhältnisse und stets in Übereinstimmung mit den Interessen der arbeitenden Klassen, wird das Zusammenwirken ein engeres, oder wird es aufgehoben werden, und zwar sowohl bei den kommunalen und politischen Wahlen als auch im Parlament, wo es dazu dienen kann eine einheitliche Oppositionspartei zu bilden oder eine bestimmte Regierungsrichtung zu stützen.

4. Die Arbeiterklasse setzt sich aus sämtlichen Kategorien von Arbeitern zusammen, die ihren Lebensunterhalt aus eigener Arbeit beziehen. Deshalb hat die Partei ihr Interesse und ihre Tätigkeit auch den Kategorien von Arbeitern zu widmen, die nicht Lohnarbeiter sind sondern den Typus des selbstarbeitenden Kleinbesitzes darstellen und sie als Konsumenten zu schützen und als Produzenten zu kooperativen Unternehmungsformen hinzuleiten.

5. Alle wirtschaftlichen, sozialen, politischen und moralischen Fragen des italienischen Lebens sollen unter dreifachem Gesichtspunkt untersucht und diskutiert werden: an sich, das heißt nach ihrer eigenen Beschaffenheit; in ihrer Beziehung zu den gegenwärtigen Interessen der arbeitenden Klassen; und in Beziehung zu den Zielen der sozialistischen Bewegung. Eine andere, besonders jede Stellungnahme, die sich etwa nach im voraus aufgestellten Formeln bestimmt, muß dagegen aus

einer Partei verbannt sein, die den Begriff der *Ketzerei* nicht kennt und freieste Prüfung aller Tatsachen als Grundsatz statuiert.«

Nachdem der Parteitag so die theoretischen Ziele wie die Taktik des Reformismus festgelegt hatte, wandte er sich sofort den **praktischen Forderungen** zu. Bei der Erörterung des Verhaltens der Partei zu der Gewerkschafts- und der Genossenschaftsbewegung stellte er folgende Leitsätze auf:

»1. In dem Maß, wie die Gewerkschaftspolitik durch die hohen Beitragsleistungen und den Zusammenschluß zu großen Verbänden die Leistungen zu Kampf-, Kooperativ- und Gegenseitigkeitszwecken in einem einheitlichen Ziel vereint und durch den Kampf für Lohnerhöhung, gegen die Lohnkürzungen durch Zwischenpersonen und für die Ergänzung des Lohns durch die sozialen Versicherungen bessere Lebensbedingungen für die arbeitende Klasse erobert, wird die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft zum hauptsächlichsten Werkzeug der Politik der Arbeiterklasse.

2. Da die Macht der Arbeiterbewegung und die Vervollkommnung ihrer Verteidigungs- und Angriffskräfte die Organisierung der Mehrheit aller Arbeiter ohne Unterschied ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen erheischt, erachtet der reformistische Sozialismus jedweden Angriff auf das Prinzip der gewerkschaftlichen Einigkeit als einen Angriff auf die von der sozialistischen Bewegung erstrebten Ziele.

3. Indem der reformistische Sozialismus die Gegenwartsforderungen der arbeitenden Klassen unterstützt, verhindert er sowohl, daß diese sich von der sozialistischen Bewegung abwenden wie auch, daß sie den Lockungen zum Generalstreik oder überhaupt zu der Taktik des revolutionären Syndikalismus nachgeben.

4. Die wachsende Macht der proletarischen Organisationen entwickelt das Verantwortlichkeitsgefühl in diesen Organisationen selbst, nötigt die Gegenorganisationen der Arbeitgeber zur Beachtung ihrer Forderungen und macht so allmählich den Streik unnötig, indem sie an Stelle des permanenten Kriegszustands den Waffenstillstand durch Kollektivverträge und Schiedsgerichte setzt. Durch immer stärkere Bewaffnung sichern die Organisationen den Frieden. Der Klassenkampf verliert an Schärfe. So wirkt der reformistische Sozialismus, indem er vorbehaltlos für eine immer weitere Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen eintritt, auch auf wirtschaftlichem Gebiet dafür immer günstigere Bedingungen für eine demokratische Gesellschaftsreform zu schaffen.

5. Der reformistische Sozialismus vertraut auf die unumgängliche Verwirklichung von Zuständen, die den Organisationen der arbeitenden Klassen die Ausübung aller politischen Funktionen zur Befreiung der Arbeiterklasse ermöglichen, und er wird seine eigenen Anstrengungen darauf richten die Herbeiführung solcher Zustände zu beschleunigen.

Gemäß dieser Grundanschauung erklärt der Parteitag seine Anhänger für verpflichtet:

a) die Industrie- und Landarbeiterbewegung zu unterstützen und dabei für hohe Beitragszahlungen, für Vielseitigkeit der gewerkschaftlichen Leistungen, für Bildung von Industrieverbänden, für Anschluß an die *Confederazione generale del Lavoro* und für die Unterordnung unter deren Beschlüsse einzutreten;

b) gegen jedes Vorgehen anzukämpfen, das aus irgendwelchen politischen oder wirtschaftlichen Erwägungen zu einer Spaltung der Arbeiterklasse führen müßte.«

Dann ging der Parteitag dazu über die Forderungen der Arbeiterklasse an die Gesetzgebung festzulegen. Er bezeichnete in spezialisierter Weise eine große Zahl von Materien, die einer gesetzgeberischen Regelung entgegengeführt werden müßten; einige dieser Forderungen sind bereits zu Gesetzentwürfen verdichtet, die dem Parlament vorliegen oder doch von dem Obersten Arbeitsrat ausgearbeitet sind. Der Parteitag der sozialistischen Reformisten verlangte unter anderm Gewerbeinspektion, Bezirksarbeitsnachweise, Arbeitsvertragsverpflichtung für Privatangestellte, Bergarbeiterschutz, Rechtsschutz für Auswanderer, Fortbildungsschulunterricht, Heimarbeiter-

schutz, Verbot des Trucksystems, Ausdehnung der Sonntagsruhe, eine großzügige soziale Versicherungsgesetzgebung: Versicherung gegen Unfall, Krankheit, Invalidität und Alter, endlich gegen Arbeitslosigkeit (Einführung des Genter Systems), Einrichtung eines besondern Arbeitsministeriums, endlich auch Organisation des landwirtschaftlichen Kreditwesens, für Genossenschaften sowohl wie für den Kleinbesitz, und Ansiedlung von Landarbeitern durch Verpachtung von Grund und Boden an sie.

Einen Beratungsgegenstand, der dem Parteitag besonders nahe gerückt war, bildete die Kolonialpolitik. Das politische Leben Italiens wird gegenwärtig von dem Unternehmen in Libyen beherrscht. Dieses war es, das die Spaltung unter den italienischen Sozialisten hervorgerufen hat. Wie in den *Sozialistischen Monatsheften* auseinandergesetzt wurde, waren alle italienischen Sozialisten Gegner des Krieges zur Eroberung Tripolitaniens.<sup>2)</sup> Aber die *Revolutionäre* und die Linksreformisten waren Gegner des Krieges und der kolonialen Eroberung, weil sie überhaupt Gegner jeder kolonialen Expansion sind, die durch die Waffengewalt des Staates erkämpft werden muß. Die Rechtsreformisten standen dagegen dem Unternehmen feindlich gegenüber, nicht aus allgemein prinzipiellen sondern aus Gründen, die sich speziell gegen dieses Kolonialabenteuer richten. Im übrigen bewiesen die Rechtsreformisten, nachdem sie einmal ihre Gegnerschaft gegen den Krieg klar zum Ausdruck gebracht hatten, durch ihre Haltung, daß sie dem Ausgang des Krieges durchaus nicht gleichgültig gegenüberständen, vielmehr wünschten, daß das Unternehmen für Italien möglichst viel Nutzen brächte. Als dann der Friede geschlossen worden war, stellten sie sich nicht auf den Standpunkt, daß sie als Sozialisten das ganze Kolonialproblem ignorieren oder es einfach mit der summarischen Erklärung abtun könnten, sie seien Gegner jeder Kolonialpolitik; sie waren vielmehr der Ansicht, daß es ihre Pflicht sei diejenige Lösung des Kolonialproblems für Libyen zu suchen, die den Interessen der italienischen Arbeiterklasse am besten entspreche.

Es ist bekannt, daß die offizielle Politik des internationalen Sozialismus, wie sie auf den internationalen Kongressen von Paris /1900/, Amsterdam /1904/ und Stuttgart /1907/ festgelegt wurde, radikal kolonialgegnerisch ist. Der Parteitag der reformistischen Sozialisten in Rom wies demgegenüber in Übereinstimmung mit dem sachkundigen Referat, das dort über die Frage gehalten wurde, die Sozialisten auf eine neue Auffassung der Kolonialfrage hin. Die Resolution des Parteitags sieht in der kolonialen Expansion eine notwendige Erscheinung der modernen Entwicklung, die den wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnissen der alten Kulturländer entspringt, und sie betont, daß die Arbeiterklasse die Pflicht habe eine *p o s i t i v e* Politik in dieser Frage einzuschlagen, da man mit einfachen Negierungen solche Notwendigkeiten weder aufheben noch modifizieren könne. Im besonders wollte der Parteitag die Kriterien aufzeigen, nach denen in Libyen der italienische Staat vorzugehen hätte, um sowohl für die Eingeborenen als auch für die italienischen Arbeiter möglichst Gutes zu wirken.

Nach dem Kolonialproblem wurde die *S t e u e r* frage erörtert. Zwei Grund-

<sup>2)</sup> Siehe meinen Artikel *Sozialdemokratie und Regierung in Italien* und Bonomi *Der Tripolitfeldzug und die italienische sozialistische Partei* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 3. Band, pag. 1447 ff., und 1912, 1. Band, pag. 469 ff.

gedanken traten in dieser Diskussion zutage: in erster Linie der, daß bei der stetig wachsenden Ausdehnung der öffentlichen Dienste und der staatlichen Aufgaben die Finanzkräfte des Staates eine Verstärkung erfahren müßten; und ferner, daß diese Verstärkung durch den Ausbau einer staatlichen progressiven Einkommensteuer zu erzielen sei, wie sie gegenwärtig die Kommunen, wenn auch in unorganischer und fehlerhafter Art, erheben.

Für Italien besteht noch ein besonderes Problem, das den eigentümlichen Verhältnissen der südlichen Provinzen des Landes entspringt. Aus geschichtlichen, geographischen und geologischen Gründen, deren Erörterung mich hier zu weit führen würde, befanden sich die südlichen und insularen Provinzen Italiens, als sie in den nationalen Einheitsstaat aufgingen, in einer wirtschaftlichen und sozialen Krise. Und zwar bestand diese Krise sowohl für das Bürgertum wie für die Arbeiterklasse. Das erklärt die Tatsache, daß sämtliche Parteien, bürgerliche wie proletarische, eine spezielle Frage des Südens für die italienische Politik anerkennen, und daß jede Partei je nach ihrem Standpunkt Lösungen und Heilmittel dafür vorschlägt. Die alte sozialistische Partei hatte indessen bis jetzt in der Frage noch keine genau formulierten Vorschläge gemacht. Die reformistisch-sozialistische Partei betrachtete es nun als ihre Aufgabe dies zu tun. Die Hauptpunkte, um die sich dabei die Diskussion auf dem Parteitag drehte, waren folgende: 1. Reform des Zollwesens, die die Bevölkerung des Südens der Ausbeutung durch die Industriellen des Nordens entziehen soll, 2. allmähliche Verstaatlichung der Schwefelgruben in Sizilien, 3. Errichtung großer staatlicher Domänen. Durch diese Maßregel könnte es verhindert werden, daß die Kapitalisten alle Gemeindeländereien in Besitz nehmen, die in Süditalien noch in bemerkenswerter Anzahl vorhanden sind. Zugleich wären damit gesetzliche Maßnahmen zu verbinden, die es den organisierten Arbeitern ermöglichen den Grund und Boden der Latifundien, auch gegen den Willen der Großgrundbesitzer, in Pacht oder Erbpacht zu übernehmen.

Interessant ist zweifellos auch die Behandlung der auswärtigen Politik durch den Parteitag. In der Resolution, die er annahm, wird zwar erklärt, »daß das Ziel, dem die sozialistische Arbeiterklasse zustrebt, der Friede unter allen Nationen ist, die in solidarischem Schaffen für den Aufbau der Kultur vereint sind«. Es wird aber gleichzeitig betont, daß die Aufgabe der Arbeiterklasse einstweilen »mit der allgemeinen Erklärung internationaler Verbrüderung und mit Friedensdemonstrationen noch keineswegs gelöst« sei. Sie habe vielmehr die Pflicht »unter den gegenwärtigen Verhältnissen aus eigener Kraft heraus die Lösungen der internationalen politischen Fragen zu suchen, die die günstigsten Bedingungen für ein möglichst schnelles Erreichen jenes Endziels schaffen«. In Erfüllung dieser positiven Aufgabe dürfe die Arbeiterklasse »sich niemals ablehnend oder uninteressiert gegenüber den berechtigten Forderungen nach staatlicher Expansion des eigenen Volkes verhalten«, sie könne »die Lösung des internationalen Problems nicht einfach in der Aufstellung der These des allgemeinen Weltfriedens sehen«. Der Parteitag wünscht vielmehr, »daß auf den internationalen Kongressen des sozialistischen Proletariats die aktuellen internationalen Fragen erörtert und die Gesichtspunkte festgestellt werden sollten, nach denen dem allgemeinen Interesse entsprechend die besondere auswärtige Politik der So-

zialisten jedes Landes zu bestimmen ist«. Die sozialistisch-reformistische Partei steht also auf dem Standpunkt, daß in der gegenwärtigen Geschichtsperiode die internationale Politik des Proletariats nicht stets und um jeden Preis dem Friedensgedanken untergeordnet werden dürfe. Es ist ohne weiteres einzusehen, wie schwerwiegend eine solche Behauptung ist. Doch ist es Zeit, daß die Sozialisten sich über dieses wichtige Problem eine Meinung bilden. Eben weil wir keinen festen Leitgedanken in dieser Frage besaßen, konnte es geschehen, daß man bei den letzten internationalen Zusammenkünften Hymnen auf den Frieden sang, während man andererseits die Forderung *Der Balkan den Balkanvölkern!* vertrat, also gerade die Parole, unter der der Krieg auf dem Balkan unternommen wurde. Dann wieder wurde gefordert, daß die Mächte sich nicht einmischen und die freie Entwicklung der Balkankrise nicht stören sollten. Aber wären denn die Sozialisten in Europa auch für den Fall, daß irgendein Staat einen gewaltsamen Eingriff zu Eroberungszwecken versuchte, der Ansicht, daß man aus Abscheu vor einem Kriege sich einer solchen Einmischung nicht entgegenstemmen dürfe? Wir stoßen eben auf diesem Feld auf zahlreiche und schwierige Probleme; gerade deshalb betonten die italienischen Reformisten, daß nicht alle Fragen durch die einfache Forderung des Friedens entschieden werden können.

Von weiteren Verhandlungsgegenständen des Parteitags sei nur noch die Frage der *W a h l t a k t i k* erwähnt, die bei den kommenden Kammerwahlen, im Juli oder Oktober dieses Jahres, den ersten Wahlen unter dem allgemeinen Wahlrecht, zu befolgen ist. Dabei muß ich bemerken, daß der Vorstand der alten Partei bereits beschlossen hat den Kampf in allen Wahlkreisen im Zeichen der Intransigenz zu führen, das heißt überall eigene Kandidaten gegen die Kandidaten aller anderen Parteien, einschließlich auch der Rechtsreformisten, aufzustellen. Im Gegensatz dazu nahm der sozialistisch-reformistische Parteitag eine Resolution an, die den einzelnen Wahlkreisen die volle Freiheit zugesteht ihr Verhalten nach ihrem sozialistischen Gewissen einzurichten, im übrigen die Bündnistaktik zuläßt und so selbstverständlich in Aussicht nimmt, daß die neue Partei in geeigneten Fällen mit ihren Stimmen die Kandidaten der alten sozialistischen Partei unterstützt.

So haben die reformistischen Sozialisten getreu dem Wahlspruch, daß der, der das bessere Urteil zu besitzen glaubt, es auch durch seine Haltung zeige, auf die Kriegserklärung ihrer früheren Genossen ruhig und besonnen geantwortet: im Interesse der Arbeiterklasse und der Demokratie.

XX  
**MAX SCHIPPEL · DAS GRUNDGEHEIMNIS DES  
 IMPERIALISMUS**



ENOSSIN Rosa Luxemburg baut ein ganzes, nicht weniger als 446 Druckseiten umfassendes Buch über die *Akkumulation des Kapitals* auf einem bekannten Marxischen *Schema* auf. Dieses Schema, das in möglichst einfachen Ziffern die gegenseitigen Beziehungen zwischen *c* (verzehrtem konstantem Kapital), *v* (variablem, in Lohn ausgelegtem Kapital) und *m* (neugebildetem Mehrwert) in den beiden Ge-

bieten der Produktion, einerseits von Produktionsmitteln andererseits von Konsummitteln, darzustellen sucht, muß nach der Verfasserin in den Grundzügen bleiben wie es ist. Aber gerade in seiner unbeweglichen Starrheit hindert es, wie eine furchtbare Verstopfung, den *Kapitalismus* seinen nicht konsumierten, neu zu kapitalisierenden Mehrwert zu *realisieren*, das heißt: mit einer gleichzeitig entstehenden oder zu erzeugenden kaufkräftigen Nachfrage in erlösende Verbindung zu bringen:

»Der Wille zur Akkumulation mag ... vorhanden sein. Allein der Wille und die technischen Vorbedingungen der Akkumulation genügen in einer kapitalistischen Warenwirtschaft nicht. Damit tatsächlich akkumuliert, das heißt die Produktion erweitert wird, dazu ist noch eine andere Bedingung notwendig: eine Erweiterung der zahlungsfähigen Nachfrage nach Waren .... Das Problem beruht auf folgendem: Wie gestaltet sich die gesellschaftliche Reproduktion unter der Bedingung, daß ein wachsender Teil des Mehrwerts nicht von den Kapitalisten konsumiert sondern zur Erweiterung der Produktion verwendet wird? Das Draufgehen des gesellschaftlichen Produkts, abgesehen von dem Ersatz des konstanten Kapitals, in der Konsumtion der Arbeiter und Kapitalisten ist hier von vornherein ausgeschlossen, und dieser Umstand ist das wesentlichste Moment des Problems. Damit ist aber auch ausgeschlossen, daß die Arbeiter und die Kapitalisten selbst das Gesamtprodukt realisieren können. Sie können stets nur das variable Kapital, den verbrauchten Teil des konstanten Kapitals und den konsumierten Teil des Mehrwerts selbst realisieren, auf diese Weise aber nur die Bedingungen für die Erneuerung der Produktion in früherem Umfang sichern. Der zu kapitalisierende Teil des Mehrwerts hingegen kann unmöglich von den Arbeitern und Kapitalisten selbst realisiert werden. Die Realisierung des Mehrwerts zu Zwecken der Akkumulation ist also in einer Gesellschaft, die nur aus Arbeitern und Kapitalisten besteht, eine unlösliche Aufgabe.«<sup>1)</sup>

So kommt denn mit dem Kapitalismus alles ähnlich wie in Molières *Malade imaginaire* mit dem armen Argan. »Wahrlich, ich erkläre Euch«, eifert hier Argans berühmter Arzt, »daß ich Euch Eurer schlechten Konstitution, der Unordnung Eurer Eingeweide, der Verderbnis Eures Blutes, den Giften Eurer Galle und der Verschleimung Eurer Säfte überlasse. Und ich will, daß Ihr noch vor Ablauf von 4 Tagen Euch in einem inkurablen Zustand befindet, daß Ihr in die Bradypepsie fallet, aus der Bradypepsie in die Dyspepsie, aus der Dyspepsie in die Apepsie, aus der Apepsie in die Lienterie, aus der Lienterie in die Dysenterie, aus der Dysenterie in die Hydropsie und aus der Hydropsie in die Agonie, will heißen das letzte Lebensstadium, wohin Eure Torheit Euch geführt haben wird.« Nur daß in unserm Fall die Erklärung, zwar genau so in streng unterschiedenen technischen Ausdrücken, aber natürlich spezifisch edelmarxistisch-ökonomisch abgefaßt ist und, wie erwähnt, erst nach 446 Seiten ihr Ende erreicht.

Doch vielleicht hilft sich die Natur irgendwie dennoch selber? Oder es handelt sich, wie bei Molière, nur um eine eingebildete Krankheit? Und in der Tat meldet sich nunmehr bereits ein zweiter Edelmarxist zum Wort, und dieser, kein Geringerer als Anton Pannekoek in Bremen, beweist zu nicht geringer Verblüffung im Handumdrehen, daß es nur einer kleinen Veränderung und Vervollkommnung des Zahlenschemas bedürfe, um das ganze beängstigende Problem glatt zu beseitigen. Ja, es läge überhaupt »gar kein Problem vor, das zu lösen wäre«:

»Beispiele [schematische], wo es nicht klappt, sind ohne Mühe aufzustellen; auch das allererste Reproduktionsschema von Marx würde mit anderen Zahlen nicht klappen; aber das beweist nicht, daß die einfache Reproduktion nicht möglich,

<sup>1)</sup> Siehe Luxemburg *Die Akkumulation des Kapitals* / Berlin 1913 /, pag. 104 und 320 f.

sondern es beweist, daß das Beispiel nicht richtig ist. Die Verfasserin hat hier, soll sie recht haben, zu beweisen, daß es nicht klappen kann, daß es also unmöglich ist ein Schema aufzustellen, wo alles zusammenpaßt... Irgendein innerer Widerspruch solcher Art, daß die kapitalistische Produktion bei ihrer Erweiterung durch Akkumulation notwendig Surplus oder Defizit an Waren erzeugen muß, liegt nicht vor. Ein Problem, das Marx ungelöst gelassen hat, das so tief die Grundlagen und das Wesen des ganzen Kapitalismus berührt, und das er trotzdem nicht bemerkt hat (was an sich auch eine merkwürdige Tatsache wäre), ist nicht vorhanden... Das Schema ist zweifellos nur eine allerabstrakteste und äußerst vereinfachte Darstellung der Produktion... Die Frage, die hier gestellt wird, ist diese: Wo sind die Abnehmer der Produkte in einem einfachen abstrakten Fall kapitalistischer Produktion mit Akkumulation, wie es durch das Schema dargestellt wird? Die Antwort gibt das [variierte] Schema selber in der einfachsten Weise, denn alle Produkte finden dort Absatz. Die Abnehmer sind die Kapitalisten und Arbeiter selbst... Wenn diese Kapitalisten und Arbeiter, wie das [variierte] Schema zeigt, alle Produkte kaufen, dann gibt es gar keine Produkte mehr; für die irgendwo Nachfrage zu suchen wäre. Es liegt also gar kein Problem vor, das zu lösen wäre.«<sup>2)</sup>

Das wäre bitter, denn dann würde sich, in Gestalt der neuen Parteischrift, ein theoretischer Eiffelturm auf einem bloßen Windei erheben. Doch darüber ein andermal.

**A**UF jeden Fall zeigt Genossin Luxemburg, nachdem sie, irrig oder zutreffend, ihren Ausgangspunkt festgelegt hat, in allem Weiteren den Mut der Folgerichtigkeit, der immer schon an ihr zu schätzen war. Die anschließende Gedankenentwicklung ist etwa die folgende. »Zum mindesten« der zu kapitalisierende Mehrwert und der ihm entsprechende Teil der kapitalistischen Produktenmasse kann, nach dem Schema, unmöglich innerhalb der kapitalistischen Kreise realisiert werden. Also muß dies unbedingt außerhalb dieser Kreise geschehen; diese Produktenmassen müssen ihre Abnehmer suchen »in nichtkapitalistisch produzierenden Gesellschaftsschichten und -formen«. Die Realisierung des bezeichneten, wichtigsten Mehrwertsteiles, soll sie glücken, ist von vornherein an nichtkapitalistische Produzenten und Konsumenten als solche gebunden; die Existenz nichtkapitalistischer Abnehmer ist also direkte Lebensbedingung für das Kapital und seine Akkumulation, ist insofern »der entscheidende Punkt im Problem der Kapitalakkumulation«:

»Im innern kapitalistischen Verkehr können im besten Fall nur bestimmte Wertteile des gesellschaftlichen Gesamtprodukts realisiert werden: das verbrauchte konstante Kapital, das variable Kapital und der konsumierte Teil des Mehrwerts; hingegen muß der zur Kapitalisierung bestimmte Teil des Mehrwerts *auswärts* realisiert werden. Ist die Kapitalisierung des Mehrwerts der eigentliche Zweck und das treibende Motiv der Produktion, so ist andererseits die Erneuerung des konstanten und variablen Kapitals (sowie des konsumierten Teils des Mehrwerts) die breite Basis und die Vorbedingung jener. Und wird mit der internationalen Entwicklung des Kapitalismus die Kapitalisierung des Mehrwerts immer dringender und prekärer, so wird die breite Basis des konstanten und variablen Kapitals als Masse absolut und im Verhältnis zum Mehrwert immer gewaltiger. Daher die widerspruchsvolle Erscheinung, daß die alten kapitalistischen Länder... für einander immer unentbehrlicher werden und zugleich einander immer eifersüchtiger als Konkurrenten in Beziehungen, mit nichtkapitalistischen Ländern bekämpfen.«<sup>3)</sup>

<sup>2)</sup> Siehe Pannekoeks Besprechung des Luxemburgschen Buches in der *Literarischen Rundschau* der *Bremer Bürgerzeitung* vom 29. Januar 1913.

<sup>3)</sup> Siehe Luxemburg, loc. cit., pag. 339.

Die letzte Bemerkung eröffnet schon einen ersten Ausblick auf den Imperialismus und das kritisch-politische Endziel des Buches. Aber als tüchtige Marxkennnerin übersieht Dr. Rosa Luxemburg auch das ganze große ökonomische Zwischengebiet nicht, das weiter noch als *Nichtkapitalismus* zwischen weniger entwickelten fremden »Ländern« und dem eigenen heimischen Kapitalismus liegt. Denn in den Nachlaßschriften von Marx lernen wir, wie man sich erinnern wird, als Nichtkapitalismus, auf den sich die Marxschen Darlegungen zunächst nicht beziehen, alles kennen, was nicht auf Mehrwertproduktion, Produktion durch Lohnarbeit unter kapitalistischer Leitung beruht und darauf hinausläuft. Das ungeheure Gebiet der heimischen Landwirtschaft, soweit sie über die bäuerliche Produktionsverfassung nicht hinausgewachsen ist, wäre Nichtkapitalismus in diesem Sinn und käme demnach für die Luxemburgsche Realisierung des zu akkumulierenden Mehrwerts vor allem mit in Frage. Das eigentliche Handwerk desgleichen. Der Nichtkapitalismus liegt also in breiten Produktionsgebieten, wie das Gute, so nahe; warum in die Ferne des Auslands schweifen, wenn die erlösende Erleichterung nun doch einmal, wenn auch mit Schwierigkeiten, geschaffen werden muß? Aber Genossin Luxemburg, kapriziös wie immer, nennt nunmehr allen Nichtkapitalismus einfach *Ausland*, und so wird selbst mancher Edelmarxist zu seinem nicht geringen Erstaunen erfahren:

»Von hier aus können die Begriffe des *inneren* und *auswärtigen Absatzmarkts*, die im theoretischen Streit um das Problem der Akkumulation eine so hervorragende Rolle gespielt haben, revidiert [revidiert?!] werden. Innerer und äußerer Markt spielen gewiß eine große und grundverschiedene Rolle im Gang der kapitalistischen Entwicklung, jedoch nicht als Begriffe der politischen Geographie sondern als die der sozialen Ökonomie. Innerer Markt vom Standpunkt der kapitalistischen Produktion ist kapitalistischer Markt, ist diese Produktion selbst als Abnehmerin ihrer eigenen Produkte und Bezugsquelle ihrer eigenen Produktionselemente. Äußerer Markt für das Kapital ist die nichtkapitalistische soziale Umgebung, die seine Produkte absorbiert und ihm Produktionselemente und Arbeitskräfte liefert. Von diesem Standpunkt, ökonomisch, sind Deutschland und England in ihrem gegenseitigen Warenaustausch für einander meist innerer kapitalistischer Markt, während der Austausch zwischen der deutschen Industrie und den deutschen bäuerlichen Konsumenten wie Produzenten für das deutsche Kapital auswärtige Marktbeziehungen darstellt. Wie aus dem Schema der Reproduktion ersichtlich, sind diese strenge, exakte Begriffe.«<sup>1)</sup>

Wenn dem so ist, und wenn, wenigstens zunächst theoretisch, dieses bäuerlich-handwerkerliche Innenausland dem zu akkumulierenden Mehrwert genau so gut wie jedes wirkliche Ausland zur Realisierung verhelfen kann, so muß man sich eigentlich baß verwundern, daß in dem ganzen Buch später von diesen (vermeintlichen oder tatsächlichen) Auchrettern und Auchstützen des Kapitalismus so wenig die Rede ist. Nur ganz nebenher tauchen sie wie wesenlose Schatten gelegentlich auf. Beispielsweise wenn nach einem fulminanten Anklagekapitel gegen den Sieg des Kapitalismus über die bäuerliche kleine Burenwirtschaft (wirklich: über das agrarische Wirtschaftssystem, das im Gegenteil jetzt erst festere Wurzeln schlägt?) und nach ähnlichen bogenumfassenden Jeremiaden über die Kolonisation des amerikanischen Innern (wie es scheint, auf Kosten des — amerikanischen Farmers!), ganze 5 Zeilen für das selbständige Handwerk abfallen:

»Der Ruin des selbständigen Handwerks durch die Konkurrenz des Kapitals ist ein Kapitel für sich, das weniger geräuschvoll, aber nicht minder qualvoll ist. Die

<sup>1)</sup> Siehe Luxemburg, loc. cit., pag. 338 f.

kapitalistische Hausindustrie ist der dunkelste Abschnitt dieses Kapitels. Es erübrigt sich hier auf diese Erscheinungen näher einzugehen.<sup>5)</sup>

Freilich ist dieses Ausweichen sehr erklärlich. Denn es wäre schwer zu sagen, wie, ohne Preisgabe der Marxschen Grundanschauungen selber, der heimische nichtkapitalistische Käufer (Nichtlohnarbeiter und Nichtkapitalist) eine besondere Kaufkraft für den strittigen Mehrwertteil so leicht entfalten sollte. Ohne Zweifel, gewisse Marxsche Gesetze gelten nur für die kapitalistische Sphäre im oben umgrenzten Sinn. Aber gerade das fundamentale Wertgesetz gilt nach Marx auch für die einfache Warenproduktion: der aus dieser Sphäre stammende, hier in Frage kommende Warenbesitzer wirft deshalb genau so viel Wert in Warenform in den Verkehr ein wie er, zunächst in Geldform, im Gelderlös aus ihm herauszieht. Neue kaufkräftige Nachfrage ist hier ebenso sehr verkaufsfertiges neues Angebot. Was kann das dem erlösungsbedürftigen Mehrwertsakkumulatort nützen.

Läßt man also den Kapitalismus, obwohl ihn noch immer so viel Nichtkapitalismus daheim umgibt, dennoch mit Vorliebe in die kulturfernen Außen gehen, an die wir in erster Linie bei *Imperialismus* und *Weltpolitik* denken: dann offenbar, bei so schablonenhaft blutleeren Betrachtungen, aus dem einfachen Grund, weil man, wenn hinten weit in der Türkei die Völker auf einander schlagen, ganz anders mit Raub, Erpressung, Fälschung, Betrug hantieren kann zur Erklärung ökonomischer Vorgänge — richtiger wäre es freilich zu sagen: zur nichtökonomischen, nichtmaterialistischen, im Grunde nichtmarxistischen Erklärung unbequemer oder unverstandener historischer Entwicklungserscheinungen. Daheim muß der Edelmarxist, um leidlich den Schein zu wahren, die rein ökonomischen Gesetze halbwegs festzuhalten suchen; in der Ferne kann er sich die Tatsachen und ihre Zusammenhänge zurechtkneten wie es ihm für irgendeine Beweisthese paßt. In unübertrefflicher Naivität schreibt denn auch unsere Verfasserin ganz offen:

»Die kapitalistische Akkumulation hat somit als Ganzes, als konkreter geschichtlicher Prozeß, zwei verschiedene Seiten. Die eine vollzieht sich in der Produktionsstätte des Mehrwerts (in der Fabrik, im Bergwerk, auf dem landwirtschaftlichen Gut) und auf dem Warenmarkt. Die Akkumulation ist, von dieser Seite allein betrachtet, ein rein ökonomischer Prozeß, dessen wichtigste Phase zwischen dem Kapitalisten und dem Lohnarbeiter sich abspielt, der sich aber in beiden Phasen: im Fabrikraum wie auf dem Markt, ausschließlich in den Schranken des Warenaustausches, des Austausches von Äquivalenten bewegt. Friede, Eigentum und Gleichheit herrschen hier als Form... Die andere Seite der Kapitalakkumulation vollzieht sich zwischen dem Kapital und nichtkapitalistischen Produktionsformen. Ihr Schauplatz ist die Weltbühne. Hier herrschen als Methoden Kolonialpolitik, internationales Anleihenystem, Politik der Interessensphären, Kriege. Hier treten ganz unverhüllt und offen Gewalt, Betrug, Bedrückung, Plünderung zutage, und es kostet Mühe unter diesem Wust der politischen Gewaltakte und Kraftproben die strengen [!] Gesetze [!] des ökonomischen Prozesses [natürlich die Realisierung des zu akkumulierenden Mehrwerts!] aufzufinden.«<sup>6)</sup>

Was dann als Darstellung der Weltpolitik, in Ausführungen über Indien und China, über das französische Nordamerika und das burische und britische Südafrika, über Ägypten geboten wird, entspricht denn auch diesem Ausgangsniveau und ist in Wahrheit kaum viel höher zu bewerten als die kolonialpolitischen »Kannegießereien« K. Kautskys, über die die Verfasserin

<sup>5)</sup> Siehe Luxemburg, loc. cit., pag. 392.

<sup>6)</sup> Siehe Luxemburg, loc. cit., pag. 430 f.



# ARTHUR SCHULZ · AGRARTHEORETISCHE UND AGRARPOLITISCHE WANDLUNGEN IN DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE

**I**NSERE preußische Landtagsfraktion wird demnächst zu einer von der Regierung eingebrachten Kolonisationsvorlage Stellung zu nehmen haben, durch die im Anleiheweg 25 Millionen Mark hauptsächlich zum Zweck der Übernahme von Stammanteilen der gemeinnützigen Siedelungsgesellschaften und der Urbarmachung der ostfriesischen staatseigenen Moore zur Verfügung gestellt werden sollen. Bisher waren unsere Vertreter im preußischen Abgeordnetenhaus in Übereinstimmung mit der Mehrheit der preußischen Sozialdemokratie wenig geneigt staatlichen Aufwendungen zum Zweck der Begründung neuen landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbesitzes ihre Zustimmung zu geben. Sie wurden dabei von der Überzeugung geleitet, daß der Großbetrieb auch in der Landwirtschaft die rationellste Produktionsform ist, und daß es unser Ziel sein muß ihn zu vergesellschaften, nicht aber ihn in vermeintlich technisch rückständigere und politisch und kulturell unerwünschte kleinere Produktionseinheiten aufzuteilen. Diese Auffassung, die erst vor wenigen Wochen vom Genossen Hofer auf dem preußischen Parteitag unter lebhaftem Beifall vertreten und auch von einem Mitglied unserer Landtagsfraktion, dem Genossen Ströbel, in seinem kürzlich in der Parteiwochenschrift veröffentlichten Artikel über den Preußentag stark unterstrichen wurde, entspricht jedoch einem überwundenen Stadium unserer Landwirtschafts- und unserer Parteientwicklung und sollte endlich auch in Preußen aufgegeben werden, nachdem sie ihre frühere partielle Berechtigung längst eingebüßt hat.

Ökonomisches und sozialpolitisches Ideal der jungen sozialdemokratischen Industriearbeiterbewegung mußte die Ausbreitung des mit allen Errungenschaften der Wissenschaft und Technik ausgerüsteten Großbetriebs über den ganzen Bereich der Güterproduktion werden. Der aufgeklärte deutsche Industriearbeiter der sechziger und siebziger Jahre sah die Produktivkraft der gewerblichen Arbeit sich in den Fabriken märchenhaft entfalten und den von ihm bedienten Mechanismus der Maschinen die mannigfaltigsten Erzeugnisse so massenhaft und billig auf den Markt speien, daß ganze Zweige des alten Handwerkerstands vor der überlegenen Konkurrenz der neuen Großbetriebe die Waffen zu strecken und ins Proletariat herabzusinken schienen. Und allen augenblicklichen Verelendungstendenzen zum Trotz bejahte er die ins Große gehende Entwicklung mit freudigem Zukunftsoptimismus, weil sie ihm die künftige Größe, Macht und Herrschaft seiner Klasse zu verbürgen schien. Die gleichen Begriffe und Gefühle brachte er begreiflicherweise der ihm oft nur ganz oberflächlich bekannten Landwirtschaft entgegen. Hatte doch auch Karl Marx, dessen nationalökonomisches Hauptwerk immer mehr die Bibel der fortgeschrittensten deutschen Industriearbeiter wurde, in England die Landwirtschaft lediglich als eine Art Industrie betrachten gelernt, die nach seiner Ansicht zwar einige Besonderheiten aufwies, im großen und ganzen aber durchaus den gleichen Gesetzmäßigkeiten unterworfen war. Mit dem Sieg des Marxismus setzte sich

auf den Kongressen der *Internationalen Arbeiterassoziation* und auf dem Stuttgarter Kongreß der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei auch die Marx'sche Auffassung vom Wesen und von der Entwicklung der Landwirtschaft siegreich durch. Ihren reinsten Ausdruck fand sie 1870 in der Stuttgarter Resolution über die Grund- und Bodenfrage, die fast ein Vierteljahrhundert hindurch das ziemlich unbestrittene agrartheoretische Glaubensbekenntnis und agrarpolitische Programm der deutschen Sozialdemokratie blieb.<sup>1)</sup> Obwohl ihre Lehrsätze nicht völlig aus der Luft gegriffen waren<sup>2)</sup>, waren sie doch, wie wir heute klar sehen, weniger objektive Konstatierungen vorhandener Entwicklungstendenzen als vielmehr subjektiver Ausdruck des ureigensten Denkens, Fühlens und Wollens der jungen Industriearbeiterklasse.

Der mühsam lange Weg von schwungvoller Verkündung des Ideals einer sozialistischen Zukunftslandwirtschaft bis zur sachlich nüchternen Mitarbeit an der jeweils bestmöglichen Weiterbildung der agraren Wirklichkeit wurde zuerst, und zwar in erstaunlich raschem Tempo, in Bayern zurückgelegt. Im Jahr 1883 war Georg von Vollmar in seine bayrische Heimat zurückgekehrt und 1893 in den bayrischen Landtag gewählt worden. Der regen und erfolgreichen Landagitation, die er schon vorher unter den altbayrischen Bauern betrieben hatte, trat von diesem Zeitpunkt an eine eifrige und von großen Gesichtspunkten getragene parlamentarische Betätigung besonders auch auf agrarpolischem Gebiet zur Seite. Die theoretische Begründung der Prinzipien, die seine und seiner Fraktionskollegen praktische Mitwirkung an der bayrischen Agrargesetzgebung beherrschten, gab von Vollmar 1894 in seiner Referaten auf dem Frankfurter Parteitag der deutschen und dem Münchener Parteitag der bayrischen Sozialdemokratie. Sie zeigten eine weitgehende Abkehr von den Lehren und Idealen, die bis dahin in der Sozialdemokratie allein bestanden, und gipfelten in einem Programm der Hebung der Landeskultur und des Schutzes der Bauern vor Enteignung und Ausbeutung durch das Kapital, das sich ihnen, anders als in der Industrie, von außen in der Gestalt des Hypothekengläubigers, besonders der Hypothekenbanken nahe. Anfänglichen Widerständen in Parteikreisen der bayrischen Großstädte zum Trotz<sup>3)</sup> und nach einigen Rückschlägen in der Zeit

<sup>1)</sup> Die Stuttgarter Resolution behauptet in ihrem theoretischen Teil, »daß die Erfordernisse der Produktion wie die Anwendung der Gesetze der Agronomie . . . den Großbetrieb im Ackerbau erheischen und, ähnlich wie in der modernen Industrie, die Einführung von Maschinen und die Organisation der ländlichen Arbeitskraft notwendig machen; daß im allgemeinen die moderne ökonomische Entwicklung den Großbetrieb im Ackerbau erstrebt; daß demgemäß bei dem Ackerbau wie bei der Großindustrie die allmähliche Verdrängung der kleinen und mittleren Eigentümer durch die Großgrundbesitzer vor sich geht und das Elend und das Abhängigkeitsverhältnis der weitaus größten Mehrzahl der Ackerbauerbevölkerung zugunsten einer kleinen Minorität stetig zunimmt«.

<sup>2)</sup> Selbst ein so unterrichteter Agrarpolitiker wie von Miaskowski glaubte noch 1883 auf der einen Seite die Zerbröckelung des mittlern bäuerlichen Besitzes in Kleinbauern- und Häuslerstellen und auf der andern Seite seine Aufaugung durch den Großgrundbesitz feststellen zu können; siehe seine *Agrarpolitischen Zeit- und Streitfragen* (Leipzig 1889), pag. 62 ff.

<sup>3)</sup> Auf dem Breslauer Parteitag / 1895 / waren von 9 bayrischen Delegierten nur 2 sichere Anhänger der Agrarkommission. 3 stimmten sogar für die Resolution Kautsky, die den Agrarprogrammentwurf in den Orkus schleuderte. Wie fest damals noch die alten Dogmen in den bayrischen Großstädten geglaubt wurden zeigt sich darin, daß auf dem Breslauer Parteitag die Vertreter von Nürnberg und München, Oertel und Adolf Müller in ganz agrarmaxistischen Gedankengängen gegen den im Vergleich zu von Vollmars süddeutschem Entwurf bereits sehr abgeschwächten Programmentwurf der Agrarkommission polemisierten. Adolf Müller sprach kurzweg von den »verelendeten Bauern in Süddeutschland, am Rhein, in Elsaß-Lothringen«. Und der Nürnberger Parteiführer Oertel argumentierte: »Die ganze Frage läuft auf die Konkurrenzfähigkeit des Bauerntums heraus, und da wissen wir doch ganz genau, daß wir ihm die Konkurrenzfähigkeit durch alle möglichen Reformen nicht retten oder verschaffen können.«

der Zolltarifkämpfe ist von Vollmars bauernfreundliche Agrarpolitik in der bayrischen Sozialdemokratie siegreich durchgedrungen und nun schon zu einer gefestigten und unbestrittenen Parteitraktion geworden. Seit einiger Zeit ist sie in ein neues Stadium ihrer Entwicklung getreten. Einmal wegen des äußern Umstands, daß der bayrische Parteivorstand seit 4 Jahren die vom Genossen Geisler in ihrem Sinn redigierte Agitationszeitschrift *Bayrisches Wochenblatt* für die ländliche und speziell für die bäuerliche Bevölkerung herausgibt. Vor allem aber aus dem tiefern Grund, daß seit Beginn der durch einige ungünstige Erntejahre und durch Seuchen verschärften Viehknappheit und Fleischteuerung das Hauptmotiv der Bauernschutz- und -förderungspolitik der bayrischen Sozialdemokratie ein anderes geworden ist. Früher wollte man den bedrängten Bauern schützen, um ihn für die Partei zu gewinnen und damit das damals noch leichte politische Gewicht der bayrischen Industriearbeiterschaft, die sich in jenen Jahren bei weitem in der Minorität befand, zu erhöhen. Heute ist man zwar gleichfalls erfolgreich bestrebt die industrieproletarische Anhängerschaft, die inzwischen erheblich gewachsen ist, durch Wählerstimmen aus der bäuerlichen Bevölkerung zu verstärken, sucht aber die kleinen und mittleren Bauern weniger zu Parteizwecken, mit politisch agitatorischer Absicht und mehr im wirtschaftlichen Konsumenteninteresse der gewerblichen Arbeiterschaft als die leistungsfähigsten Produzenten von Fleisch, Milch und anderen tierischen Erzeugnissen zu erhalten, zu fördern und zu vermehren. Da unsere preußische Landtagsfraktion und überhaupt die preußische Sozialdemokratie, wie wieder ihr letzter Parteitag zeigte, erst in den Anfangsstadien der agrartheoretischen und agrarpolitischen Entwicklung steckt, die die bayrische Partei in ihrer 30jährigen Landagitation und die bayrische Fraktion in ihrer 20jährigen Parlamentsarbeit zurückgelegt haben, scheint es mir besonders für preußische Parteigenossen lehrreich und nützlich zu sein einmal die Hauptgründe kurz darzulegen, die die bayrische Sozialdemokratie veranlaßt haben einen agrarpolitischen Kurs einzuschlagen und beharrlich zu verfolgen, der von den Ansichten der ersten Generation deutscher Sozialdemokraten so weit abweicht.



IE erste Ursache dieser tiefgehenden Wandlung scheint mir darin zu liegen, daß der Marxschen Sozialtheorie selber infolge ihres realistischen Charakters in hohem Maß die Fähigkeit zur Selbstkorrektur innewohnt. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hat nach der von ihr akzeptierten Marxschen Sozialtheorie nicht Utopieen zu verwirklichen sondern der immanenten Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsordnung freie Bahn zu schaffen. Diese Weiterentwicklung ging nun aber wesentlich anders vor sich als Marx und seine ersten Anhänger es sich gedacht hatten. Die jüngere Generation deutscher Sozialisten mußte sich mit gewissen Grenzen der großbetrieblichen Entwicklung verschiedener Industrien abfinden lernen. Und nun erst die Landwirtschaft: Hier versagten die vermeintlichen technischen Triebkräfte der Betriebskonzentration ganz. Der Dampfflug, auf den die ersten Marxisten ihre Hoffnungen gesetzt hatten, wurde im ganzen Königreich Bayern 1895 in 33 und 1907 gar nur in 32 Betrieben verwendet und zeigte sich völlig außerstande Spaten und Gespannpflug zu überwinden und die Betriebs- und Besitzver-

hältnisse in der Landwirtschaft umzuwälzen. Auch die Elektrizität, der spätere Agrar marxisten, allen voran Genosse K. Kautsky, Ende der neunziger Jahre die Rolle des Revolutionärs der Agrikultur zugedacht hatten, enttäuschte gründlich und erwies sich als äußerst anpassungsfähig an die Verhältnisse der Bauernwirtschaft. Wurden doch 1907 in Bayern nur 27 Elektromotore in Großbetrieben, dagegen 140 in kleinbäuerlichen und 661 in mittelbäuerlichen Wirtschaften gezählt. Vor allem aber stellte sich der Viehstand des Bauern als ein sehr modernes und produktives Arbeitsmittel heraus. Die bescheidene soziale Umwälzungskraft der landwirtschaftlichen Maschinen, die besondere Eignung der Viehzucht für die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe, die große Bedeutung der Eigenarbeit für deren Produktivität und Rentabilität hatte Genosse von Vollmar, der Partei seiner Zeit weit voraus, schon 1894 klar erkannt. Auf dem Frankfurter Parteitag /1894/ wies er darauf hin, daß sich die landwirtschaftliche Entwicklung »doch nicht so vollzogen habe wie sie früher von den Sozialisten vorausgesagt wurde, die eine rapide Aufsaugung der Kleinen zugunsten der Großen annahm, deren rationelle Wirtschaft alsbald dominieren werde«. Die Ansicht »nicht weniger Agrarpolitiker«, der Großbetrieb in der Landwirtschaft sei nur bei extensivem Betrieb überlegen, bei zunehmender Intensität der Bewirtschaftung gehe aber die wirtschaftliche Entwicklung auf eine Verkleinerung der Betriebe, machte sich von Vollmar zwar nicht ausdrücklich zu eigen; seine Zuhörer waren aber schwerlich darüber im Zweifel, daß er sie in der Tat teilte. Die Betriebszählungen von 1895 und 1907 haben seine Ansicht auch für Bayern glänzend bestätigt, wie folgende Tabelle ergibt:

Größenklasse (in Hektar)	Zahl der Betriebe				Landwirtschaftlich benutzte Fläche (in Hektar)				Von je 100 Hektar der landwirtschaftlich benutzten Fläche treffen auf nebenstehende Größenklassen		
	Mehring (+)		Minderung (-)		Mehring (+)		Minderung (-)				
	1882 bis 1895 absolut (in Hektar)	relativ (in %)	1895 bis 1907 absolut (in Hektar)	relativ (in %)	1882 bis 1895 absolut (in Hektar)	relativ (in %)	1895 bis 1907 absolut (in Hektar)	relativ (in %)	1882	1895	1907
unter 2	- 25768	- 9,8	+ 5067	+ 2,1	- 18394	- 9,4	- 10343	- 5,8	4,5	4,1	3,9
2 bis 5	- 21	- 0,01	- 2977	- 1,8	+ 4084	+ 0,7	- 5623	- 1,0	12,8	12,7	12,9
5 bis 20	+ 9013	+ 4,3	+ 7641	+ 3,5	+ 77879	+ 3,8	+ 61091	+ 2,8	48,1	49,5	52,2
20 bis 100	- 987	- 2,2	- 3519	- 3,0	- 41535	- 3,0	- 129253	- 9,6	32,3	31,1	28,8
über 100	+ 27	+ 4,6	- 86	- 13,8	+ 14131	+ 14,5	- 18212	- 16,3	2,3	2,6	2,2

Die Entwicklung der bayrischen Landwirtschaft ist also durch eine entschiedene Zunahme des mittelbäuerlichen Betriebs an Zahl und Fläche und durch eine ebenso entschiedene Abnahme der großbäuerlichen Betriebe und seit 1895 auch der Großbetriebe charakterisiert.<sup>4)</sup> Daneben zeigen die Be-

<sup>4)</sup> Anders interpretiert Genosse Schmidt (Würzburg) in seinem Artikel *Ist der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft dem Großbetrieb überlegen?* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 101 ff., die landwirtschaftliche Betriebsstatistik Bayerns. Er meint, von 1895 bis 1907 sei die Anzahl der Betriebe beinahe in allen Größenklassen gestiegen, und behauptet, es lasse sich keine klare Tendenz erkennen. Allein die Steigerung der Parzellenbetriebe 1907 gegenüber 1895 um 5067 ist zum Teil nur formal statistischer Natur und wird durch einen Rückgang ihrer Gesamtfläche um 10 343 Hektar oder um 5,8 % aufgewogen. Einen wirklichen Fortschritt zeigte auch 1907 allein der mittelbäuerliche Betrieb. Er nahm um 7641 an Zahl und um 61 091 an Fläche zu. Es ist also auch in Bayern, wie überall in Deutschland, der bäuerliche Familienbetrieb im Vordringen begriffen, und zwar schon seit 1882 und ohne alles Schwanken. Nicht eine Ausnahme sondern nur eine Bestätigung dieser Regel bedeutet es, daß in Baden, wie Genosse Schmidt bemerkt, die Betriebsgrößenklasse 5 bis 20 Hektar eine geringe Verminderung, allerdings nur um 85, aufweist. In dem viel intensiver als das rechtsrheinische Bayern, besonders Südbayern, bewirtschafteten Baden liegt eben die Grenze des Familienbetriebs tiefer. Sein Vordringen zeigt sich daher in Baden in der starken Zunahme der Kleinbetriebe und der größeren Parzellenbetriebe seit 1882.

triebe von 2 bis 5 Hektar einen geringfügigen Rückgang. Die mittleren Bauernwirtschaften umfaßten infolge ihres konstanten Wachstums 1907 schon 33,5 % aller Betriebe und 52,2 % der gesamten Kulturfläche. Ferner ist das starke Vorwiegen der Eigenwirtschaft für die bayrische Landwirtschaft bezeichnend. 95,1 % der Gesamtfläche sind Eigenland. Die reinen Pachtbetriebe betragen nur 3,0 % der Gesamtzahl aller Betriebe, und das Pachtland macht nur 4,1 % der Gesamtfläche aus. Von einer Partei, deren von allen ihren Mitgliedern anerkannte Sozialauffassung gerade auf die ökonomischen Tendenzen einen so großen Nachdruck legt, konnten so wichtige, für die gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung des ausgesprochensten deutschen Agrarstaates geradezu grundlegende Tatsachen nicht ignoriert werden. Die überlieferten agrarmarxistischen Theorien mußten berichtigt, die gegenwärtige Überlegenheit des landwirtschaftlichen Familienbetriebs und die Berechtigung des Arbeitseigentums des Bauern an seinem toten und lebenden Inventar und an seinem Grund und Boden anerkannt werden. Und sie wurden es.

Die zweite Hauptursache der raschen und gründlichen agrartheoretischen und agrarpolitischen Wandlung, die Anfang der neunziger Jahre in der bayrischen Sozialdemokratie eintrat, war die Einsicht, daß die Partei in absehbarer Zeit zu Ansehen und Einfluß im Land nicht gelangen konnte, wenn sie sich allein auf die Industriearbeiterschaft stützte. Sie mußte daher, wie es von Vollmar 1894 auf dem Münchener Landesparteitag ausdrückte, »dem bayrischen Volk die Interessengemeinschaft aller politisch und sozialwirtschaftlich Bedrängten, Unzufriedenen und Vorwärtstrebenden im Lande mit der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie offensichtlich machen«. Bei solchen Versuch stieß die Partei sofort auf die Landbevölkerung, die damals vier Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachte, und innerhalb ihrer auf ihren weitaus stärksten einheitlich interessierten Bestandteil, die kleine und mittlere Bauernschaft. Diese war natürlich nicht zu gewinnen, wenn man ihr in offensichtlichem Widerspruch zu den Tatsachen vordoziert hätte, ihre Betriebs- und Besitzform sei minderwertig und überlebt; und zwar auch dann nicht, wenn man ihr trotz der theoretischen Gewißheit ihres unvermeidlichen Untergangs praktisch die Bereitwilligkeit ausgedrückt hätte durch allerhand Schutzmaßnahmen das bittere Ende möglichst weit hinauszuschieben. Von diesem innern Widerspruch, an dem die Agrarprogrammbewegung der Mitte der neunziger Jahre krankte und zugrunde ging, fühlten sich von Vollmar und seine Mitarbeiter wohl von Anfang frei, und sie konnten daher mit gutem Gewissen Bauernschutzpolitik und Bauernagitation treiben. Auch durch das klägliche Ende der großen Agrarprogrammdebatte und den seltsamen Beschluß des Breslauer Parteitags, daß »die Landeskultur nicht im Interesse des Proletariats sondern im Interesse der Ausbeuter des Proletariats« liege, ließen sie sich nicht beirren, in der festen Überzeugung, daß die Agrarfrage, wie von Vollmar 1896 auf dem Nürnberger Landesparteitag betonte, »sowohl allgemein als vor allem für unser Land von der größten, von ausschlaggebender Bedeutung ist, was auch immer die augenblickliche Ansicht darüber sein mag«. Schon vorher, im Oktober 1895, also unmittelbar nach dem Breslauer Parteitag, hatte bei Beratung des Viehversicherungsgesetzes Genosse Scherm namens der Fraktion, die zugleich die Landesparteileitung war, erklärt:

»Die Lage der Masse der bedrängten Bauernschaft liegt uns am Herzen wie diejenige der ländlichen und städtischen Arbeiter. Wir werden alles irgendwie Zulässige tun, um ihr Los erträglicher zu machen und der größtmöglichen Zahl von Bauern den drohenden Absturz ins Proletariat zu ersparen. Wir wollen ihnen im Kampf gegen das Kapital und mit dem Fiskus tatkräftig beistehen, sie als Steuerzahler, als Schuldner, als Wald- und Weiderechtigte, als Erzeuger der zur Volksernährung nötigen Bodenprodukte vor Nachteil bewahren; denn die Sozialdemokratie ist, wie wir schon wiederholt dargetan haben, keineswegs nur eine einseitige Industrieproletariatspartei sondern eine Partei des ganzen werktätigen, nach wirtschaftlicher und politischer Befreiung ringenden Volkes.«<sup>5)</sup>

In den Jahren darauf arbeitete die Landtagsfraktion an der agrarpolitischen Gesetzgebung rüstig mit. Auf dem Würzburger Parteitag von 1898 berichtete von Vollmar hierüber:

»Wir haben in Agrarfragen die Linie des Verhaltens, die wir uns von Anfang an festgesetzt und die vom Parteitag wiederholt gebilligt worden ist, unbeirrt weiter verfolgt. Wir sind für Maßregeln zugunsten der bedrängten Masse der Kleinbauern (die ja nichts als Landarbeiter im Besitz ihrer Arbeitsmittel sind) eingetreten, soweit unsere Grundsätze uns dies nur immer erlaubten. So haben wir dafür gestimmt, daß aus Staatsmitteln ein Fonds zur bessern Entschädigung von Hagelschlägen gebildet werde; daß bei allen Viehseuchen der Schaden bis zu einer gewissen Höhe vom Staat ersetzt werde; daß die Eisenbahntarife für Saatgetreide und Saatzpflanzen herabzusetzen seien usw. Insbesondere haben wir uns auch dem Gedanken einer alle Landwirte umfassenden berufsgenossenschaftlichen Organisation gegenüber durchaus sympathisch verhalten.«

In den letzten Jahren hat die bayrische Landtagsfraktion vor allem für das Gesetz betreffend die Landeskulturrentenanstalt und für das Güterzertrümmerungsgesetz gestimmt und ist unter anderm für Urbarmachung der Moore, des Öd- und Unlands eingetreten, für Flußkorrekturen, staatlichen Ausbau der Wasserkräfte und billige Abgabe der Elektrizität auch an Landwirte, Verbesserung der Alpen- und Bergweiden, staatliche Beihilfen zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche, Bekämpfung der Viehtuberkulose und des Scheidekatarrhs, Einführung und Unterstützung des Rindviehkontrollvereinswesens in Bayern, Förderung der Flurbereinigung, Ausbau des Lokalbahnnetzes, Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Bildungs- und Genossenschaftswesens, staatliche Mobiliarversicherung, direkten Einkauf der staatlichen Verwaltungen und Anstalten bei den ländlichen Produzenten und vor allem für Ausschaltung des vertuernden Zwischenhandels in Agrarprodukten und Anhalten der Gemeinden zu einer richtig organisierten Lebensmittelversorgung. Die letztgenannte Forderung verfiel besonders das *Bayrische Wochenblatt* auf das eifrigste. Es wettet in seiner kräftigen Sprache gegen die »lästerliche Untertätigkeit« unserer »Kommunalbureakraten« auf dem Gebiet der Fleischversorgung, bezeichnet die Aufforderung des Reichskanzlers an die Städte mit landwirtschaftlichen Organisationen langfristige Abmachungen über Schlachtviehlieferung zu treffen als »richtige Idee«, deren Ausführung wünschenswert sei, und empfiehlt das bekannte Vorgehen der Stadt Ulm auf diesem Gebiet als vorbildlich. Ja, es verteidigt in seiner Nummer vom 10. November 1910 die Bauern gegen den Vorstand des bayrischen Städtetags:

<sup>5)</sup> Irrtümlicherweise geben David (*Sozialismus und Landwirtschaft*, 1. Band / Berlin 1903 /, pag. 48) und Cohnstaedt (*Die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie von Karl Marx bis zum Breslauer Parteitag / München 1903 /, pag. 151*) an, daß diese Erklärung erst in dem Handbuch *Die Sozialdemokratie im bayrischen Landtag 1893 bis 1899 / Nürnberg 1899 /* enthalten sei. Sie findet sich aber schon in den Landtagsverhandlungen von 1895 und in dem 1896 dem Nürnberger Parteitag erstatteten Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Landtagsfraktion auf der ersten Seite des Nürnberger Protokolls.

»Der [von diesem erhobene] Vorwurf der absichtlichen Zurückhaltung von Vieh wird die einzelnen Wirtschaften wohl viel seltener treffen als den Zwischenhändler. Ist ein Stück Vieh schlachtreif, so ist der Besitzer ein Esel, wenn er es auch nur einen Tag zurückhält. Auch hat der Viehzüchter, der sein Vieh selbst zum Markt bringt, nur Verlust, wenn er es unverkauft wieder mitnimmt oder bis zum nächsten Markt stehen läßt.«

Der Wunsch die landwirtschaftliche und besonders die klein- und mittelbäuerliche Bevölkerung für die Partei zu gewinnen oder doch zu neutralisieren ist heute ein Hauptbestimmungsgrund der agrarpolitischen Haltung der bayrischen Sozialdemokratie. Die landwirtschaftliche Bevölkerung des zweitgrößten Bundesstaats betrug 1907 noch immer 2,6 Millionen Köpfe oder 40,3 % der Gesamtbevölkerung, und ihr zahlreichster, lebenskräftigster, auf Kosten der übrigen Gruppen wachsender Bestandteil sind auch in der Gegenwart die hauptberuflich Landwirtschaft treibenden Inhaber der Betriebe in Größe von 5 bis 20 Hektar, die von 1895 bis 1907 um 10 400 Köpfe zunahm. Eine so starke und immer mehr erstarkende Volksschicht, die zudem nur minimale Arbeitgeberinteressen hat, mochte die bayrische Sozialdemokratie natürlich nicht gern in der Vorderfront der feindlichen Reihen kämpfen sehen. Sie nahm sich daher von jeher, so weit das mit dem Industriearbeiterstandpunkt vereinbar schien, auch der berechtigten Wünsche der klein- und mittelbäuerlichen Schichten an, schützte sie vor Schuldknechtschaft, vor Ausbeutung durch gewerbsmäßige Güterzertrümmerer, vor Aufsaugung durch den um sich greifenden Fideikommißbesitz und die Luxusbegüterungen städtischer Kapitalisten. Im Ablauf dieser bauernfreundlichen agrarpolitischen Landtagsarbeit bilden nun aber die in den letzten Jahren mehrfach eingebrachten Fleischsteuerungsinterpellationen unserer Fraktion eine deutlich erkennbare Zäsur. Während der letzten Jahre der Mißernten, der Viehseuchen und des dadurch hervorgerufenen Fleischmangels kam es nämlich der sozialdemokratischen Industriearbeiterschaft Bayerns mehr als früher zum Bewußtsein, daß sie durch Beschützung und Förderung der Bauern im Grunde ihre eigenen Interessen als Konsumenten schützt und fördert. Diese Erkenntnis kann als das dritte Hauptmotiv des bayrischen Agrarreformismus bezeichnet werden.

Die landwirtschaftliche Betriebszählung von 1907 hat ergeben, daß der kleine und mittlere Bauer der Hauptfleisch- und Milchproduzent des Landes ist. Die mittelbäuerlichen Betriebe halten danach 48,8 % aller Schweine, 51,1 % aller Kühe, 54,3 % aller Rinder. Über die Viehdichtigkeit folgende Zahlen<sup>\*)</sup>:

Größen- klasse (in Hektar)	Auf je 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche treffen								
	Pferde	Rinder		Schafe	Schweine	Ziegen	Rind- vieh- ein- heiten	Hühner	Gänse und Enten
		insge- samt	Kühe						
unter 2	3,4	91,5	72,1	21,5	114,6	123,3	137,6	743,1	137,2
2 bis 5	3,3	104,4	69,5	9,4	56,1	10,9	125,1	340,5	66,1
5 bis 20	7,4	87,5	41,9	13,8	37,6	4,1	109,8	206,3	41,4
20 bis 100	12,0	70,5	29,7	28,7	28,9	1,6	98,6	135,0	24,1
über 100	6,6	44,7	23,4	29,3	21,0	0,3	62,7	56,9	11,2

<sup>\*)</sup> Die Tabelle ist dem amtlichen Werk *Die Landwirtschaft in Bayern nach der Betriebszählung vom 12. Juni 1907* / München 1910/, pag. 140 ff., entnommen. Die Rindvieheinheiten sind nach dem üblichen Verhältnis 1 Rind = 1/2, Pferd = 1/10 Schafe = 4 Schweine = 12 Ziegen berechnet worden.

Die mittelbäuerlichen Betriebe halten also auf gleicher Fläche ungefähr doppelt, die kleinbäuerlichen sogar fast 3 mal soviel Kühe und Schweine wie der Großbetrieb; die Parzellenbetriebe ernähren auf gleicher Fläche 5 mal soviel Schweine wie die Güter über 100 Hektar. Auch die Mehrung des Viehstands während der letzten 25 Jahre war in den 3 bäuerlichen Größenklassen weitaus am stärksten:

Zählungsjahr	Auf je 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche treffen Rindvieheinheiten in den Betrieben					
	unter 2 Hektar	2 bis 5 Hektar	5 bis 20 Hektar	20 bis 100 Hektar	über 100 Hektar	sämtlichen Größenklassen
1907	137,6	125,1	109,8	98,7	62,7	108,6
1895	132,7	115,9	96,3	85,3	50,3	95,7
1882	131,9	107,3	92,3	80,7	50,3	91,2
Zuwachs 1882 bis 1907	+ 5,7	+ 17,8	+ 17,5	+ 18,0	+ 12,4	+ 17,4

Solche Zahlen müssen natürlich Eindruck machen.<sup>7)</sup> Dazu kommt, daß in den bäuerlichen Wirtschaften Bayerns noch viel Schwarzbrache für den Futterpflanzenbau verfügbar ist, die Wiesen und Weiden noch verbesserungsbedürftig sind, die Klee- und Grassamenzüchtung erst in den Anfängen steckt und die einheimische Produktion offenbar viel vorteilhafter durch zollfreie Einfuhr russischer Futtergerste, rumänischen und amerikanischen Maises und mandschurischer Sojabohnen als durch Fleisch- oder gar durch den die Verseuchungsgefahr erhöhenden Viehimport ergänzt werden könnte und sollte. Die Viehhaltung, vor allem die Schweinehaltung der bayrischen Bauern kann also noch sehr gesteigert werden, während andererseits die Viehexportfähigkeit des Auslands besonders Österreich-Ungarns, sehr zurückgegangen ist. Das *Bayrische Wochenblatt* schrieb daher am 15. September 1910 mit Recht:

»Wenn zur Hebung des gegenwärtigen Notstands außerordentliche Maßnahmen unbedingt verlangt werden müssen, so muß man sich doch darüber klar sein, daß zur dauernden Beseitigung der Vieh- und Fleischnot die Öffnung der Grenzen nicht ausreicht. Darum haben wir bereits früher erklärt: das eine tun und das andere nicht lassen. Neben den Maßregeln zur augenblicklichen Abhilfe ist alles zu fördern, was die einheimische Fleischproduktion heben kann; denn auch in den Ländern, die jetzt noch Viehüberschuß haben, wächst die Bevölkerung und damit der Eigenbedarf.«

Und Genosse Gentner, ein fränkischer Kleinbauer und der Redner unserer Fraktion zum Landwirtschaftsetat, unterstrich bei dessen Beratung im Frühjahr 1912 diesen Gedanken kräftig:

»Die Sozialdemokratie stimmt den Forderungen für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion gern zu. Es ist um so notwendiger diesen Forderungen Aufmerksamkeit zuzuwenden, als die Lebensmittelversorgung sich erheblich schlechter gestaltet und die Zufuhr aus anderen Ländern bedeutend nachgelassen hat. Unter diesen Umständen müssen wir mehr und mehr dazu kommen unsern Verbrauch im eigenen Land zu produzieren, und deshalb ist die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion eine der zwingendsten Notwendigkeiten.«

<sup>7)</sup> Den Zahlen der Statistik entspricht die Tatsache, daß fast jede Zuschlagung eines Bauernguts zu einem Großgrundbesitz einen Rückgang des Viehstands zur Folge hat. Beispielsweise berichtet das *Bayrische Wochenblatt* vom 3. Oktober 1912 nach bayrischen Zentrumsblättern: »Baron von Büsing d'Orville auf Zinneberg bei Glonn hat bereits 27 bis 28 Bauernanwesen aufgekauft und füttert jetzt, sage und schreibe: ganze 10 (zehn) Stück Rindvieh mehr als der frühere Besitzer von Zinneberg ohne die 27 bis 28 Bauernanwesen . . . In der Gemeinde Glonn wurden bei der letzten Viehzählung 400 Stück Rindvieh weniger gezählt. Die Hauptursache des Rückgangs der Viehhaltung ist die Bauernlegerei des Herrn von Büsing.«

Den richtigen Weg dazu gab das *Bayrische Wochenblatt* am 1. September 1910 an:

»Die deutsche Viehproduktion ist erweiterungsfähig; ihr sind die Grenzen nicht so eng gesteckt wie der Ausdehnung des Getreidebaus. Auch der heimische Futterertrag läßt sich steigern, wie ein Blick auf die skandalöse Unkultur so mancher deutscher Bodenstrecke lehrt . . . Die Förderung und Vermehrung der deutschen Viehproduktion hat eine Vorbedingung. Wie die Statistik zeigt, sinkt der Viehreichtum der landwirtschaftlichen Betriebe mit ihrer zunehmenden Größe. Der kleine Bauer hält, auf den Acker berechnet, weit mehr Vieh als der Großgrundbesitzer. Zerschlagung des Großgrundbesitzes bedeutet ohne weiteres Vermehrung der Viehproduktion.«<sup>\*)</sup>

Ganz in diesem Sinn forderten unsere Abgeordneten im bayrischen Landtag Urbarmachung der 80 000 Hektar bayrischer Moore, auf denen nach einer Berechnung des Genossen Gentner allein 5000 Bauern angesiedelt werden könnten, Neubildung kleiner und mittlerer Bauernstellen bei Gelegenheit von Güterzertrümmerungen, kurz innere Kolonisation auch in Bayern. Auf das schärfste bekämpften sie dagegen die Ausdehnung der Fideikomnisse und überhaupt den Auskauf von Bauern durch Großgrundbesitzer oder reiche Städte, wie er besonders in dem an Naturschönheiten so reichen Alpenvorland stattfindet; denn »die Bauernlegerei ist«, wie Gentner im Oktober 1912 in der Abgeordnetenkammer sagte, »um so bedenklicher, als in bezug auf die Volksernährung und Lebensmittelversorgung der Großgrundbesitz seiner Aufgabe nicht nachkommt und vom Klein- und Mittelbesitz weit, weit überragt wird.

Der letzte, aber nicht unwichtigste Bestimmungsgrund der Haltung, die die bayrische Sozialdemokratie seit Jahren in der Agrartheorie und Agrarpolitik eingenommen hat, besteht in der Notwendigkeit auf die Verhältnisse und Bestrebungen der landwirtschaftlichen Dienstboten und Tagelöhner Rücksicht zu nehmen. In Ländern mit ausgedehntem geschlossenen Großgrundbesitz und dementsprechend zahlreicher Lohnarbeiterschaft können sozialdemokratische Parteien infolge eines falschen Analogieschlusses von der Industrie auf die Landwirtschaft leicht der Versuchung erliegen eine agrarmarxistische Landarbeiterpolitik zu betreiben, wie sie den ersten für die Agrarfrage interessierten deutschen Sozialisten vorschwebte und wie sie später Genosse K. Kautsky in seiner *Agrarfrage* bis in alle Einzelheiten konstruiert und empfohlen hat. Diese Versuchung besteht allerdings nur so lange, bis die Landflucht die Reihen der grundbesitzlosen Landarbeiter dezimiert, die Aufteilung zahlreicher Großgüter erzwingt und mit der nun eröffneten Möglichkeit Land zu erwerben und in den Kleinbauernstand aufzusteigen in den Seelen der in der Heimat zurückgebliebenen Gutstage-löhner und Knechte die alte Sehnsucht nach eigenem Landbesitz entzündet. Dieser für den Agrarmarxismus kritische Zeitpunkt ist in Preußen erst in unseren Tagen eingetreten. In Bayern bestand für die sozialdemokratische Partei schon Anfang der neunziger Jahre keine Gefahr aus dem Grund einer irr tümlichen Auffassung der Landarbeiterfrage der agrarmarxistischen Theorie und Praxis treu zu bleiben; denn die landwirtschaftliche Lohnarbeiterschaft war hier schon damals an Zahl gering und im Rückgang be-

\*) Unter Hinweis auf diese Stellungnahme wehrt das *Bayrische Wochenblatt* vom 18. Mai 1911 den Vorwurf der Bauernfeindlichkeit sehr wirkungsvoll ab: »Die Sozialdemokratie, die für Erleichterung der Fleischversorgung im Interesse der Konsumenten eintritt, kann also schon aus dem Grund nicht bauernfeindlich sein, weil mit der Vermehrung des kleinbäuerlichen Besitzes eine Vermehrung der Schlachtviehhaltung parallel geht.«

griffen. Dieser Rückgang hat seither infolge der Landflucht, die auch in Bayern aus einem besondern Grund sehr fühlbar wurde, angehalten. Von 1882 bis 1907 hat die Zahl der Knechte um etwa 40 000, die der Mägde um etwa 62 000, die der Tagelöhner um etwa 5000 abgenommen. Dagegen haben in diesen 25 Jahren die in der Landwirtschaft mitarbeitenden Familienangehörigen eine Mehrung um etwa 130 000 Personen erfahren. Gegenwärtig rekrutiert sich das gesamte Landwirtschaftspersonal des Landes zu ungefähr vier Fünfteln aus den Besitzerfamilien selbst. Die familienfremden Arbeitskräfte machen nur 21,5 % aus. Dieses Fünftel war aber nicht nur wegen seiner geringen und zudem zusammenschmelzenden Kopfzahl sondern auch wegen seiner psychologischen Stimmung für eine agrarmarxistische Landarbeiterpolitik und Landagitation im Sinn etwa des Genossen K. Kautsky völlig ungeeignet. Größtenteils (1907 zu 57,9 %) aus Knechten und Mägden bestehend, ging schon damals und geht noch heute ihr dringlichstes Verlangen, soweit sie auf dem Lande bleiben wollen, dahin eine Ansiedlungsgelegenheit zu finden, damit sie heiraten können. Das ist in Südbayern gar nicht so einfach; denn es fehlt hier (und das ist der schwerste Mangel seiner Agrarverfassung) sehr an kleinen Häusler- und Söldneranwesen, da infolge des nun endlich abgeschafften und durch den Unterstützungswohnsitz ersetzten bayrischen Heimatsrechts die ländlichen Gemeinden Jahrhunderte hindurch die Bildung von Kleinsiedelungen, die zu Armenlasten Anlaß geben konnten, nach Möglichkeit zu hintertreiben gesucht haben. Wegen dieses Mangels an kleinen und kleinsten Anwesen bleibt den heiratslustigen Dienstboten sehr oft kein anderer Ausweg als die Abwanderung in die Städte.<sup>9)</sup> Da die bayrischen Industriearbeiter sowohl als Konsumenten wie, wegen der ungünstigen Beeinflussung ihres Arbeitsmarkts, als Produzenten bestrebt sein mußten dieses Hauptmotiv der Landflucht abzuschwächen, stimmte unsere Fraktion schon in der Landtagssession 1907-1908 einer gesetzgeberischen Maßregel zu, die Ansiedlungsgelegenheiten für landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten zu schaffen bezweckte. Danach werden auf Grund der Artikel 13a und 136 des in der Abgeordnetenkammer einstimmig angenommenen Gesetzes betreffend die Landeskulturrentenanstalt vom 24. März 1908 aus Staatsmitteln langfristige und niedrig verzinsliche Darlehen an Gemeinden zum Zweck der Ansiedlung landwirtschaftlicher Arbeiter gewährt. Die Darlehen sollen, wenn die Gemeinden die Selbsthaftmachung selbst durchführen, sämtliche Kosten des Grunderwerbs und der Bauausführung decken. Falls gemeinnützige Vereinigungen oder einzelne Landwirte die Ansiedlungsunternehmer sind, dürfen die Darlehen der Landeskulturrentenanstalt nur 90 % der Kosten erreichen. Das Fehlerhafte dieser Gesetzesbestimmung liegt darin, daß die ländlichen Gemeindeorgane nicht bereit, meist auch nicht fähig sind die

<sup>9)</sup> Bezeichnend für die Bestrebungen der landwirtschaftlichen Dienstboten Südbayerns ist eine im *Bayrischen Wochenblatt* vom 17. November 1910 wiedergegebene Zuschrift, die unser Augsburgur Partelorgan, die *Schwäbische Volkzeitung* aus Schwaben erhalten hat. Sie schließt: »Auch die Dienstboten haben den Drang in sich selbständig und freier zu werden. Als Dienstbote zu heiraten ist nur selten möglich. Hier könnten die Gemeinden und Raiffeisenvereine segensreich wirken, wenn sie Wohnhäuser für die Dienstboten bauen würden und diese heiraten ließen. Natürlich müßte man ihnen die Möglichkeit geben das Wohnhaus als Eigentum zu erwerben, um unabhängig zu sein. Diese Leute würden sich dann ihrer eigenen Scholle erfreuen, und dem Land würden die Arbeitskräfte bleiben; der Jammer der Leutenot wäre vorbei ... Die Landarbeiter würden dann aufhören das Proletariat der Großstädte zu vermehren.« Über die Landarbeitverfassung Südbayerns siehe genauer meinen Artikel *Die landwirtschaftlichen Arbeiter in den Sozialistischen Monatsheften*, 1906, 3. Band, pag. 1590 ff.

schwierigen Ansiedlungsgeschäfte sachgemäß zu erledigen, und daß sie sich scheuen die erforderliche Garantie für das Staatsdarlehen zu übernehmen. Diesen Hauptgrund für die bisherige Erfolglosigkeit der gutgemeinten Gesetzesbestimmung erkannte die sozialdemokratische Fraktion und brachte deshalb in der Landtagssession 1912 einen Initiativantrag auf »Gewährung von Darlehen aus der Landeskulturrentenanstalt auch unter Ausschaltung der Haftung der Gemeinden an gemeinnützige Bauvereinigungen oder Korporationen zur Ansiedlung landwirtschaftlicher Arbeiter« ein. Dieser Antrag ist gewiß zweckmäßig und den ländlichen und mittelbar auch den städtischen Arbeitern nützlich, verrät aber, da er die Schaffung neuer landwirtschaftlicher Kleinbetriebe (die Arbeiterstellen dürfen außer dem Haus- und Nutzgarten bis zu 2 Hektar Acker- und Wiesland umfassen) anregen und erleichtern will, die völlige Abkehr von den alten agrarmarxistischen Lehren und Idealen.<sup>10)</sup>



WIE, sehr weit hat sich die bayrische Sozialdemokratie von der Agrartheorie und -politik der Marx, Engels, des Bebel der Streitschrift *Unsere Ziele* und des Liebknecht der *Grund- und Bodentrage* entfernt. Dagegen steht die Mehrheit der preußischen Sozialdemokratie diesen Repräsentanten des Anfangsstadiums industriesozialistischer Beschäftigung mit Landwirtschaftsfragen noch erheblich näher als den sozialdemokratischen Agrarreformisten in Bayern, den Genossen von Vollmar, Erhard Auer, Gentner, Geisler und anderen. Aber auch die preußische Sozialdemokratie wird in ihrer Stellungnahme zu den agrarischen Problemen den gleichen Umbildungsprozeß durchmachen müssen, dem die Landespartei mit der längsten agrarpolitischen Parlamentspraxis und Landagitationserfahrung schon früher unterworfen war. Denn auch in der preußischen Partei drängen sich seit einigen Jahren, und zwar noch nachdrücklicher, die selben 4 Hauptmotive der Abkehr vom agrarmarxistischen Doktrinarismus und Utopismus auf, deren Wirksamkeit im Entwicklungsgang der bayrischen Sozialdemokratie ich oben im einzelnen aufgewiesen habe.

Auch in Preußen zeigen die Klein- und Mittelbauern schon seit Jahrzehnten nicht die geringste Neigung vor dem Großbetrieb und Großgrundbesitz zu zerstreuen. Im Gegenteil, sie gewinnen im preußischen Osten sogar in viel rascherem Tempo als in Bayern Boden, weil sie in den ostelbischen Provinzen mit ihrem durch Landflucht und Leutenot erschütterten Großgrundbesitz einen noch weit größeren Ausbreitungsspielraum haben. Diesen ganz unleugbaren Entwicklungstendenzen wird auch die preußische Partei ihre Theorie und Praxis anpassen müssen. Die ostdeutsche Kolonisationsbewegung reißt aber auch die Landarbeiter in den Wettbewerb um den zur Aufteilung gebrachten Großgüterboden hinein. Das Verlangen nach eigenem Grundbesitz, das bis vor kurzem in der Seele der Landarbeiter des preußischen Ostens schlummerte, weil es bei der Geschlossenheit des Großgrundbesitzes keine Möglichkeit hatte zu seinem Ziel zu kommen, er-

<sup>10)</sup> Eine etwas abweichende Auffassung über bayrische Landwirtschaftsverhältnisse entwickelt Genosse Schmidt in seinem in Note 4 zitierten Artikel. Ich gedenke mich mit ihm über einige wichtigere Meinungsverschiedenheiten in einem Aufsatz auseinanderzusetzen, in dem ich im Anschluß an eine vor kurzem veröffentlichte Schrift des Genossen Geisler das wichtigste Agrarproblem Bayerns, die Güterzertrümmerung, behandeln will.

wacht in den Gegenden, wo Güter aufgeteilt werden, zusehends und ergreift von hier aus die Landarbeiterschichten in weitem Umkreis, bevor noch das ihnen von außen, durch die Agitation einiger Parteigenossen, nahe gebrachte agrarmarxistische Ideal irgendwo Wurzel fassen konnte. Mit diesen seelischen Wandlungen der Volksschicht, an deren Adresse sie sich richtet, wird auch die Landarbeiterpolitik und -agitation der preußischen Sozialdemokratie sich wandeln und, wie es schon seit langem die bayrische getan hat, dazu übergehen müssen den Landarbeitern die Verwirklichung ihrer Landerwerbswünsche durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen zu erleichtern. Denn auch die preußische Sozialdemokratie (und das ist die dritte Triebkraft ihrer notwendigen Neuorientierung in Agrarfragen) kann nicht, und zwar wegen ihres Wahlrucks noch weniger als die bayrische, darauf verzichten die beiden stärksten Gruppen der Landbevölkerung, die kleineren Bauern und die Landarbeiter mit Kleinbaueridealen politisch zu gewinnen oder doch wenigstens sich ihr günstig zu stimmen. Das wird sie aber nur erreichen können, wenn sie durch Unterstützung der innern Kolonisation die Ausbreitung des Klein- und Mittelgrundbesitzes besonders in der Großgüterhälfte Preußens fördern hilft. Dagegen muß noch längeres Festhalten an der altmarxistischen Agrartheorie und Agrarpolitik die unteren und mittleren Schichten der landwirtschaftlichen Bevölkerung einer der Industriearbeiterklasse günstigen Ausdehnung des preußischen Wahlrechts feindlich stimmen.

Den kräftigsten Anstoß zu einer gründlichen Umbildung des Denkens, Fühlens und Handelns in agrarischen Fragen gibt aber der preußischen Sozialdemokratie die Fleischsteuerung, die in den letzten Jahren mehrfach sehr fühlbar wurde. Ohne Zweifel hat das *Bayrische Wochenblatt* vom 13. Juli 1911 nach den bei der ostdeutschen Güteraufteilung gemachten Erfahrungen völlig recht, wenn es behauptet, durch die Umwandlung von Großgrundbesitz in kleinere Bauernstellen ließe sich die Viehproduktion in Ostelbien ganz gewaltig steigern. Selbst der Generalsekretär des deutschen Landwirtschaftsrats, Professor Dr. Dade, gibt das, obwohl er in Konsequenz seiner aristokratischen Staatsauffassung für möglichste Erhaltung des Großgrundbesitzes eintritt, in seiner vor einigen Wochen veröffentlichten Neubearbeitung des Roscherschen Lehrbuchs der Agrarpolitik unumwunden zu: »Hinsichtlich der Vermehrung des Viehbestandes in den 3 Hauptgebieten [Ostelbien, Westelbien, Süddeutschland] hat der bäuerliche Betrieb in Westelbien absolut die stärkste Vermehrung erfahren. . . . Wenn man erwägt, daß . . . auf je 100 Hektar des ostelbischen Bauernlandes 15 Stück Rindvieh weniger entfielen als in Westelbien und sogar 28 Stück weniger als in Süddeutschland, und wenn man weiter berücksichtigt, daß auf je 100 Hektar der landwirtschaftlichen Fläche des ostelbischen Großgrundbesitzes 20 Stück Rindvieh weniger als auf dem ostelbischen Bauernland gehalten werden, so wird man sagen können, daß künftig für die Deckung des Fleischbedarfs in Deutschland mit in erster Linie Ostelbien, und zwar besonders der bäuerliche Besitz daselbst in Betracht kommt.«<sup>11)</sup>

Die Notwendigkeit die inländische Fleischproduktion zu steigern wird die preußische Sozialdemokratie zwingen den selben Kurs der Bauernerhaltung und Bauernvermehrung einzuschlagen, den die bayrische Sozialdemokratie schon seit 2 Jahrzehnten verfolgt, und zwar seit dem wiederholten Eintreten von Fleischsteuerungsperioden mit größerer Klarheit und Konsequenz.

<sup>11)</sup> Siehe Roscher-Dade *Nationalökonomik des Ackerbaus und der verwandten Urproduktionen*, 14. Auflage / Stuttgart 1912/, pag. 874.

Der wuchtigen Überzeugungskraft all dieser Tatsachen und Argumente wird sich auch die preußische Sozialdemokratie nicht mehr lange entziehen können. Wie starke Sympathieen ihre Führer auch immer dem Großbetrieb als solchem und überhaupt der ins Große gehenden Entwicklung entgegenbringen (ich selbst teile diese Sympathieen völlig), und wie immer sie über die Möglichkeiten der Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktion im Rahmen der sozialistischen Zukunftsgesellschaft denken mögen, so werden sie doch im Gegenwartsstaat die Tatsachen und Tendenzen der preußischen Landwirtschaft so nehmen müssen wie sie sind und danach zu trachten haben ihre Betriebs- und Besitzverhältnisse so fortzubilden wie es das Interesse der arbeitenden Klassen in Stadt und Land und des gesamten Volks erfordert. Von diesem dem praktischen Politiker allein angemessenen Standpunkt werden sie nicht daran zweifeln können, daß sie gegenwärtig für Neuschaffung von Klein- und Mittelbetrieben, für Förderung der Bauern- und Arbeiteransiedlung einzutreten haben. Glücklicherweise mehren sich in der letzten Zeit auch in der preußischen Sozialdemokratie die Anzeichen der beginnenden Wandlung, unter denen ein auf reicher persönlicher Erfahrung und gründlichen Studien beruhender Aufsatz des Mitgliedes des deutschen Parteivorstands Genossen Otto Braun zugunsten der Selbsthaftmachung der Landarbeiter besonders erfreulich ist.<sup>12)</sup> Es wäre zu wünschen, daß unsere preußische Landtagsfraktion den von ihr zuletzt am 12. Januar 1912 begangenen Fehler sich gegen die Förderung der innern Kolonisation durch staatliche Mittel auszusprechen bei der Beratung und Abstimmung über die neue Siedlungsvorlage der preußischen Regierung nicht wiederholt.

XX  
**EDMUND FISCHER · STAAT UND SOZIALDE-  
 MOKRATIE**



DIESE Zweifel wird die Taktik der Sozialdemokratie heute wesentlich durch ihre Stellung zum Staat beeinflusst. Aber über den Begriff *Staat* herrschen die verschiedenartigsten und zum Teil unklarsten Vorstellungen (daraus sind die meisten neueren Konflikte entstanden). Sogar im Lager der unentwegten *Marxisten* ist ein heftiger Streit über die Stellung der Sozialdemokratie zum Staat entstanden. K. Kautsky mußte sich von seinen Freunden belehren lassen, daß der revolutionäre, marxistische Sozialismus mit der Staatsgewalt aufräumen, die Staatsgewalt zerstören müsse, worüber er so entsetzt war, daß er schrieb: »Ich traute meinen Augen nicht, als ich das las. Zerstörung der Staatsgewalt, das war bisher das Ziel der Anarchisten, das sie unserm Ziel der Eroberung der Staatsgewalt entgegensetzten.«<sup>1)</sup>

Bei näherer Betrachtung dieser recht heitern Auseinandersetzung mußte man den Eindruck gewinnen, daß jeder der Streitenden etwas anderes unter dem *Staat* versteht als sein Gegner. Wie naiv die Vorstellung vom Staat aber sein muß, zeigt sich an der einen Tatsache, daß Pannekoek sich allen Ernstes darüber klar ist, es sei für das Proletariat ein »leichtes innerhalb 2 mal 24 Stun-

<sup>12)</sup> Siehe Braun *Landflucht, Selbsthaftmachung der Landarbeiter und Sozialdemokratie in der Neuen Zeit*, 1912-1913, 1. Band, pag. 494 ff.

<sup>1)</sup> Siehe Kautsky *Der jüngste Radikalismus in der Neuen Zeit*, 1912-1913, 1. Band, pag. 440.

den einen fertigen Apparat zur Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zu schaffen«. Mehr noch:

»Während die Organisation der Staatsgewalt zerfällt und ihre Macht dahinschwindet, wächst zugleich schon die neue Organisation der Gesellschaft, die selbstgeschaffene demokratische Kampforganisation des Proletariats als immer größere gesellschaftliche Macht empor und übernimmt die Funktionen, die zur allgemeinen Regelung der Produktion notwendig sind.«<sup>2)</sup>

Also los! Geschwindigkeit ist ja keine Hexerei. Man macht, man übernimmt, und die sozialistische Gesellschaft ist fertig. Anders können sich die *Radikalen* die zukünftige Entwicklung, die Bildung der sozialistischen Gesellschaft überhaupt nicht vorstellen. Ob Zertrümmerung der Staatsgewalt und nachherige Neuorganisation innerhalb 48 Stunden oder Eroberung der Staatsgewalt, also einfache *Übernahme* nach der sozialen Revolution: das ist lediglich ein Wortstreit. Denn die derzeitige bürokratische Organisation der Staatsgewalt, wie wir sie zum Beispiel in Deutschland besitzen, soll doch wohl nicht von den Sozialisten übernommen werden? Sie muß allerdings beseitigt, *zerstört* werden. Und wer sich einmal auf den Katastrophenstandpunkt stellt, dem bleibt schon gar nichts anderes übrig, als sich auch die kindlichen Vorstellungen Pannekoeks zu eigen zu machen. Diesen gegenüber steht nun der reformistische Sozialismus, nach dem der Staat nicht eine ewig feststehende Herrschaftseinrichtung einer Klasse ist sondern die verschiedensten Formen annimmt, die sich in fortgesetzter Entwicklung herausbilden, so daß auch die Eroberung, die Übernahme der Staatsgewalt durch die Sozialisten sich nur in Verbindung mit einer fortgesetzten Reformierung des Staates vollzieht: in Generationen und Jahrhunderten, so wie sich der heutige Staat gebildet hat.

Was ist nun dieser Staat?

Nach der marxistischen Auffassung ist der Staat nichts anderes als das Herrschaftsinstrument einer Klasse. Friedrich Engels hat das deutlich zum Ausdruck gebracht, und die hier niedergelegte Auffassung wird heute noch von den *Radikalen* einfach nachgesprochen. Engels sagt unter anderm:

»Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf und damit auch den Staat als Staat. Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, das heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unserer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt, die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft, ist

<sup>2)</sup> Siehe Pannekoeks Artikelserie in einigen Parteiblättern, zitiert in dem in Note 1 erwähnten Artikel, pag. 441.

zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiet nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht *abgeschafft*, er stirbt ab. Hieran ist die Phrase vom *freien Volksstaat* zu messen, also sowohl nach ihrer zeitweiligen agitatorischen Berechtigung wie nach ihrer endgültigen wissenschaftlichen Unzulänglichkeit; hieran ebenfalls die Forderung der sogenannten *Anarchisten*, der Staat solle von heute auf morgen *abgeschafft* werden.<sup>3)</sup>

Zu Engels' Zeiten war diese Gewalttheorie die vorherrschende unter den Staatstheorien, und sie fand scheinbar ihre Stützen in den konkreten Staatengebilden. Nach dem hervorragenden englischen Rechtsphilosophen John Austin /1790 bis 1859/ ist der Staat »ein Verhältnis des oder der Inhaber der Staatsgewalt zu einer Volksmasse, in dem der Gewaltinhaber, der selbst niemandem gehorcht, in der Gewohnheit ist zu befehlen, und die Volksmassen in der Gewohnheit seinen Befehlen zu gehorchen«. Von dieser recht primitiven Auffassung ist die Theorie vom Staat fast allgemein abgekommen. In Deutschland hat in neuerer Zeit nur Max Seydel seine Staatslehre auf dieser *Machttheorie* aufgebaut. Unter dem *Staat* versteht er Land und Leute, die ein höchster Wille beherrscht. Entstanden ist danach der Staat dadurch, daß eine Anzahl von Menschen unter einem höchsten Willen sich vereinigt. Auch die soziologische Staatsidee, die auf deutschem Boden von Ludwig Gumplowicz begründet wurde, sieht im Staat eine Einrichtung der Gewalt zur Beherrschung der großen Masse des Volks durch eine relativ kleine Anzahl von Herrschern. Der Staat ist danach eine gesellschaftliche Einrichtung, die von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezungen wurde, mit dem einzigen Zweck die Herrschaft der einen über die anderen zu regeln und gegen innere Aufstände und größere Angriffe zu sichern. Franz Oppenheimer gibt in seiner Monographie über den Staat ein Bild davon, wie nach dieser Auffassung der Staat entstanden sein soll. Ein kleines, aber kriegerisches Hirtenvolk fällt zum Beispiel über ein friedliches Bauernvolk her. Der Bauer kann diesem Überfall nicht lange widerstehen, ihn aber auch nicht fliehen. Er bleibt, läßt sich unterwerfen und steuert seinem Besieger. Das Herrscherrecht der Sieger (die nun den Adel bilden) vererbt sich fort. Und so sei es gekommen, daß heute noch große Völker von wenigen Adelsfamilien beherrscht werden.

Diese Gewalttheorie wird durch die moderne Entwicklung der Staaten am besten widerlegt. Aber rein abstrakt läßt sich vom Staat überhaupt kein fester Begriff aufstellen. Wenn Lassalle in seinem *Arbeiterprogramm* den Staat die Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen nennt, eine Einheit, die »die Kräfte aller einzelnen, die in diese Vereinigung eingeschlossen sind, millionenfach vermehrt, die Kräfte, die ihnen allen als einzelnen zu Gebote stehen würden, millionenfach vervielfältigt«, so gibt das ebensowenig eine Vorstellung vom Staat wie die Definition Treitschkes, der Staat sei das als unabhängige Macht rechtlich geeinigte Volk, ein Organismus, der sich unter der Wechselwirkung von tausend Kräften gebildet habe. Nach Hegel offenbart sich in dem Staat die absolute Vernunft, in ihm realisiert sich der objektive Geist; er ist der zu einer organisierten Wirklichkeit entwickelte sittliche Geist, die Wirklichkeit und sittliche Idee als der offenbare, sich selbst deutliche substantielle Wille. Nach Jellinek ist der Staat die mit ur-

<sup>3)</sup> Siehe Engels *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, 2. Auflage / Zürich 1896 /, pag. 267 f.

sprünglicher Herrschergewalt ausgerüstete Verbandseinheit seßhafter Menschen. Usw. So richtig das alles sein mag oder auch nicht: praktisch befassen kann man sich mit dem Staat nur als konkreter Erscheinung.

Von welcher Seite man auch den Staat betrachtet, immer und überall bildet er auch den Verwaltungsapparat eines Landes. Diese Verwaltungseinrichtung setzt sich aus einer dem Volk gegenüber relativ kleinen Anzahl von Personen zusammen. Daß diese kleine Minderheit in der Lage sein soll die Millionen des Volkes gegen deren Willen zu beherrschen, muß als ausgeschlossen gelten. Die Geschichte zeigt uns an zahlreichen Beispielen, daß jede Staatsgewalt, die sich in Gegensatz zu der großen Masse des Volkes setzte, von dieser zertrümmert worden ist. Aber immer wieder wurde vom Volk auch ein neuer Verwaltungsapparat geschaffen, der entweder ganz die Form des frühern hatte oder nur eine Weiterbildung darstellte, was deutlich zeigt, daß die Staatsform in der Regel bestimmten Zeitverhältnissen entsprach, also eine Notwendigkeit war und als solche auch vom Volk erkannt worden ist. Diese Anschauung wird übrigens ja auch von der materialistischen Geschichtsauffassung vertreten. Der Staat war also zu allen Zeiten eine von der großen Mehrheit des Volkes gewollte und anerkannte Einrichtung und konnte deshalb nicht die Beherrschung und Unterdrückung durch eine Minderheit darstellen. Wie hätte anders ein Staat in China Jahrtausende bestehen können, wo keine starke militärische Macht den Staat stützte? Freilich ist der stumme Verzicht der Massen auf Auflehnung in den absolutistischen, das heißt bürokratisch verwalteten Gemeinwesen noch nicht als positive Anerkennung des Staates zu werten. Aber in den modernen Ländern mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht erkennt die große Mehrheit des Volkes offen den Staat und die Staatsform als eine Einrichtung an, die ihrem Willen und ihren Interessen entspricht. In Deutschland stehen den 4 Millionen sozialdemokratischen Stimmen 8 Millionen bürgerliche Stimmen gegenüber. Und es geht nicht an diese bürgerlichen Stimmen geringer einzuschätzen als die sozialdemokratischen. Unter diesen 8 Millionen Wählern sind auch relativ nur wenige Kapitalisten. Was soll nun in Deutschland den Staat zum Herrschaftsinstrument der Kapitalisten machen?

Staatsrechtlich sind die deutschen Staaten Monarchieen, das heißt bürokratische Verwaltungskörperschaften. Alle Gewalt geht vom Monarchen aus, der seine Macht nicht vom Volk sondern kraft seiner Geburt erhält. Der Monarch ernennt die Beamten vom Minister bis zum Nachtwächter, die eine einzige zusammenhängende Behördenorganisation bilden, eben den Staat, und von denen ein jeder einzelne auch die Staatsgewalt verkörpert. Weder der Reichstag noch die Landtage noch die Gemeindeparlamente haben eine Exekutive, eine obrigkeitliche Gewalt: Gesetzgeber ist allein die Regierung, die Staatsgewalt, die bei der Schaffung neuer Gesetze lediglich an die Zustimmung der Volksvertretung gebunden ist. Hier haben wir also noch einen Staat, der eine vom Volk gänzlich unabhängige, getrennte selbständige Einrichtung innerhalb der Gesellschaft darstellt. Aber inwiefern ist dieser Staat ein Instrument der Kapitalisten? Er kann sich den Kapitalisten dienstbar erweisen und tut es sehr oft. Aber in der Gewalt haben die Kapitalisten diesen Apparat keineswegs, jedenfalls nicht unter allen Umständen, und es lassen sich tausende von Beispielen anführen, in denen die staatlichen Behörden gegen die Kapitalisten und die kapitalistischen Interessen aufgetreten

sind. Der dem sächsischen Landtag vor einigen Jahren vorgelegte Entwurf eines Wassergesetzes war ganz sozialistisch gehalten, indem er alle fließenden Gewässer für Gemeingut der Gesamtheit erklärte; erst der Landtag hat aus dem Entwurf der Staatsgewalt ein kapitalistisches Gesetz gemacht. In der kommunalen Verwaltung stemmt sich die staatliche Bureaukratie in sehr vielen, wenn nicht in den meisten Fällen gegen die kapitalistische Politik der Gemeindepimente. Im starken Maß hängt es von den einzelnen leitenden Persönlichkeiten ab, in welcher Richtung sich der bureaukratische Apparat bewegt. Und freilich auch von dem Einfluß von außen und der Haltung der Parlamente, die in Deutschland kein Teil des Staates sind. Daß dieser vom Volk und den Parlamenten ausgehende Einfluß aber nur ein kapitalistischer sein könne, ist nicht einzusehen.

Diese bureaukratische Staatsform vermag denjenigen, die im Staat nur das Herrschaftsinstrument einer Klasse sehen wollen, oder jedenfalls eine vom Volk getrennte Einrichtung zur Beherrschung und Niederhaltung der Massen, immerhin scheinbar recht zu geben. Aber unmöglich kann man dies doch von einem demokratischen Staat behaupten, wie ihn England und die Schweiz darstellen. In England gibt es keine bureaukratische Herrschaftsorganisation mehr; der ganze staatliche Verwaltungsapparat wird von den vom Volk gewählten Selbstverwaltungskörpern gebildet: Gemeinderat, Kirchspielrat, Grafschaftsrat, Parlament. Volk und Staat sind hier in der Tat schon eins. Jedes vom Volk gewählte Mitglied eines Gemeinderats oder des Parlaments ist ein Teil einer Behörde, also staatsrechtlich ein Glied der Staatsgewalt. Staatstheoretiker, die im Staat nur das Herrschaftsinstrument einer Klasse sehen können, haben deshalb auch schon die Behauptung aufgestellt, England sei überhaupt kein Staat mehr. Jedenfalls macht man sich lächerlich, wenn man behaupten will, eine rein demokratische Staatsverwaltung sei an sich ein Herrschaftsinstrument der Kapitalisten. Wer sich in England dem Staat an sich und unter allen Umständen feindlich gegenüberstellen will, muß die Demokratie, das Volk selbst bekämpfen. Die Eroberung der Staatsgewalt durch die Sozialisten kann in einem demokratischen Staat gar nichts anderes sein als die Bemühung das Volk für den Sozialismus zu gewinnen. Der Volksstaat ist demnach auch keine Phrase, er besteht in England, nur ist eben die Mehrheit des Volkes noch nicht sozialistisch gesinnt. Die demokratische Staatsform ist in England aber innerhalb weniger Generationen und ohne jeden gewaltsamen Kampf aus einem bureaukratischen Staat herausgewachsen, wie ihn heute noch Deutschland aufweist. Politische Reformen, die unter dem Druck der Arbeitermassen zustande kamen, haben den englischen Staat im Verlauf von wenig mehr als einem halben Jahrhundert gänzlich umgestaltet.

Nur die demokratische Staatsform kann auch für die Machtentfaltung der Sozialdemokratie in Betracht kommen. Nicht die Eroberung und nicht die Zertrümmerung der Staatsgewalt ist daher die nächste Aufgabe der Sozialdemokratie sondern die Reformierung des Staates. Der demokratische Staat wird in dem Maß sozialistisch werden, in dem das Volk sozialistisch wird. Ein Staat wird der sozialistisch-demokratische Verwaltungsapparat ebenso sein wie der heutige demokratische Verwaltungsapparat. Die Erkenntnis aber, daß auch der heutige Staat nicht ohne weiteres, nicht an sich das Herrschaftsinstrument der Kapitalisten oder einer andern Klasse ist oder sein

muß, macht ein Eindringen der Sozialisten in den Staat, ein staatliches Mitarbeiten also, überall da geboten, wo dies möglich ist. Das ist in den mehr oder weniger demokratischen Ländern überall bis zu einem gewissen Grad der Fall. Und die Verstaatlichung von Betrieben, der Staatssozialismus, stärkt nicht die kapitalistische Macht sondern die sozialistischen Tendenzen des Staates, ist also ein Mittel zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft.

XX  
**PAUL WESTHEIM · NEUE MALEREI?**

**W**AS ich vor allem in einem Gemälde suche, ist ein Mensch und nicht ein Gemälde. Ich will, daß der Künstler sich selbst überliefert, mit Herz und mit Hand, daß er einen mächtigen und besondern Geist bezeuge, eine Natur, die kräftig die Natur in die Hand nimmt und sie ganz aufrecht vor uns hinplanzt: nach seinem Sehen. Mit einem Wort: Ich habe die größte Verachtung für die kleinen Geschicklichkeiten, das interessierte Schmeicheln; ich habe hingegen die größte Bewunderung für die individuellen Werke, die in einem Wurf aus einer kräftigen und einzigen Hand hervorgehen.  
**ZOLA**



**W**ENN neue Kunst durch das Wollen allein gemacht werden könnte, dann müßten wir sie längst haben. Jedes Atelier, jeder Salon, jede Ausstellung, die man betritt: überall entweder eine resignierte Reserve vor allem nicht Abgestempelten, oder aber (und das ist das Häufigere) die beständige Ankündigung: Hier wird Neues, ganz Neues, Allerneuestes gewollt! Denen, die das machen und die das zeigen, scheint es in erster Linie nicht darauf anzukommen, was eigentlich geleistet worden ist, sondern um wieviel neuer das gerade Gebotene gegenüber der Kunst eines Liebermann, eines Cézanne, van Gogh, Manet, Pissarro wäre, oder wo sonst immer die Grenze gezogen wird. Bei solcher Betrachtungsweise, die vom Publikum und der Kritik merkwürdig schnell angenommen zu werden scheint, bleibt das Absolute am Kunstwerk: sein Eigenwert, seine Qualität, zunächst fast ganz unbeachtet; wichtig und maßgebend ist die Relation zu dem, was sonst geschieht, was gestern und ehigestern da oder noch nicht da war. Es gibt in Deutschland ein sehr breites, ein um die Kunst emsig bestrebt Publikum, dem nie die Frage von der Zunge weicht, ob der Künstler nicht etwa bei dem Rennen nach dem *dernier cri* wie ein Provinziale um eine viertel oder halbe Saisonlänge zurückgeblieben sein könnte. Und der Künstler, der nach dem Applaus dieses Publikums verlangt, legt höhern Wert darauf über die letzte der Strömungen orientiert zu sein als mit der Natur, mit der Technik, mit sinnlichen und seelischen Ausdrucksmöglichkeiten als schöpferischer Gestalter zu ringen. Seine Sorge ist zu zeigen, daß auch er das Neueste will. Man soll in seinem Werk nicht die Malerei sondern die Entwicklungslinie sehen.

Diese Unruhe, die die jungen Maler so wild herumwirbelt, ist begreiflich. Sie traten mit dem Impressionismus eine große Erbschaft an, mit der sie vorerst nichts anzufangen wissen. Sie wittern eine Sackgasse und machen verzweifelte Anstrengungen auch auf die Gefahr eines gewaltsamen Durchbruchs irgendwie auszubiegen. Um das nur an einem Beispiel darzulegen: die koloristische Perspektive, die Entfaltung von Räumlichkeit durch Licht und Luft, also durch die Farbe allein, die Tschudi in dem Manetbuch als

die wertvollste Errungenschaft impressionistischer Weltanschauung bezeichnet hat, ließe sich nach den Monet, Degas, Sisley, Pissarro wohl um Nuancen verfeinern, aber zu welchem Zweck? Das technische Mittel die sinnliche Erscheinung auf irgendeine Weise entschiedener zu begreifen ist, einmal erobert, Voraussetzung für den Gestalter, mit der er wirtschaften kann, wirtschaften muß. Solcher Voraussetzungen sind eine Menge dem derzeitigen Nachwuchs in den Schoß gefallen. Und es ist die eigentliche Frage, wie und zu welchen Zwecken er sie nutzt.

Hört man nur die Kommentare, die die jungen Maler ihrer Kunst heute reichlich mitzugeben pflegen, dann könnte man meinen, dieses ganze Erbe existiere nicht. Von Giotto oder der naiven Handwerkskunst bayrischer Glasbildermaler ist eher die Rede als von den Synthesen eines van Gogh. Alles, was zu ihm hinführte, ist *überwunden*. Fragt man, wodurch eigentlich, so antworten die Ehrlichen mit dem Hinweis auf ein allgemein feststellbares neues Wollen; die minder Urteilsfähigen sagen vielleicht *Expressionismus*; Girieud, Braque, Heckel, Kirchner, Oppenheimer oder Kokoschka (als die mit den entschiedensten Ansätzen) sagen *Kubismus* Picassoscher oder Herbinscher Provenienz, sagen *Blaue Reiter* oder sonst etwas, was sich nach einer frisch gemachten Theorie aufgeregt gebärdet. Diese neuen Ideen zu werten bedürfte es allerdings, wie es in einer der ausgegebenen Programmschriften heißt, einer »gänzlich neuen Ästhetik«. Von Hodler, Matisse, Vlaminck, Van Dongen, Pechstein, Amiet, Barlach oder Lehbruck ist bei solchen Gelegenheiten weniger die Rede. Auf sie scheint die neue Ästhetik nicht ganz zu passen; sie *formen*, während jene *wollen*.

Irgend etwas wollen. Es ist der Zweifel berechtigt, ob sie überhaupt wissen, wohn, und was sie wollen. Das sehnt sich vage nach was Unerhörtem, das ergötzt sich wie Nora an dem Spiel mit dem Wunderbaren und ist berauscht von solch selbst gemachter Romantik. Da Halt und Ziel fehlen, muß so etwas entnervend wirken. Der wahrhaftige Künstler, der das Äußerste an Leistung will, der von der Sehnsucht angetrieben wird der Materie ihre Wesenheit zu entringen, wird durch diese Anspannung stark, ausdrucksstark. Kraft dieses Schöpferwillens setzt er mit dem, was er zeugt, einen Anfang. Neben ihm steht jene vagierende Schwärmerei wie die Ohnmacht, die voller Gier eine Schöpferkraft betätigen möchte, die sie nicht hat, zu der ihr das Können fehlt. Darum speist einen diese sogenannte *neue Malerei*, sofern sie sich ausweisen soll, immer mit dem Experiment ab. Dem Experiment, das sich selbst Zweck geworden ist. Diese Maler sind wie Wettläufer, die vom Start nicht wegkommen können. Sie sind immer bereit, immer auf dem Sprung, setzen auch ein, aber nur, um sofort nach einem andern Startplatz Auslug zu halten, von dem aus das alte Spiel aufs neue beginnen kann. Solche Sprünge mögen für den Zuschauer ergötzlich und verblüffend sein. Wie ja auch die Philisterei, die in der Malerei lediglich eine Art bessern Schauvergnügens erblickt, ihr Pläsir vor diesen Exaltationen der Palette zu erleben pflegt. Tatsächlich wird von ihr als ganz unvergleichliche Kunststückchen bestaunt und bewundert, wie da nach geheimnisvollen Theorien mit Farben gefuchelt und mit Anschauungswerten jongliert wird. Und es ist ja auch so, daß das Experiment, wo immer es blindlings aus dem Stegreif gewagt wird,

bestenfalls einmal zufällig gelungenes Kunststück werden mag. Gerade derjenige, der der Jugend zu ihrem Recht verhelfen, der in der Kunst den Fortschritt will, muß mit Bedauern feststellen, daß vier Fünftel von all dem, was unter dem Schlagwort von der *neuen Malerei* in die Welt gesetzt wird, Kunststück ist. Es hat sich da geradezu eine Methode herausgebildet dem Bild eine interessante, eine bestechende Oberfläche zu geben; aber für diejenigen, die Kern und nicht Schale wollen, die mit dem Manetvorkämpfer in einem Gemälde den Menschen und nicht ein Gemälde suchen, ist es ganz gleich, ob der Oberflächenreiz mit der akademischen Routine eines Laszlo oder mit der revolutionär schillernden Sophistik eines Kandinsky erzielt worden ist.

Wenn Zola sich mit den kleinen Geschicklichkeiten auseinanderzusetzen gehabt hätte, die jetzt neue Malerei zu machen vorgeben, so hätte er sein kritisches Bekenntnis unzweifelhaft dahin rektifizieren müssen, daß er in einem Gemälde einen Menschen und nicht eine Richtung suche. Die Richtung; das ist das heimliche, unheimliche Laster, mit dem das Gros der neuen Maler sein Talent befleckt. Aller Ehrgeiz geht dahin eine Richtung zu machen oder wenigstens im Kielwasser einer Richtung zu schwimmen. Um der Richtung willen, über die es sich so trefflich ästhetisieren läßt, verkauft der junge Maler seine Seele. Daher da, wo wir die Jugend feurig stürmen sehen möchten, ein zusammengeklügeltes Experimentieren hinter Scheuklappen aktuell erscheinender Richtungen, daher die trostlose Öde, wo alles nach Tiefe, nach Innerlichkeit lechzt.

Die Situation ist doch die, daß gegenwärtig alles auf Vergeistigung hindrängt. Nachdem in Kunst und Wissenschaft zerlegt und immer feiner zerlegt worden ist, meldet sich im Menschen jenes ausgehungerte Organ, nennen wir es kurzer Hand einmal: die Seele, mit dem Wunsch die tausend Rätsel zu enträtseln, das Chaotische kosmisch zu bändigen. Ein transzendentaler Zug (es ist hinter dem Aeroplane, der sich in die Lüfte schwingt, und dem Keim, der aus der Ackerkrume herausprießt, ein und das selbe zeitlose Wesensgesetz) verlangt auch in der Kunst nach Ausdruck. Es ist, mit Woringer zu reden, vielleicht wiederum jene heimliche Gotik, die in ihrem Suchen nach Erlösung keine andere Befriedigung finden kann als die der Betäubung, als die des Rausches. Ist jene ins Religiöse gewandte, angstvolle Phantastik, jene erhabene Hysterie, die »zu Empfindungssphären fortreibt, in denen sie endlich das Gefühl ihrer innern Disharmonie verliert, in denen sie Erlösung findet von ihrem unruhigen, unklaren Verhältnis zum Weltbild. An der Wirklichkeit leidend, von der Wirklichkeit ausgeschlossen, strebt sie einer Welt des Überwirklichen, des Übersinnlichen zu. Den Taumel des Empfindens braucht sie, um sich über sich selbst hinauszuhoben. Nur im Rausch spürt sie Ewigkeitsschauer.« Es ist der nämliche Rausch, der einem Barlach das Schnitzmesser in die Hand drückt, der ihn Gesichte aus der Tiefe, da das Blut dampft und wieder eins zu werden sucht mit dem Schöpfer, der ihm den Lebensodem eingeblasen hat, zu realisieren drängt. Es ist jene schwer zu übertönende innere Dissonanz, die uns in dem spanischen Griechen den Bruder im Geist finden ließ.

Aber (und das wäre im Hinblick auf den gern nachgeahmten Greco zu sagen), es ist nicht ein Knittern der Linie, nicht ein Verbleichen der Farbe, nicht

diese oder jene lern- und kopierbare Geste. Es ist im Grunde genommen gar nichts, was einen Zusammenschluß zur Gruppe, zur Richtung, zur Strömung erlaubt. Denn es ist nicht wie bei den französischen Impressionisten, die sich folgerichtig um Manet herum zusammengefunden haben, etwas Technisches, sondern Geistiges, Mys<sup>t</sup>isch-Seelisches, das zum Ausdruck gebracht werden will. Es ist innerstes Erleben, ist Macht des Ausdrucks, den sie aus sich und nur aus sich heraus zu finden vermag. Wo der Versuch gemacht wird solch Erleben n a c h zuerleben, da erwächst die Gefahr der Sekten- und Bonzenschaft. Und diese Gefahr drückt wie Bleigewicht auf die in Gruppen organisierte Mystik der neuen Malerei.

Demgegenüber besteht alle Hoffnung in der machtvollen P e r s ö n l i c h k e i t, die sich elementar auswirkt. Und es ist bei diesem Tohuwabohu von Wichtigmachern und Wichtiggenommenen der einzige Trost, daß zwischen den so weit gespannten Linien Munch-Hodler und Barlach-Pechstein-Lehmbruck auch unter uns ein paar Menschen erwachsen, die die wundersame Macht haben uns über die quälende Zweiheit von Mensch und Welt hinwegzuheben. Ihre Ausdrucksweise klingt unserm Ohr geläufig. Denn darin, daß sie als echte Künstler sich selbst mit ganzem Herzen und ganzer Seele überliefern, berühren sie sich mit allen, die je auf gleicher Schanze gestanden haben. Kein Zweifel, die Verwandtschaft eines Munch zu einem Liebermann ist inniger als zu irgendeinem Expressionisten, der den Munch und den Greco als seine Verwandten anspricht. An Ausdruck und Persönlichkeit gemessen, k a n n ä l t e r e und n e u e r e Malerei immer nur e i n e s sein.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Gewerkschaftsbewegung (Heinrich Stühmer)

**Tarifverträge** Die vom reichsstatistischen Amt herausgegebene Statistik der Tarifverträge im Deutschen Reich vom Jahr 1911 beweist die stete Zunahme der Tarifverträge in den letzten Jahren. Das ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Jahr	Tarife	Betriebe	Personen
1907	5324	111 050	974 564
1908	5671	120 401	1 026 435
1909	6578	137 214	1 107 478
1910	8293	173 727	1 361 086
1911	10520	183 232	1 552 827

Diese Zahlen umfassen durchaus nicht sämtliche bestehenden Tarifverträge. Dennoch beweisen sie deren stetig wachsende Bedeutung im wirtschaftlichen Leben wie die fortschreitende Ausdehnung ihres Anwendungsbereichs. Die stärkste Zunahme erfuhren sie in der Maschinen- und Metallindustrie (+ 398 Tarife), in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe (+ 332), im Nahrungs- und Genußmittel-

gewerbe (+ 411), im Baugewerbe (+ 573) und im Verkehrsgewerbe (+ 200). Die höchste Steigerung in der Zahl der unter tariflich festgesetzten Bedingungen Arbeitenden finden wir im Baugewerbe mit einem Plus von 89 582, die stärkste Verminderung im polygraphischen Gewerbe mit einem Minus von 77 289 Personen. Diese Abnahme bei den Polygraphen beruht indessen nur auf einer statistischen Täuschung. Sie resultiert daraus, daß die Statistik die Buchdrucker und Buchdruckereihilfsarbeiter, deren Tarifverträge am 31. Dezember 1911 abliefen, nicht mehr zu den tariflich Beschäftigten zählt und die Erneuerung ihrer Verträge am 1. Januar 1912 erst in der Tarifbewegung dieses Jahres mitberechnet, während tatsächlich gar keine tariflose Zwischenperiode vorhanden war. Da die gleiche Berechnungsmethode für alle die Berufe gilt, die ihre Tarife am 31. Dezember 1911 ablaufen ließen und am 1. Januar 1912 erneuerten, so gewinnt man ein richtiges Gesamtergebnis nur durch Erhöhung der angegebenen statistischen Zahlen um die Ziffern der

Tarifgemeinschaften in diesen Berufen. Die Zahl der Tarifverträge der freien Gewerkschaften erhöhte sich vom 1. Januar 1911 bis zum Jahreschluß von 6907 Tarifen, die für 116 170 Betriebe und 1 074 599 Personen galten, auf 9100 Tarife für 128 136 Betriebe und 1 188 385 Personen. Den berichtenden Verbänden gehörten davon 606 124 Arbeiter an. Unter diesen 9100 Tarifen sind 3003 als Orts-, 828 als Bezirks- und 3 als Reichstarife gerechnet. Nach Ausschaltung der Doppelzählungen traten nach dieser Statistik im Jahr 1911 nur 3868 Tarifgemeinschaften (für 46 756 Betriebe und 416 923 Personen, darunter 301 971 organisierte) neu in Kraft. Die Kontrahenten bei diesen 3868 Tarifgemeinschaften waren 711 mal Verbände auf beiden Seiten, 2972 mal nur auf Seite der Arbeitnehmer, 225 mal Innungen und 2997 mal einzelne Firmen. Von allen Tarifen, die im Jahr 1911 in Kraft traten oder erneuert wurden, gelten 2973 (für 12 886 Betriebe und 140 963 Personen) als Firmentarife, 471 (für 14 956 Betriebe und 108 739 Personen) als Ortstarife, 421 (für 18 731 Betriebe und 166 106 Personen) als Bezirkstarife und 3 (für 183 Betriebe und 1120 Personen) als Reichstarife.

Die Tarife mit dem umschränktesten Geltungsbereich (für 1 bis 10 Betriebe) stellen 82,3 % aller im Berichtsjahr gezählten Verträge, umfassen jedoch nur 15,8 % der Betriebe und 33,5 % der beteiligten Arbeiter, während die Tarife für mehr als 50 Betriebe für 61,4 % aller beteiligten Betriebe und für 41,7 % der Arbeiter gelten. Nach der Zahl der Arbeiter gruppiert, überwiegt die größte Gruppe (Tarife für über 500 Personen) mit 51,8 % alle übrigen. Gegenüber der Tariffbewegung des Jahres 1910 zeigt sich indessen ein Rückgang in dieser und ein Anwachsen in den kleineren Tarifgruppen, doch sind daraus wenig Schlüsse zu ziehen, da die Größen der Betriebe, für die die Tarifverträge ablaufen oder erneuert werden, in jedem Jahr verschieden sind. Bestimmungen über die Vertragsdauer enthielten im Berichtsjahr 3403 Verträge. Davon waren 1295 für mehr als 1½ bis 2 Jahre abgeschlossen, 932 für 2 bis 3 Jahre, 459 für mehr als 3 Jahre und 717 für weniger als 1½ Jahre.

Die tägliche Arbeitszeit wird in den tariflichen Bestimmungen meist verschieden für den Sommer und für den Winter geregelt. Und zwar ergibt sich hier im ganzen, hauptsächlich wahrscheinlich

durch die kurze winterliche Arbeitszeit im Baugewerbe, eine außerordentlich starke Differenz. So hatten im Sommer eine Arbeitszeit von weniger als 8 Stunden nur 2675 Personen, im Winter dagegen 53 442. 8 Stunden arbeiteten im Sommer 13 297, im Winter 24 409 Arbeiter; unbestimmt war die Arbeitszeit im Sommer für 59 042, im Winter für 113 397 Arbeiter. Die Statistik gibt auch eine Tabelle über die Regelung der Pausen, ebenso über die Formen der Lohnzahlung, und zwar gesondert für gelernte und ungelernete, für männliche und weibliche Arbeiter. Danach setzten 1996 Tarife (für 19 314 Betriebe mit 103 493 Arbeitern) nur Zeitlohn fest, 184 Tarife (für 1724 Betriebe und 23 419 Arbeiter) nur Stücklohn, während 1683 Tarife (für 25 664 Betriebe und 289 742 Arbeiter) beide Lohnformen zuließen. Hieraus ergibt sich eine erhebliche Zunahme des reinen Zeitlohns, der vor allem in den Betrieben des Handels- und Transportgewerbes zur vorherrschenden Lohnform wird. Bestimmungen über die Garantie einer bestimmten Gesamtlohnhöhe bei Stücklohn enthielten 484 Tarife (für 7066 Betriebe und 70 555 Personen). In Betracht kommen dabei hauptsächlich die Maschinen-, Metall-, Holz- und Lederindustrie sowie das Baugewerbe. Die tariflichen Vereinbarungen über diesen Punkt sind gegenüber denen des Vorjahrs erheblich an Zahl zurückgegangen. Endlich enthält die Tarifstatistik noch eine Übersicht über die niedrigsten Tarifvertragslöhne für männliche erwachsene Arbeiter im Vergleich zu den ortsbüchlichen Tagelöhnen, über tarifliche Kündigungsfristen und Arbeitsnachweise, Einigungs- und Schlichtungsorgane. Die Tarifstatistik spricht jedenfalls unwiderleglich für den außerordentlichen Wert der Gewerkschaften gerade in einer Zeit, in der das Koalitionsrecht der Arbeiter fortwährend von den Unternehmern, besonders den tariffeindlichen Scharfmachern, angegriffen wird.

× Christliche Gewerkschaften × Nicht lange nach der Tagung ihres 8. Kongresses wurden die christlichen Gewerkschaften Deutschlands von dem Bannstrahl aus Rom, der päpstlichen Enzyklika, getroffen (siehe den Artikel Erdmanns in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 3. Band, pag. 1549 ff.). Das Eingreifen des Papstes in den alten Streit zwischen den Fachabteilungen katholischer Arbeitervereine

und den christlichen Gewerkschaften hätte bei diesen den schärfsten Widerspruch hervorrufen müssen. Der Papst kann, wie man richtig hervorgehoben hat, Richter höchstens in Glaubensdingen, niemals aber in gewerkschaftlichen Fragen sein. Es wäre Sache der Christlichen gewesen diesen Standpunkt dem Oberhaupt ihrer Kirche gegenüber festzuhalten, nicht aber gleich den katholischen Vereinen sich um seine Gunst auch für ihre wirtschaftlichen Auffassungen zu bemühen. Sie können sich nun über die Folgen ihrer Stellungnahme nicht wundern. Die Enzyklika lobt und anerkennt die katholischen Fachvereine, während sie die christlichen Gewerkschaften nur dulden will. Sie legt ihnen ans Herz nicht Feindschaft und Zwistigkeiten in der bürgerlichen Gesellschaft zu schüren sondern Friede und wechselseitige Liebe zu befördern. Die Kämpfe um Art und Dauer der Arbeit, um die Lohnhöhe, die Anschauungen über den Streik, kurz die ganze soziale Frage, seien durchaus nicht rein wirtschaftlicher Natur, sie lägen also nicht außerhalb des Einflußrechts der Kirche. Die soziale Frage sei sogar in erster Linie eine sittlich-religiöse und darum nur unter religiösen Gesichtspunkten und nach dem christlichen Sittengesetz zu lösen. Ein außerordentlicher Kongreß der christlichen Gewerkschaften, der am 26. November in Essen tagte, suchte sich mit der päpstlichen Kundgebung in möglichst guter Form abzufinden; er berief sich auf die scheinbar günstige Interpretation des Bischofs Dr. Schulte auf der Fuldaer Bischofskonferenz. Eine Zurückweisung der römischen Eingriffsversuche unterließ der Kongreß vollständig. Bei einem kürzlich unternommenen Versuch der Christlichen eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter auf den fiskalischen Gruben an der Saar eventuell durch Arbeitseinstellung zu erzwingen drohten die *Fachabteiler* direkt mit dem Streikbruch.

× ×  
 Süddeutsche Eisenbahner Der Vorstand des Süddeutschen Eisenbahnerverbands in Nürnberg hat am 24. September 1912 in einer offiziellen Erklärung an die bayrische Staatsregierung, an die Kammern der Reichsräte und der Abgeordneten auf das Streikrecht für den Verband verzichtet. Der Verband erklärt in dem beigefügten Schreiben ausdrücklich, daß er den Streik nicht als gesetzlich zuläs-

siges Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und der Beamten der Verkehrsverwaltung betrachte. Er weist außerdem darauf hin, daß er der *Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands* nicht angeschlossen sei, und der Hauptvorstand den an die örtlichen Gewerkschaftskartelle angegliederten Verwaltungsstellen nahegelegt habe aus diesen auszuschneiden. Diese Vorgänge erscheinen als unmittelbare Folge des letzten Regierungswechsels in Bayern. Nach der Ablösung des Ministeriums von Podewils durch das ultramontane Ministerium von Hertling versicherte der neue Verkehrsminister, der frühere Nürnberger Eisenbahnpräsident von Seidlein, der an die Stelle von Frauendörfers trat, den Vorstand des christlich gefärbten *Bayrischen Eisenbahnerverbands* seiner besonderen Sympathien, da sich der Verband stets rückhaltlos zum Monarchismus bekannt habe. Im Gegensatz dazu wandte er sich scharf gegen den erwähnten *Süddeutschen Eisenbahnerverband*. In einer längeren Rede im Landtag am 20. September griff dann der Minister offen das Koalitions- und Streikrecht an. Er erklärte, die Regierung müßte ein Verbot des *Süddeutschen Verbandes* als einer den staatlichen und dienstlichen Interessen zuwiderlaufenden sozialdemokratischen Vereinigung erlassen und zuwiderhandelnde Beamte vor das Disziplinargericht stellen. Diesen Angriff auf ihre Organisation suchte nun der Vorstand des Verbandes durch die erwähnte Erklärung abzuwenden. Es fragt sich indessen, ob nicht ein entschlossener Widerstand gegen etwaige Maßnahmen des Ministers sich als nützlicher für den Verband erwiesen hätte. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Rothhaupter trat infolge der Erklärung von der Redaktion der *Verbandszeitung* zurück.

× ×  
 Arbeitgeberverbände Die *Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände* hielt am 14. Dezember 1912 in Berlin ihre Jahresversammlung ab. Sie umfaßt gegenwärtig 103 Arbeitgeberverbände mit 1 067 000 Arbeitern. Dr. Tänzler präs in seinem Referat die gelben Streikbrechervereine, die nach seiner Meinung ihre Existenzberechtigung bewiesen hätten; er wandte sich dann gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Angestellten und forderte die *Maßregelung aller Angestellten, die »klassenkämpferische und wirtschafts-*

störende Tendenzen« vertreten. Weiter wünschte der Redner ein Verbot des Streikpostenstehens. Ein Beschluß der Versammlung spricht sich in unumwundenen Worten gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter aus und erklärt die Maßregelung organisierter Arbeiter durch die Unternehmer für deren selbstverständliches Recht. Er wendet sich endlich gegen die ausdrückliche Anerkennung der Arbeiterorganisation im Buchdruckergewerbe bei der jüngsten Erneuerung der Tarifgemeinschaft; eine solche Anerkennung müsse mit Notwendigkeit zum Koalitionszwang führen. Bedauerlicherweise hat sich der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück im Reichstag in ähnlichem Sinn geäußert.

**Zusammen-** Im Bildhauerverband **schluß** fand eine Urabstimmung in der Frage des Anschlusses an den Holzarbeiterverband statt. 1653 (52 % der abgegebenen Stimmen) entschieden sich für, 1518 (48 %) gegen den Anschluß. Da indessen für die Angliederung nach dem Beschluß der Generalversammlung eine Zweidrittelmehrheit notwendig wäre, so ist die Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband auch dieses Mal noch abgelehnt.

Zu der Frage des Übertritts der Schiffszimmerer zu dem Holz- respektive dem Metallarbeiterverband nahm eine Konferenz der Vorstände der 3 genannten Verbände Stellung, die am 21. November vorigen Jahres in Hamburg tagte. Bestimmte Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Vertreter der Schiffszimmerer erklärten zu Protokoll, daß nach Lage der Sache nur der geschlossene Übertritt der Mitglieder zu dem Holz- oder Metallarbeiterverband zu empfehlen sei, während nach Ansicht der Vertreter dieser Verbände die einzelnen Schiffszimmerer am besten täten sich je nach ihrer persönlichen Beschäftigung den jeweilig zuständigen Industrieverbänden anzuschließen. Die für den 18. Mai dieses Jahres nach Hamburg einberufene Generalversammlung der Schiffszimmerer wird zu der Verschmelzungsfrage Stellung nehmen. Der Vorstand hält nur eine Angliederung an die Holzarbeiter für zweckmäßig, da die große Überzahl der Verbandsmitglieder mit Holzarbeiten beschäftigt ist.

Der Lagerhalterverband trat am 1. Januar zu dem Handlungsgehilfenverband (Sitz Berlin) über. Statt der Lagerhalterzeitung erscheint von jetzt

ab 14tägig im Verlag des Handlungsgehilfenverbands der *Filialleiter*. Die Handlungsgehilfen erhalten durch die Lagerhalter einen Zuwachs von ungefähr 3000 Mitgliedern.

**Kongresse** Der Verband der Xylo- **graphen** hielt seinen **Verbands-** tag **Verbandstag** vom 22. bis zum 25. September im Berliner Gewerkschaftshaus. Außer dem Vorstand, der Redaktion des Verbandsblatts, der Beschwerdekommision und einem Gast aus Österreich nahmen 10 Delegierte an den Verhandlungen teil. Die Mitgliederzahl des Verbands verminderte sich in den 3 letzten Jahren von 502 auf 420. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß sich infolge technischer Umwälzungen die Anzahl der in Deutschland beschäftigten Xylographen überhaupt verringert hat. Die ungünstige Wirtschaftslage im Beruf kommt auch in den Zahlen der Arbeitslosenunterstützung zum Ausdruck. Die Ausgaben dafür beliefen sich von 1909 bis 1911 auf 16 954 Mark für 6084 Tage. Das Verbandsvermögen sank von 37 018 Mark am 1. Januar 1909 auf 25 040 Mark am 1. Januar 1912. Im November 1910 schloß der Verband einen Tarifvertrag mit der Arbeitgeberorganisation, der am 1. Januar 1911 in Kraft trat. Der Verbandstag beschäftigte sich mit der Lohnfrage, der Errichtung eines Arbeitsnachweises und der Statutenberatung. Er diskutierte ferner über einen eventuellen Anschluß der Xylographen an den Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe. Zur Annahme gelangte schließlich eine Resolution, die eine lebhaftere Erörterung dieser Frage im Verbandsorgan wie in Versammlungen fordert. Der Vorstand wurde noch beauftragt zu späteren Verhandlungen den Lithographenverband einzuladen.

**Schweiz** Der *Schweizerische Gewerkschaftsbund* verzeichnete in seinem letzten Bericht für das Jahr 1911 eine Steigerung der Mitgliederzahl von 75 344 auf 78 119 in den 21 dem Bund angeschlossenen Verbänden. Über 10 000 Mitglieder haben die Verbände der Metall-, Transport- und Uhrenarbeiter. Zurückgegangen ist der Verband der Maurer und Handlanger, von 2400 auf 1316 Mitglieder. Die Anzahl der weiblichen Mitglieder hat sich erhöht, und zwar im ganzen um 845; es werden jetzt in 10 Verbänden 5888 Frauen gezählt. Die

Einnahmen der Verbände beliefen sich auf 1 879 311 Francs, die Ausgaben auf 1 409 763 Francs; von diesen entfallen auf Krankenunterstützung 377 891 Francs, auf Reise- und Arbeitslosenunterstützung 115 192 Francs, auf Invalidenunterstützung 113 678 Francs, auf andere Unterstützungen 23 676 Francs, auf Rechtsschutz 15 644 Francs und auf Streiks und Maßregelungen 210 384 Francs. Der Bericht verzeichnet 283 Lohnbewegungen, 79 Streiks und 6 Aussperrungen; 392 Orte waren von diesen Kämpfen betroffen. Es wurden 152 Tarifverträge für 1843 Betriebe und 10 864 Arbeiter abgeschlossen.

× **Kurze Chronik** Der **Brauereiarbeiter**verband hat eine Mitgliederzahl von 50 112 erreicht. Er besteht seit 1891 und erlang namentlich durch tarifliche Festlegung Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen für seine Mitglieder. Er zahlte an Streikunterstützungen während dieser 20 Jahre 1 225 163 Mark, an Krankenunterstützungen 958 749 Mark. Die Ausgaben für andere Zwecke betragen innerhalb der selben Zeit 862 182 Mark. Am 1. Oktober 1912 verfügte der Verband über ein Vermögen von 1 380 722 Mark. × Der **Steinsetzer**verband hat während der 25 Tätigkeitsjahre, auf die er Ende 1912 zurückblicken konnte, gute Erfolge zu verzeichnen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Beruf wesentlich verbessern helfen. Es ist interessant, daß der Verband vor 25 Jahren nicht als Gewerkschaft sondern als ausgesprochene Zunftorganisation gegründet wurde und sich erst während dieser Zeit seine vollständige Umwandlung von der Zunft zur Gewerkschaft vollzog. × Der **Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker** gab aus Anlaß seines 50jährigen Jubiläums eine reich ausgestattete Festnummer heraus. × Mit der vollen Einzahlung des Aktienkapitals von 1 Million Mark wurde in Hamburg die **Volksfürsorge** als gewerkschaftlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaft für Lebensversicherung gegründet. Zur Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister bedarf sie nun nur noch der Genehmigung durch das Aufsichtsamt für Privatversicherung.

× **Literatur** Der von **Johann Sassenbach** im Auftrag der **Generalkommission der Gewerkschaften** zusammengestellte 227

Seiten umfassende Nachtrag zum *Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur* zeugt von dem hervorragenden Fleiß seines Verfassers. Sassenbach hat hier sämtliche Publikationen über Gewerkschaftsfragen (darunter auch eine große Anzahl von Zeitungsartikeln), die für den Gewerkschafter oder Sozialpolitiker nach irgendeiner Seite hin interessant sein können, zusammengetragen, mit genauen Quellenangaben versehen und nach Berufskategorien geordnet. Diese Übersicht ist von erheblichem Wert für die verschiedensten Zwecke. × *Lohnformen und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft* schildert der Vorsitzende des Landarbeitersverbands **Georg Schmidt**. Die Arbeit wird ergänzt durch eine Schrift des Verbandsredakteurs **Fritz Faß** *Die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Deutschlands*. Beide Schriften enthalten eine reiche Quelle von Belehrung für die Landarbeiterschaft. Sie geben eine eingehende Darlegung der Einkommens- und Rechtsverhältnisse an der Hand von 35 hier mitgeteilten landwirtschaftlichen Arbeiterverträgen, beleuchten die Rechtsprechung im Zivilprozeß und die Anwendung der Strafbestimmungen in der Praxis der Gerichte, weisen auf die Bestimmungen der Arbeiterversicherung hin; kurz, ihre Lektüre ist jedem Landarbeiter aufs dringendste zu empfehlen. × Eine 140 Seiten starke Schrift *20 Jahre Organisation der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands 1893 bis 1912* gab im Auftrag und im Verlag des Lagerhalterverbands **Georg Döhnel** heraus. Sie gibt in knappem Umriß die Geschichte des Lagerhalterverbands, der sich seit dem 1. Januar dieses Jahres dem *Zentralverband der Handlungsgehilfen* angegliedert hat (siehe oben den Abschnitt *Zusammenschluß*). Der Beruf des Lagerhalters ist erst mit der Entwicklung der Konsumvereinsbewegung entstanden, hat also noch keine lange Geschichte. Dennoch haben sich in der sozialen und rechtlichen Stellung dieser Berufsklasse schon verschiedene Veränderungen vollzogen. Im allgemeinen hat die Organisation in diesem Fach natürlich nur ein sehr begrenztes Tätigkeitsfeld, wie ja auch hier der Klassenkampf mit seinen besonderen Merkmalen, Streiks und Aussperrungen, vollständig fehlt. Die Schrift unterrichtet denn auch hauptsächlich über die Verhandlungen des Verbands mit der Vertretung der Kon-

sumvereine. Sie bringt Entwürfe über den Dienstvertrag, über Lohn- und Arbeitstarife, Bezirkstarife und dergleichen. × Im Verlag des Gärtnerverbands Berlin erschien *Der Kost- und Logtzwang im Gärtnereiberuf* von J. Fritz. Die Broschüre, die der Agitation gegen den Kost- und Logtzwang dienen will, bringt Bilder von Gehilfenwohnungen mit erläuterndem Text aus den verschiedensten Teilen Deutschlands. Sie ist für jeden lesenswert, der sich für den Gegenstand interessiert. × *Nütze die Jugendzeit! Ratschläge für junge Bergarbeiter* nennt der Vorstand des Bergarbeiterverbands ein von ihm herausgebrachtes Schriftchen. Es ist in belehrender Form gehalten und kann in der Agitation unter den jungen Bergarbeitern gute Dienste leisten. Auch einen Bergarbeiterkalender hat der Vorstand herausgegeben. × *Einen Leitfaden für die Haus- und Werkstattagitation* gab der Vorstand des Buchbinderverbands heraus. × Zum zweitenmal gab der Bauarbeiterverband einen von Aug. Winnig bearbeiteten Kalender heraus. Er bringt außer dem Kalendarium sehr viel Wissenswertes über die gewerbliche Unfallversicherung. Daneben enthält er auch eine Gewerkschaftsstatistik und eingehende Angaben über die Stundenlöhne und die sommerliche Arbeitszeit der Maurer und Hilfsarbeiter. × Ausschließlicher der Agitation dient der Kalender der Fischer und Schiffer für 1913. Sein Inhalt ist völlig für die Arbeiterkategorien zugeschnitten, an die er sich wendet. Neben sozialpolitischer und gewerkschaftlicher Aufklärung will er seinen Lesern auch poetische Genüsse bieten.

### Staatssozialismus / Edmund Fischer

**Preußen:** Am 6. Dezember 1912 hat das preußische Abgeordnetenhaus nach Verhandlungen, die sich fast ein ganzes Jahr hinzogen, den Entwurf eines Wassergesetzes in 3. Lesung angenommen. Der Umstand, daß dies einstimmig geschah, scheint dafür zu sprechen, daß eine im allgemeinen befriedigende Leistung vollbracht wurde. Die Richtigkeit dieser Vermutung wird bestärkt durch die weitschichtigen Gesetzesvorlagen gegenüber sonst selten beobachtete Erscheinung, daß auch die Presse mit ihren Erörterungen ziemlich sparsam war. Vielleicht trug hierzu auch die Schwierigkeit des Gegenstands bei. Allerdings lösten die Ergebnisse der Kommissionsberatungen, die im Septem-

ber ans Licht kamen, in industriellen Kreisen Unbehagen aus. Die Regierungsvorlage sah ein Entgelt für die Benutzung des Wasserlaufs vor, bestimmte jedoch, daß bei Unternehmungen zur Entwässerung oder Bewässerung von landwirtschaftlich genutzten Grundstücken in der Regel von der Festsetzung eines Entgelts abzusehen sei. Diese Benachteiligung der Industrie wollte man in der Kommission stark verschärfen; man versprach sich hier, daß die Industrie und die Städte Einnahmen von 25 bis 30 Millionen Mark bringen würden, während zurzeit der Staat nur 166 000 Mark an Wasserzins einnimmt. Doch erhielt der in Betracht kommende § 54 des Gesetzes schließlich die Fassung, daß ein Entgelt für die Benutzung des Wasserlaufs dem Unternehmer nicht auferlegt werden darf.

Das Gesetz ordnet das gesamte öffentliche und private Recht an Wasser, das heißt der Binnengewässer, der Wasserläufe, des Grundwassers und der Seen. Ausgeschlossen sind die Heilquellen, deren Rechtsverhältnisse gesondert geregelt sind, sowie die Binnenfischerei, für die ein Fischereigesetz erlassen werden soll. Sonst ist nur das Meer ausgeschlossen; alle übrigen Wasserfragen fallen aber in den Bereich des Gesetzes. Dieses enthält neue Vorschriften für die Bodenkultur zur Beseitigung stauender Nässe und zur Benutzung des Wassers für die Befeuchtung des Bodens, sodann zum Schutz gegen Hochwassergefahren und, wie schon erwähnt, zur Ausnutzung des Wassers für gewerbliche Zwecke. Die letzte Kodifikation des Wasserrechts stammt aus dem Jahr 1794. Seit dieser Zeit sind allerdings zahlreiche Sondergesetze erlassen worden; auch haben die neuen Provinzen ihre besonderen Rechte bis dahin und zum Teil auch für die Zukunft behalten; aber immerhin sind, wie es in der Begründung des Entwurfs heißt, bei dem starken Anwachsen der Bevölkerung, dem intensiven Betrieb der Landwirtschaft, der Entwicklung der Industrie und der Zunahme des Verkehrs Bedürfnisse nach Benutzung der Gewässer entstanden, denen die bisherige Wassergesetzgebung in keiner Weise Rechnung trägt.

Das Gesetz sieht 3 verschiedene Arten von Wasserläufen vor und sichert dem Staat das Eigentumsrecht an den Wasserläufen 1. Ordnung, den für die Wasserwirtschaft wichtigsten Strömen und Flüssen. Das privatrechtliche Eigentum des Staates, das bisher nicht immer

feststand, ist so ausgebaut worden, daß der Staat sozusagen der Verkäufer der fließenden Welle ist. Das Gesetz unterscheidet zwischen dem Gemeingebrauch und dem diesen überschreitenden Gebrauch, für den eine besondere Verleihung vorgesehen ist. Es enthält 365 Paragraphen und ist in 10 Abschnitte geteilt. Der 1. Abschnitt, der 6 Untertitel hat, setzt den Begriff und die Arten der Wasserläufe fest, regelt Eigentumsverhältnisse und Benutzung, gibt Vorschriften für Stauanlagen, für Unterhaltung und Ausbau der Wasserläufe und ihrer Ufer und ordnet die Anlegung von Wasserbüchern. Der 2. Abschnitt gibt Vorschriften für Gewässer, die nicht zu den Wasserläufen gehören, der 3. umfaßt die Wassergenossenschaften, der 4. die Verhütung von Hochwassergefahr. Die weiteren Abschnitte behandeln Zwangsrechte, Wasserpolizeibehörden, Schauämter, Wasserbeiräte, das Landeswasseramt; endlich bringt der 9. Abschnitt die Strafbestimmungen, der 10. die Übergangsbestimmungen.

In der 3. Lesung des Gesetzes erklärte der Abgeordnete Dr. Liebknecht, daß das Privateigentum auch hier nicht unumschränkt herrschen dürfe, und daß die Sozialdemokratie insoweit mit den vorgesehenen Beschränkungen, so der Verleihung, einverstanden sei. Doch dürfe nicht in das Privateigentum kleiner Anlieger zugunsten des Monopols der beliebigen Industriellen rücksichtslos eingegriffen werden. Die Sozialdemokratie wünsche, daß diese Bestimmungen möglichst bald ausgelegt würden. Anzuerkennen sei, daß die Regierung sich bemüht habe das Weiterwachsen der Privatmonopole möglichst zu begrenzen.

Am 4. Februar hat auch das Herrenhaus dem Gesetz zugestimmt. Es hat nur einige kleine Änderungen daran vorgenommen, die aber den Gesamtcharakter nicht berühren. Ein Antrag des Fürsten von Salm-Horstmar, der sich gegen die Bestimmungen wandte, die bei gemeinnütziger Verwertung des Wassers das Privateigentum einschränken, wurde abgelehnt. Bei der Gesamtabstimmung erklärten sich nur 7 Mitglieder des Herrenhauses gegen das Gesetz, das nunmehr zwar noch einmal ans Abgeordnetenhaus geht, aber kaum noch auf irgendwelche Schwierigkeiten stoßen dürfte.

×  
Preußen:  
Kraftwerk

× Das preußische Abgeordnetenhaus beriet am 17. Januar in 1. Lesung einen Gesetzentwurf betreffend den Ausbau

von Wasserkräften im obern Quellgebiet der Weser, der die Wasserstauungen in diesem Gebiet, die den Zweck haben zu Niedrigwasserzeiten die Weserschiffahrt vor Schädigungen zu schützen, gleichzeitig zu Kraftwerken verwenden und außerdem auch an der Weser unterhalb von Münden, am Zusammenfluß der Werra und Fulda, ein Kraftwerk errichten will. Die Werke sollen so verbunden werden, daß sie zusammen arbeiten, sich gegenseitig ergänzen, also ein einheitlich Ganzes, eine einzige große staatliche Überlandzentrale bilden werden. Beabsichtigt wird 19 Kreise in den Provinzen Hannover, Hessen-Nassau und im Fürstentum Waldeck durch diese Anlagen mit elektrischer Kraft zu versorgen. Das Versorgungsgebiet umfaßt nicht weniger als 6500 Quadratkilometer, auf denen 600 000 Einwohner leben. Das Kraftquantum, das in den 3 Werken erzeugt werden kann, beziffert sich auf 41 Millionen Kilowattstunden. Von diesem gesamten Kraftquantum wird innerhalb des Versorgungsgebiets etwa die Hälfte abgesetzt werden können, während die andere Hälfte für die eigenen Zwecke der Wasserbauverwaltung und der Eisenbahnverwaltung zur Verfügung steht. Nach den vorhandenen Verträgen mit 9 Landkreisen, mit Industriellen und mit der Staatseisenbahnverwaltung ist anzunehmen, daß sofort ein Kraftquantum von 15 Millionen Kilowattstunden abgesetzt wird. Die Selbstkosten sind auf 5 Pfennig pro Kilowattstunde bei einem Absatz von 10 Millionen Kilowattstunden berechnet; beim Verbrauch des Höchstquantums von 41 Millionen Kilowattstunden sinken die Selbstkosten auf 3,17 Pfennig pro Kilowattstunde.

Die Vorlage, die die Zustimmung aller Parteien fand und von sozialdemokratischer Seite als ein Kulturwerk bezeichnet wurde, ging zur Weiterberatung an eine Kommission.

×  
Sachsen:  
Irrenpflege

× Am 1. Januar 1913 ist ein Teil des Gesetzes über die Anstaltsfürsorge an Geisteskranken im Königreich Sachsen vom 12. November 1912 in Kraft getreten, das einen Schritt nach vorwärts zur Verstaatlichung der Irrenpflege bedeutet. Nach § 1 dieses Gesetzes haben die Landesanstalten alle erwachsenen Geisteskranken, die der Behandlung und Pflege in einer Irrenanstalt bedürfen, und deren Unterbringung ein sächsischer Ortsarmerverband in Erfüllung seiner armenrechtlichen Verpflichtung oder eine

sächsische Gemeinde aus besonderen sachlichen Gründen beantragt, aufzunehmen und so lange zu verpflegen wie die eben angegebenen Voraussetzungen dauern. Geistesranke im Sinn dieses Gesetzes sind auch die Epileptischen, soweit sie zu den gewalttätigen epileptisch Irren zu zählen sind. Die Verpflichtung der Ortsarmenverbände und der alimentationspflichtigen Verwandten für die Kosten der Verpflegung aufzukommen bleibt allerdings bestehen, und das Gesetz bezweckt auch lediglich das Verhältnis der Landesirrenanstalten zu den Ortsarmenverbänden und den Gemeinden zu regeln. Aber nun nimmt der Staat auch den großen Städten, die bis jetzt für ihre Geisteskranken selbst sorgen mußten, gegen eine Entschädigung, die für jede Stadt vertragsweise festgesetzt wurde, die Pflege und sonstige Fürsorge ab. Die bisher der Stadtgemeinde Leipzig gehörige Heilanstalt Dösen ist am 1. Januar 1913 in den Besitz des Staates übergegangen; Ärzte und Beamte sind mit übergetreten und als Staatsbeamte angestellt worden. Damit hat das Gesetz für die Stadt Leipzig bereits am 1. Januar 1913 Gültigkeit erlangt, während es für Chemnitz spätestens am 1. April 1914, für Plauen und Zwickau am 1. April 1914 und für Dresden erst am 1. April 1915 in Kraft tritt. Auf geistesranke Verbrecher, die wegen ihrer Gewalttätigkeit der Aufnahme in einer geschlossenen Anstalt bedürfen, findet das Gesetz schon vom 1. Januar 1913 an unbeschränkte Anwendung. Im übrigen tritt es am 1. Oktober 1913 in Kraft. Das Gesetz bringt also noch keine allgemeine Übernahme der Geisteskrankenfürsorge durch den Staat in der Weise, daß jeder Geistesranke auf Kosten des Staates verpflegt werde. Der Staat übernimmt nur die Verwaltung aller öffentlichen Irrenanstalten. Dadurch wird es aber auch möglich durch ein Umlageverfahren in Zukunft von allen Gemeinden bestimmte Jahresbeiträge zu erheben und so die Lasten gleichmäßig zu verteilen, was einer Verstaatlichung gleichkommt. Erst wenn dieses Ziel erreicht sein wird, kann das Gesetz auch seinen Zweck erfüllen: zu verhindern, daß aus materiellen Gründen geistig ranke Menschen, die der Anstaltspflege bedürfen, sich selbst überlassen bleiben.

× Kurze Chronik Nach einer Zusammenstellung des Reichspostamts stellte sich der deutsche Besitz an überseeischen Kabel-

linien Ende Juli 1912 auf 109 Kabel mit 40 654 Kilometer Länge, wovon 97 Kabel mit nur 5532 Kilometer Länge Staatskabel waren. × Das preußische Abgeordnetenhaus hat das Schlepplimonopol (siehe diese Rundschau, 1912, 3. Band, pag. 1640 f.) in der Sitzung vom 12. Dezember 1912 in 3. Lesung en bloc angenommen. Trotz ihrer grundsätzlichen Stellung zum Monopol stimmten die sozialdemokratischen Vertreter dagegen, weil ihre Anträge auf Begrenzung der Schlepplöhne, auf die Selbstkostendeckung, auf Beförderung der Lebensmittel zu den billigsten Sätzen und auf die Entschädigung der durch die Monopolisierung geschädigten Arbeiter und Angestellten der Privatschlepperei abgelehnt worden waren. × Im Rechnungsjahr 1911 hat die preußische Staatsforstverwaltung im ganzen 12 641,280 Hektar neu erworben. Der Abgang beträgt im gleichen Jahr 4 526,662 Hektar. Ende März 1912 betrug der gesamte Flächeninhalt des Besitzes der preußischen Staatsforstverwaltung 3 029 775 Hektar gegen 3 021 663 Ende März 1911.

× Literatur Als Ergänzung seines früher veröffentlichten Buches über die deutsche Eisenbahngemeinschaft hat der Wirkliche Geheimrat Dr. Hermann Kirchhoff eine neue Schrift *Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens* (Stuttgart, Cotta/ herausgegeben. Sie enthält eine Bearbeitung der Erörterungen, die auf die erste Schrift Kirchhoffs hin in den Parlamenten und in der Presse erfolgten. × Das projektierte Petroleummonopol hat naturgemäß viele Publikationen veranlaßt, die jedoch zumeist von Interessentenkreisen ausgehen. Eine unabhängige und sachkundige Erörterung der Frage wird in den *Zwei Denkschriften zum Petroleummonopol* von Georg Spies (Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/ unternommen. Der Verfasser plädiert mit guten Gründen für ein Reichsmonopol, macht aber auch sachkundige Vorschläge zur Verbesserung des vorliegenden Gesetzesentwurfs. Auf den Boden des Regierungsentwurfs stellt sich im wesentlichen Dr. W. Möller (*Das Reichspetroleummonopol* (Berlin, C. Heymann/)). Er hält auch ein Staatsmonopol für durchführbar, aber augenblicklich den vorgeschlagenen Weg für den gangbarsten. Die übrigen Schriften gehen von den Interessenten aus: *Warum ein Reichspetroleummonopol?* von der *Deutsch-Ameri-*

*kanischen Petroleumgesellschaft, Das Reichspetroleummonopol und die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft von der Deutschen Petroleumverkaufsgesellschaft; beide sind als Manuskript gedruckt, also zum Abdruck bestimmt.*

### Gelstige Bewegung / Wilhelm Hausenstein

**Universität** Der Leipziger Universitätsprofessor Eduard Spranger veröffentlichte eine

Arbeit über *Wandlungen im Wesen der Universität seit 100 Jahren / Leipzig, Wiegandt/*. Sie versucht eine synthetische Betrachtung der neuesten Entwicklung der Universitäten und ist nicht ohne bemerkenswerte Gesichtspunkte, wenn auch die Hauptfrage ungelöst bleibt. Spranger charakterisiert zunächst den Geist, in dem die jüngsten preußischen Universitäten, Berlin, Breslau und Bonn, gegründet wurden. Sie sind im Geist des Liberalismus der preußischen Reformperiode begründet (was übrigens für die 1818 gegründete Bonner Universität schon einigermaßen zweifelhaft erscheinen könnte).

Spranger faßt diese Erscheinung gut in folgende Worte: »Wenn man für das Wirtschaftsleben Freihandel, freie Konkurrenz, Gewerbefreiheit forderte, wie viel mehr mußte dann das Leben der Wissenschaft von allen Eingriffen des Staates frei gehalten werden. Man konstruierte sich (in halb naturrechtlichem Sinne) die Idee einer Gemeinschaft, deren Organisationsform einzig und allein aus dem freien Trieb nach Erkenntnis heraus bestimmt wäre, und man setzte dieses Ideal der Universität dem Staat, als einem aus ganz anderen Motiven erwachsenen Zwangsverband, diametral gegenüber. Staat und Wissenschaft sind sich ihren eigentlichen Interessen nach naturgemäß feindlich. Sie verhalten sich wie Machtorganisation und gelehrter Verein. Man muß den Staat von der Wissenschaft noch weiter fernhalten als von der Wirtschaft. Aus diesen liberalen Grundanschauungen erklären sich die liberalen Formen der neuen Universität: die freie (man möchte sagen: unregelte) Wissensproduktion, die Prinzipien der Lehrfreiheit und Lernfreiheit, die Forderung der akademischen Freizügigkeit, die Durchführung der Selbstverwaltungsformen, die Idee der Selbsterziehung, der Koalitionsfreiheit der Studierenden usw. Und es ist kein Zufall, daß nur bei Fichte, der die merkantilistische Wirtschaftstheorie auf die Spitze trieb, der zumtägliche Cha-

rakter der höheren Lehranstalt betont wurde. Aber auch er wollte doch in diesen Formen nur die produktive Freiheit des wissenschaftlichen Verstandesgebrauchs zur Wirkung bringen.«

Dieser ältern Entwicklung steht nun die neueste diametral gegenüber. Die neueste Entwicklung charakterisiert sich durch den Untergang des alten Universitätsliberalismus, durch einen Neubeginn der »straffsten Staatsomnipotenz«, durch einen Neubeginn »staatlicher Hochspannung«. Spranger bedauert diese Entwicklung nicht: »Wir werden vielmehr diese Spannung als etwas Heilsames ansehen. Freilich, so gewiß wäre die Kirche eine andere Gestalt hätte, wenn sie (unberührt von staatlich-kulturellen Interessen) rein aus dem religiösen Leben hervorwüchse, so gewiß wäre die Wissenschaft beweglicher, wenn die Besucher der Universität alle aus reinem Wissensdurst und ohne Absichten auf künftige Staatsexamina kämen. Aber im kulturellen Leben sind Isolierungen nicht nur unmöglich, sondern sie wären auch schädlich. Und so heißt es denn aus der gegebenen Sachlage das Beste zu entwickeln, dessen sie fähig ist.«

Es ist zuzugeben, daß eine synthetische Gesellschaftsauffassung weder die altliberale Geringschätzung des Staatlichen noch die liberalisierende Isolierung öffentlicher Kulturinstitute wie der Universitäten prinzipiell vertreten kann. Auch wir Sozialisten müssen grundsätzlich wünschen, daß die Universitäten organische und aktuelle Glieder der gesellschaftlichen Kultur sein sollen. Die Frage ist nur, wie sich die Angelegenheit heute im einzelnen gestaltet. Vergeblich erwarten wir von Spranger Auskunft darüber, wie innerhalb der »staatlichen Hochspannung« ein zugleich freier und gesellschaftlich aktueller Betrieb der Wissenschaft möglich werde. Vergeblich warten wir auf die Antwort, daß die Rechte der aus älteren Zeiten überlieferten akademischen Selbstverwaltung es noch immer wert sind so sehr als möglich mobilisiert zu werden, damit in dieser Zeit einer noch freien Konkurrenz neben den Vertretern einer unverkennbar konservativen oder liberalen oder klerikalen Wissenschaftskultur auch Vertreter einer sozialistischen Wissenschaftskultur zu Wort kommen können. Spranger weicht solchen Debatten aus. Er proklamiert befriedigt: »Im allgemeinen dürfen wir sagen, daß die Lehrfreiheit ein anerkannter Besitztitel ist,

und daß selbst die Inhaber jener genannten [zum Beispiel nationalökonomischen] Professuren schon reichlich ungeschickte Formen wählen müssen, wenn sie in der freien Äußerung ihrer Überzeugungen beschränkt werden sollen. An diesem Punkte also liegt das Problem heute gar nicht mehr.«

Und von diesem befriedigten Standpunkt aus eröffnet er Debatten über technische Neuorganisation der akademischen Lehre, die gewiß sehr interessant und wertvoll, aber auch höchst sekundär sind, und Debatten über die Einheit aller Wissenschaft in der Philosophie, die eine alte Sache sehr gut neu sagen, aber das konkrete Problem der Entfaltung einer erneuerten wissenschaftlichen Kultur durch Emanzipation neuer und inoffizieller Energieen sehr wenig berühren.

Das Ganze ist an sich selber nicht weniger Zeitdokument als durch seinen spezialisierten Inhalt.

×  
Religions- und Aus den Zeugnissen über  
Morallehre die Bewegungen auf dem  
Gebiet der Religionslehre

und der Morallehre in der Schule, das neuerdings besonders durch den im verflochtenen August abgehaltenen Haager Kongreß für sittliche Erziehung und einen im September abgehaltenen Berliner moralpädagogischen Kongreß Interesse gewann, mögen 3 hervorgehoben sein: ein Sammelband von Ansprachen und Thesen, die von der am 29. und 30. September und am 1. Oktober 1912 zu Berlin abgehaltenen Konferenz über sittliche Willensbildung in der Schule stammen und von R. Penzig herausgegeben sind /Berlin, *Ethische Kultur*/, eine Broschüre des bekannten Wiener Philosophen Jodl mit zwei Abhandlungen *Das Problem des Moralunterrichts in der Schule* /Frankfurt, *Neuer Frankfurter Verlag*/ und endlich eine Broschüre des sozialistisch gestimmten Bremer Pfarrers Emil Felden *Grundriß eines modernen Religionsunterrichts* /Leipzig, Eckardt/. Der von Penzig herausgegebene Sammelband ist ein förmliches kleines Archiv der Argumente, die heute gegen einen dogmatischen Religionsunterricht sprechen. Die Reformen (Traub, Felden, Jodl und alle die vielen anderen) sind darüber sehr einig, daß in der staatlichen Schule der dogmatische Religionsunterricht durch eine historische Religionenkunde zu ersetzen sei. Über die Möglichkeit eines offiziellen Moralunterrichts in der

Schule (wie er nicht ohne Blague, nicht ohne Phrasen, aber auch nicht ohne Erkenntnisse, Schönheiten und Stimmungen etwa in Frankreich besteht) sind die Ansichten bei den deutschen Reformern sehr geteilt. Traub zieht sich etwas auf ein Wort Fichtes zurück: »Eine positive moralische Erziehung, das heißt eine solche, die sich den Zweck setzt und ihn ausdrücklich ausspricht den Zögling zur Tugend zu bilden, gibt es nicht. Vielmehr würde ein solches Verfahren den innern moralischen Sinn töten und eine gemüthlose Welt von Heuchlern und Gleißnern bilden. In der eigenen schamhaften Stille des Gemüths, ohne Geschwätz und Selbstbespiegelung muß die Sittlichkeit von selbst aufkeimen und allmählich höher wachsen und sich verbreiten. So muß es sein, und so wird es ohne alles absichtliche Zutun allenthalben von selbst erfolgen, insofern nur lauter gute Beispiele den Zögling umgeben, und alles Schlechte, Gemeine und Widrige von ihm ferngehalten wird.«

Im Gegensatz zu den Skeptikern, die an der Möglichkeit einer in der Schule erreichbaren moralischen Bildung zweifeln und allenfalls eine indirekte moralische Beeinflussung der Schüler, sozusagen eine Ausbildung des moralischen Intellekts auf dem Weg der Parabel wollen (etwa durch Anknüpfung des Moralischen an die Historie, an die Staatsbürgerkunde), vertritt Professor Jodl den Standpunkt, daß sozusagen moralische Fachlehre möglich und notwendig sei. Seine Schrift enthält sehr viel Zwingendes, und man muß das umsomehr beachten, als ein gewisser Mut dazu gehört für Dinge einzutreten, die eine Gefahr der Banalisierung unserer Kultur zu enthalten scheinen. Die Diskussion ist in gewissem Sinn freilich müßig. Es ist doch wirklich nahezu eine Selbstverständlichkeit, daß es begrifflich faßbare und daher auch schulmäßig lehrbare Ethika gibt. Die ganze Kulturgeschichte der sittlichen Vorstellungen gehört hierher. Aber auch die ethischen Fragen, die uns selber bewegen, sind in der Schule in einem sehr respektablen und wertvollen Maß lehrbar. Auf der andern Seite gibt es selbstverständlich ethische Aufgaben, die durch die Schule (wie sie heute normalerweise ist) nicht zu vermitteln sind. Aber wenn festgestellt ist, daß ein großer Teil ethischer Probleme (insbesondere das Problem der sittlichen Intelligenz) der Schule zugänglich ist, dann

soll man sich mit diesem Teil befassen und nicht mit Bedenken operieren, die mehr sentimental oder vielleicht auch mehr geschmackvoll als sozialpädagogisch klug sind. Man muß nun allerdings bekennen, daß zum Beispiel der *Grundriß*, den Felden geben will, höchst fataler Seiten nicht entbehrt. Beispiele: »David war ein junger Krieger im Heere Sauls, dessen Tochter Michala er heiratete. Der Wühlereien wegen, die er sich gegen Saul zuschulden kommen ließ, mußte er fliehen und wurde Anführer einer Räuberbande. . . Sein Sohn Salomo war ein prachtliebender König, der in der Art der orientalischen Gewalthaber das Volk bedrückte. . . « Heine ist köstlich, wenn er Biblisches travestiert; Lukian ist entzückend, wenn er das olympische Ehebett zeigt, in dem Hera dem Zeus Gardinenpredigten wegen seiner Liederlichkeit hält; Blumauer ist ein göttlicher Phäake, wenn er den Heroismus der *Aeneis* travestiert. Pastor Felden ist ein kahler Désenchanteur, ein richtiger Protestant, der den nüchternen Unsinn glaubt, man könne auf Rationalismus noch Religion, auf Wissenschaft einen frommen Radikalismus gründen. Indessen: sein *Grundriß* hat trotzdem Sinn und Wert. So wie es auch nicht wertlos ist, wenn ein Anwalt des Richtigen die Homerischen Epen als eine Geschichte der plumpesten Piraterie schreibt und sich für Polyphem anthropologisch interessiert. Das kann man alles machen. Man muß es dann bloß nicht Religion nennen. Dann kann es für die Zeit, in der wir nun einmal leben, vielleicht ganz zweckmäßig, ja sozial notwendig werden.

× Schiller und die Arbeiter Unlängst wurde in dieser Rundschau (1912, 3. Band, pag. 1226 f.) über eine begrüßenswerte Studie berichtet, die Genosse Max Grunwald dem Thema *Goethe und die Arbeiter* gewidmet hat. In der gleichen Serie erschien vom Genossen Konrad Haensch eine wertvolle Studie über *Schiller und die Arbeiter* (Dresden, Kaden). Nach allen den farblosen Einleitungen zu allen den farblosen Klassikerausgaben, die es in Deutschland gibt, ist es bewegend literaturhistorische Studien zu lesen, die pragmatische Methode haben und eben darum mehr sind als Literaturgeschichte. Haensch hat in einen verbindenden Text eine Menge von Äußerungen Schillers hineingestellt, die über Schillers kulturpolitischen Standpunkt entschei-

den. Von den allgemeinsten Äußerungen Schillerscher Humanität bis hin zu speziellen Äußerungen über die Relativität des bürgerlichen Eigentumsrechts ist alles Wesentliche zusammengebracht. Nicht in jener engen Art, die den Profitmachern des Zitierens eigen ist; sondern offenerherzig, anständig, reell. Die Schrift hat ihren Wert nicht bloß als spezielles Orientierungsmittel innerhalb der Schillerliteratur sondern in einem allgemeineren Sinn: Schiller wird durch solche Betrachtung ganz neu lebendig. Wir fühlen, daß die Logik seiner Gedanken noch immer in eine ganz bestimmte Zukunft hinein weiterträgt. Sie ist aus einer bestimmten Kultur geboren. Aber wie ein ewig starkes Gleichnis setzt sie sich uns neu in Aktualität um; und wir wissen, daß es nur die umwälzenden Geister der Gegenwart sein können, die den Revolutionär eines vergangenen Jahrhunderts lebendig und konkret begreifen können.

× Kurze Chronik Das Institut für internationalen Austausch fort-schrittlicher Erfahrungen (Hauptbureau: Paris, 59 rue Claude Bernard, Filialbureaus: Berlin W., Genthiner St. 38, und Wien II, Schreigasse 6) versendet einen Tätigkeitsbericht. Danach werden die Ideen des Instituts durch folgende Zeitschriften propagiert: *Les Documents du Progrès* (Paris), *Dokumente des Fortschritts* (Berlin) und *Progress* (London), *Saprossi Schisni* (Petersburg) und *Szociálpolitikai Szemle* (Budapest). Außer diesen Zeitschriften gab das Institut eine Reihe wichtiger Buchpublikationen heraus, unter denen hier besonders die von Ludwig Ganzemüller besorgte deutsche Übersetzung des Lehrbuchs der weltlichen Moral von Payot (das in den meisten weltlichen Schulen Frankreichs im Gebrauch steht) genannt werden soll. Das Institut hat ferner ein internationales Auskunftsbureau errichtet und in 3 Jahren 500 (insbesondere sozialpolitische) Vorträge vermittelt. Das nächste Ziel des Instituts ist ein *Bund für bewußten Fortschritt des Menschen*. × Am 15. Mai 1912 fand in Berlin eine Konferenz zur Beratung einer Zentrale für den Kampf gegen die Schundliteratur statt. Es wurde ein Ausschuß gewählt, der die Aufgaben der Zentrale feststellen und mit der Berliner Zentralstelle für Volkwohlfahrt in Verbindung treten soll.

×

×

**Literatur** Genosse Heinrich Peus veröffentlicht im Verlag des *Deutschen Arbeiterabstinenzbundes* eine Broschüre *Das Volkshaus, wie es sein sollte*. (Sie ist zugleich eine Propagandaschrift für Ido.) Um des Hauptgedankens willen, der zu den Arbeitermassen eindringlich von der Notwendigkeit der Begründung rationaler und schöner Volkshäuser spricht, soll die Schrift zur Massenverbreitung in Parteikreisen empfohlen werden. X Die Schrift des Genossen Robert Seidel *Die Handarbeit als Grund- und Eckstein der harmonischen Bildung und Erziehung* ist in 6. Auflage herausgekommen /Zürich, Orell-Füßli/ und soll allen, die sich über die Fragen der Arbeitsschulpädagogik rasch und elementar orientieren wollen, empfohlen sein. X Bei Teubner in Leipzig ist ein Buch des Titels *Volkslatein* erschienen. Herausgeber sind die Professoren Helm und Diels. Dies kurzgefaßte grammatische und Lesebuch ist als Unterlage für einen im Rahmen von Volkshochschulkursen erteilbaren Unterricht Erwachsener in den Elementen des Lateinischen gedacht. Als Unterlage für Selbstunterricht kommt es nicht in Betracht.

## WISSENSCHAFT

### Biologie / Adolf Koelsch

Strasburger † In Bonn ist mit Eduard Strasburger einer der bedeutendsten Botaniker aus der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts gestorben. Er war im Jahr 1844 als Sohn eines Kaufmanns in Warschau geboren, studierte in Paris, Warschau, Bonn und Jena, war dort Schüler von Pringsheim und Haeckel, habilitierte sich 1866 an der Universität seiner Vaterstadt, kam aber schon 2 Jahre später wieder nach Jena, diesmal bereits als Ordinarius und Nachfolger seines Lehrmeisters, Pringsheim. Unter dem Einfluß Haeckels und Hofmeisters gab er sich zunächst rein entwicklungsgeschichtlichen Untersuchungen hin, mit dem Erfolg, daß er die nahe Stammesverwandtschaft unserer jetzigen Nadelhölzer (Samenpflanzen) mit den höheren Kryptogamen (Sporenpflanzen) nachweisen konnte. Kurze Zeit nachher deckte er mit gleichem Glück die stammesgeschichtlichen Beziehungen zwischen Nacktsamigen und Bedecktsamigen auf. Schon vorher, 1875, war, mehr als Gelegenheitswerk, sein berühmtes Buch *Zellbildung und Zellteilung* erschienen, worin sich zum ersten Mal die Feststel-

lung fand, daß die Vorgänge der Zell- und Kernteilung im Tier- und Pflanzenreich in den wichtigsten Punkten übereinstimmen. Das Glück wollte es, daß zu gleicher Zeit der Heidelberger Zoologe Bütschli ganz unabhängig von Strasburger das nämliche fand, und so stieg sein Ruhm zusammen mit dem des jungen Bütschli sofort in alle Länder hinaus, und Ehren kamen über Ehren. Dem hier angeschnittenen Arbeitsgebiet blieb Strasburger, der 1881 nach Bonn übergesiedelt war, bis an sein Lebensende treu. Er wurde der botanische Spezialist in allen zellbiologischen Fragen, dem im besondern noch die Aufhellung des Wesens der Befruchtungsvorgänge gelang. Viel haben auch die Jungfernezeugung, die Geschlechtsbestimmung und das Problem der Pfropfbastarde den nimmermüden Mann beschäftigt. Er war ein vorzüglicher Lehrer im Hörsaal und Laboratorium und nebenbei ein lebenswürdiger Schöngest, der manchen zierlichen Essay geschrieben hat, sich auch in einem stillen Buch *Streitzüge an der Riviera* als anmutsvoller Reiseplauderer und Landschaftsschilderer bewährte.

X Vererbungsproblem X Das neue Werk Richard Semons *Das Problem der Vererbung erworbener Eigenschaften* /Leipzig, Wilh. Engelmann/ liegt auf einer Linie mit seiner *Mneme*. In der *Mneme*, deren 3. erweiterte Auflage 1912 im gleichen Verlag erschienen ist, war Semon den Grundfragen der Reizphysiologie auf den Leib gerückt und hatte sowohl die Probleme dieses Wissenschaftszweiges wie die Begriffe, mit denen auf diesem Gebiet gearbeitet wird, in einer Weise kritisch analysiert, die ihresgleichen bis dahin nicht hatte. Man könnte sagen, daß Semon bei dieser Analyse von dem vornehmen Geist des kürzlich verstorbenen französischen Akademikers Henri Poincaré sich habe leiten lassen, wenn eben der Münchener Gelehrte nicht durchaus unabhängig von diesem Mann wäre. Poincaré sagt in einer seiner Schriften, die Aufgabe der Wissenschaft bestehe nicht darin die wahre Natur der Dinge aufzufinden sondern ihre wahren Beziehungen aufzudecken. Wer dieses Wort anerkennt, das mit wundervoll ironischer Geste die Wissenschaft aus der Kategorie der götterfressenden Wissenschaften heraushebt und unter die künstlerischen, bilderschaaffenden Betätigungen hineinvertsetzt, wird zugeben müssen,

daß uns in Semon ein Mann erstanden ist, der der Wissenschaft dadurch, daß er die Beziehungen, die zwischen Reiz und Reizerfolg, Umwelt und Plasma, Erregung und Erregungswirkung bestehen, bis in ihre letzten Zusammenhänge hinein verfolgte und die prinzipielle Übereinstimmung der Phänomene des höhern Gedächtnisses mit denen der Vererbung nachwies, für die Wissenschaft das Beste geleistet hat, was in unserer Zeit überhaupt auf physiologischem Gebiet für sie getan werden konnte. Im Grunde ist der Gedankengang Semons, der uns zu so viel dunklen Problemen Zugang verschafft, ja sehr einfach. Der Forscher zeigt uns zunächst, daß die Einflüsse der Außenwelt, zu deren Aktivierung ein Geschöpf Dank seines besondern Bauplans befähigt ist, in zweifacher Weise Macht über den Organismus gewinnen können. Einmal können sie im Sinn einer vorübergehenden Veränderung wirken. Es ist etwa so, daß ich einen Frosch mit einer Nadel steche. Dann ist der Erfolg, daß sich ein bestimmter Muskel oder eine Gruppe von Muskeln zusammenzieht. Diese Veränderung im Zustand des Organismus hat nichts Bleibendes. Sie hält an, solange der Reiz anhält, sie fällt unmittelbar nach dem Verschwinden des Reizes ab und klingt (ohne Hinterlassenschaft) langsam aus, so daß nach Verlauf einer gewissen Zeitspanne der Organismus sich wieder in der gleichen innerenergetischen Gesamtsituation befindet, die vor der Reizung bestanden hatte. Wir merken das daran, daß bei abermaliger Reizung genau die gleiche Wirkung eintritt wie beim ersten Versuch. Daneben aber gibt es Fälle (im Tier-, im Pflanzen- und Einzellerreich), wo nach Abklingen der Erregung, die von einem Reiz oder einer Gruppe von Reizen in der lebendigen Substanz des Protoplasmas erzeugt wurde, die reizbare Substanz sich als dauernd verändert erweist. Semon erläutert den Fall an einem jungen Hund, der, nachdem er bis dahin noch keine üblen Erfahrungen mit dem Herrn der Schöpfung gemacht hat, auf einem Spaziergang von Knaben mit Steinen beworfen wird. Zwei Gruppen von Reizen wirken in diesem Fall auf ihn ein. Eine Gruppe von Gesichtreizen zunächst: er sieht die Knaben sich bücken und zum Steinwurf ausholen. Eine Gruppe von Hautreizen sodann: die Steine treffen den Hund zwischen die Rippen und verursachen ihm Schmerz. Daß die Er-

regungen, die durch diese beiden in der Zeitfolge eng aneinandergeschlossenen Reizgruppen ausgelöst wurden, nicht spurlos an dem Tier vorübergegangen sind, ergibt sich aus seinem spätem Verhalten: Der Hund rennt in Zukunft schon davon, wenn er nur jemand rasch sich bücken sieht. Im vulgären Sprachgebrauch sagen wir, er habe eine Erfahrung gemacht, und diese Erfahrung beeinflusse sein künftiges Verhalten. Der Physiologe sieht etwas tiefer: Er sieht, daß ein bestimmter Gesichtseindruck, der zuvor von keiner besondern Bewegungsäußerung des Tieres begleitet war, jetzt wie ein schmerzzerregender Reiz wirkt, und zwar meist bis ans Lebensende des Tieres. Der Hund ist also nicht mehr der gleiche wie vor dem Erlebnis. Seine Reaktionsfähigkeit gegen die Außenwelt ist derart verändert, daß die Schmerzillusion von jetzt an schon durch den bloßen Anblick eines Menschen ausgelöst wird, der sich nach Steinen bückt. Diese Wandlung ist merkwürdig und läßt sich nur unter der Voraussetzung verstehen, daß die Wirkungen des Gesichts- und des ihm unmittelbar folgenden Hautreizes in der erregbaren Substanz des Tieres sich in Form eines unsichtbaren Zeichens sozusagen handschriftlich niedergelegt haben. Es ist eine materielle Veränderung des Erregungsenergie erzeugenden Apparats eingetreten, die eine dauernde Veränderung der Reaktionsfähigkeit des Tiers zur Folge hatte. Diese Veränderung, die das Tier mit einem neuen, stets reproduzierbaren Merkmal behaftet, bezeichnet Semon als *Engramm*. Die Summe der Erscheinungen, die am Organismus aus dem Vorhandensein eines Engramms oder vieler Engramme sich ergeben, nennt Semon die *mnemischen* Erscheinungen und den Inbegriff aller mnemischen Erscheinungen des Organismus bezeichnet er als seine *Mneme*. Welchen Umfang die Mneme hat, wird dann in jenem ersten Werk, das seinen Namen so berühmt gemacht hat, untersucht. Semon zeigt, daß die Keimzelle jedes Geschöpfes mit einer Summe von Engrammen geladen ist, daß Entwicklung nichts anderes ist als die Mobilisierung dieses von den Eltern ererbten Engrammschatzes, und daß das individuelle Leben, je nach seinem Verlauf, den Körper mit neuen Engrammschätzen füllt. Die Mechanik der mnemischen Grundphänomene wird bloßgelegt, die Wirksamkeit mnemischer Prozesse beim Ablauf der Re-

generationsprozesse wird erwiesen und schließlich bei einem unendlich ausgedehnten Ziel gelandet. Dieses Ziel liegt in der Erkenntnis, daß die auf unserm Planeten stets wechselnde Umweltsituation als die Umgestalterin der organischen Lebensformen wirkt. Daneben ist die Fähigkeit der organischen Substanz von Erregungen nicht nur vorübergehend sondern auch dauernd beeinflusst zu werden tätig als die Erhalterin dieser Umgestaltungen in der Erscheinungen Flucht. Zu diesen beiden Prinzipien tritt dann noch als drittes tätiges Prinzip die natürliche Auslese Darwins hinzu. Durch unablässige Beseitigung aller Unzweckmäßigkeiten, die durch die direkten Wirkungen der Außenwelt gezeugt und durch das Aufbewahren im mnemischen Vermögen der organischen Substanzen erhalten werden, gibt sie von Mal zu Mal (dem Passenden allein) Gelegenheit zu dauerndem Fortkommen und sichert so die Entwicklung in der Natur.

In dieser großzügigen Auffassung des Wandels und Werdens aller organischen Wesenheit ist implizite natürlich die Vorstellung enthalten, daß Engramme, die im individuellen Leben eines Tieres oder einer Pflanze bis herunter zum Einzellertypus erworben worden sind, auch auf die Nachkommen vererbbar seien. Sichergestellt war ja durch das experimentelle Beweismaterial, das Semon in den ersten Kapiteln der *Mneme* hatte aufmarschieren lassen, die Tatsache, daß die Schicksale, die ein Geschöpf erlebt, an seinem Körper und an seiner Seele nicht spurlos vorübergehen. Da nun die Keimzellen männlicher und weiblicher Wesen Teile jenes veränderbaren Leibes und jener veränderbaren Seele sind, und zwar Teile in dem Sinn, daß der väterliche und der mütterliche Leib ja mit zur allernächsten Umwelt der Keimzellen gehören, lag die Vermutung nahe, daß auch Ei und Samenfaden von den Veränderungen getroffen werden, die das Elterntier zur Zeit seiner Fortpflanzungsfähigkeit erlebt. Eigenschaften, die ein Tier erwirbt, würden also (unter Umständen) auf die Nachkommenschaft übertragbar sein und an ihr wieder zum Vorschein kommen. Gab es aber Beweise hierfür?

Wer in der Geschichte der biologischen Wissenschaften einigermaßen bewandert ist, weiß, daß Lamarck und Darwin nie an der Vererbbarkeit er-

worbener Eigenschaften gezweifelt haben. Erst August Weismann in Freiburg begann, aus dem dogmatischen Grundgedanken seiner Keimplasmatheorie heraus, die Vererbbarkeit erworbener Charaktere aufs heftigste zu bestreiten, und als Versuche über die Vererbung von Verstümmelungen, die er anregte, negativ ausfielen, mit einer fast an Haß grenzenden Leidenschaft zu bekämpfen. Seither ist in der Biologie der Hader los. Auf der einen Seite stehen Forscher, meistens Schüler Weismanns, die in der Überzeugung, daß erworbene Eigenschaften übertragbar seien, eines der schlimmsten biologischen Dogmen erblicken. Auf der andern Seite stehen Männer, die von der Übertragbarkeit erworbener Eigenschaften so felsenfest überzeugt sind wie Lamarck und Darwin es waren.

Diesem Streit ein Ende zu machen ist die Absicht des neuen Werkes von Richard Semon. In ihm steht das Beste, was man in dieser Sache je gelesen hat. Nebenbei ist es die vollständigste Materialsammlung, die auf diesem Gebiet vorhanden ist. Bewundernswert ist wiederum der scharfe kritische Geist dieses Mannes, der sich bei Formulierung der Frage, um die es sich handelt, bemerkbar macht. Zunächst schließt er den Begriff der *Eigenschaft* als zu vage überhaupt aus und ersetzt ihn durch *Erregungswirkung*. Er rechtfertigt diese Formulierung durch den Hinweis, daß alles, was wir an einem Organismus als *Eigenschaft* bezeichnen, seiner Herkunft nach ja nichts anderes ist als das äußere Kenn- und Merkzeichen für einen ganz besonders erworbenen Reaktionszustand der reizbaren Substanz. Die Frage, ob es eine Vererbung *erworbener Eigenschaften* gäbe, reduziert sich für ihn daher auf folgende Frage: Dürfen wir annehmen, daß unter günstigen Umständen durch Erregungen, die im elterlichen Körper ausgelöst worden sind, die erblichen Potenzen der Keimzellen so verändert werden, daß die Reaktionsnormen der Nachkommen im gleichen Sinn ablaufen wie sie bei den Eltern auf Grund eines Anpassungsvorganges im Lauf des individuellen Lebens umgeschaffen worden sind? Im Verlauf seiner Untersuchungen kommt Semon dazu eine ganze Menge von vermeintlichen Belegen für die Vererbung *erworbener Eigenschaften* als unbrauchbar für die Beweisführung auszuscheiden. Vom 6. Kapitel an treten dann aber die positiven Ergebnisse an, die die inter-

nationale Forscherwelt auf experimentellem Weg zugunsten der Vererbung erworbener Erregungswirkungen an Pflanzen und Tieren gesammelt hat, und man muß sagen, daß vor der Wucht dieser Tatsachen einfach jeder Zweifel verstummen muß. Es kann nicht meine Aufgabe sein einzelne Fälle hier herauszugreifen; ich möchte nur sagen, daß das Buch trotz klarer Schreibweise nicht leicht zu lesen ist, aber von keinem Biologen übersehen werden darf. Denn es ist eine ebenso wichtige Ergänzung zur *Mneme* wie das Buch *Die mnemischen Erfindungen*, das 1909 dem Hauptwerk gefolgt war.

× **Kurze Chronik** Der Physiologe an der Universität Perugia David Axenfeld ist, 64 Jahre alt, gestorben. × Im hohen Alter von 97 Jahren starb in Thüringen der Privatgelehrte W. B. Tegetmeier, ein Zoologe. × Außerhalb der engeren Fachkreise ist der Name des Anthropologen Otto Schoetensack bekannt geworden, der jetzt, 64 Jahre alt, in Heidelberg starb. Er hat 1907 in den altquartären Sanden von Mauer im Neckartal den Unterkiefer des *Homo heidelbergensis* gefunden und damit den ältesten Rest des Urmenschen geborgen. Wir verdanken Schoetensack eine ausgezeichnete Beschreibung jenes Schädelstücks. × Der Verein für Höhlenkunde in Österreich hat bei Linz ein Museum für Höhlenforschung gegründet, in dem alles das systematisch gesammelt ist, was die Höhlenforschung bis jetzt erreicht hat.

× **Literatur** In welchem hohen Grad Darstellungen der Entwicklungslehre, der Abstammungslehre, des Darwinismus usw. in Laienkreisen immer noch interessieren, verrät die auf diesem Gebiet unentwegt weiterlaufende Bücherproduktion. Ich bin ihr trotz des Vorhandenseins guter älterer Werke, die gelesen zu werden verdienen, nicht feind, wofern nur die Arbeit tendenzlos und gewissenhaft ist; ich begrüße jedes neue Buch sogar mit Freuden, sobald ich sehen kann, daß der Autor sich bemüht in seine Darstellung auch die neuen Beweismaterialien aufzunehmen, die man (man kann schon fast sagen: jede Woche) zugunsten der Entwicklungslehre frisch auf den Plan bringt. Ein Schriftsteller, der diesen Anforderungen in jeder Hinsicht genügt, ist Richard Hesse,

Professor an der landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin. Sein Büchlein *Abstammungslehre und Darwinismus* (in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/) liegt nun schon in 4. Auflage vor, aber jedesmal hat er daran zu verbessern und zu vermehren gewußt. Diesmal hat er besonders den Abschnitt über die Vorgeschichte des Menschengeschlechts, in die gerade die letzten Jahre so viel Licht gebracht haben, einer schönen Neubearbeitung unterzogen. × Ein empfehlenswertes Buch hat auch der Züricher Privatdozent S. Tschulok in seiner *Entwickelungstheorie* /Stuttgart, Dietz/ herausgebracht. Es ist eine gemeinverständliche, sehr gründliche Darstellung der Lehre Darwins, die durch eine ungewöhnlich geschickte Anordnung des Stoffes und ebenso anschauliche wie weitblickende Schreibweise besonders ausgezeichnet ist. Das Buch soll das vergriffene Werk E. Avelings ersetzen. Von seiner Aufgabe hat der Verfasser eine sehr hohe Meinung. »Die populäre Literatur«, schreibt er im Vorwort, »hat die Mission dem Leser aus den breiten Volksschichten die Arbeitsweise und die Ergebnisse der Wissenschaft in einem seinem Fassungsvermögen angepaßten Stil beizubringen. Aber die populäre Literatur soll und kann nicht zum Schlaraffenland werden, wo einem die gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Wer etwas lernen will, muß den festen Willen haben sich durch die schwierige Materie durchzuarbeiten . . . Man strebe also auch nicht nach einem mühelosen Erwerb wissenschaftlicher Anschauungen sondern suche sich die Grundbegriffe klarzumachen, mit denen die Wissenschaft arbeitet, und die Tatsachen, von denen sie sich zu den weltumspannenden Gedanken erhebt.« Ich wollte, es dächten alle Vermittler zwischen Wissenschaft und Volk wie Tschulok, und alle Laien so wie hier von ihnen erwartet wird.

Rechtswissenschaft / Otto Lang

**Urheberrecht** Schiller klagt in einem Brief an Cotta, es sei mit Goethe kein guter Handel zu machen, weil er sich selbst hoch taxiere. Cotta selbst hat das auch erfahren: er hat in den Jahren 1795 bis 1832 an Goethe Honorare im Betrag von 401 090 Mark bezahlt (an seine Erben von 1832 bis 1865 weitere 464 474 Mark). Das war aber eine seltene Ausnahme. In der Zeit, die keinen gesetzlichen Schutz des Autorenrechts

kannte, war das Los des Schriftstellers und Künstlers, der auf seinen Verdienst angewiesen war, kein beneidenswertes. Man kennt die ärgerlichen Äußerungen Schillers über die skrupellosen Verleger, die durch den Nachdruck seiner Werke den materiellen Erfolg seiner Arbeit außerordentlich schmälerten. Vom Hofmarschall sagt Ferdinand in *Kabale und Liebe* bissig: »Wie er dasteht, der Schmerzenssohn! Als wenn ihn ein Tübinger Buchhändler dem Allmächtigen nachgedruckt hätte!« Es gab wohl seit den Zeiten der Reformation Privilegien für die Verleger, denen das ausschließliche Recht verliehen wurde an einem bestimmten Ort Bücher zu drucken und herauszugeben. Erst im Lauf des letzten Jahrhunderts jedoch sicherte sich die Idee des geistigen Eigentums allgemeinere Anerkennung. Zu gesetzgeberischem Ausdruck gelangte sie in Deutschland im Urheberrechtsgesetz vom Jahr 1870, das im Jahr 1901 durch das Reichsgesetz über das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst ersetzt worden ist. Es gewährt dem Urheber und seinen Rechtsnachfolgern Schutz während seiner Lebensdauer und sodann noch 30 Jahre lang nach dem Tod des Autors. Zu den Schriftstellern und Künstlern, die vor 30 Jahren starben, gehören unter anderen Richard Wagner und Karl Marx. Vom kommenden Jahr ab ist also jedermann befugt die Marxschen Schriften nachzudrucken. Die Herausgabe seiner gesammelten Werke, an der dem Vernehmen nach gearbeitet wird, wird dadurch wesentlich erleichtert. (Hoffentlich wird das eine wirkliche Gesamt-, keine bloße Auswahlgabe.) Von Wagner weiß man, daß er Anstrengungen gemacht hat das Aufführungsrecht am *Parsifal* dem Bayreuther Festspielhaus vorzubehalten. Diese Bemühungen sind neuerdings wieder aufgenommen worden (siehe hier die Rubrik *Bühnenkunst*, 1912, 3. Band, pag. 1255 ff.). Von verschiedenen Seiten hat man ein Gesetz verlangt, das zugunsten des *Parsifal* die Schutzfrist verlängere. Es hat aber auch unter den Wagnerianern einige verständige Menschen gegeben, die das Ungebührliche dieser Forderung anerkannten.

× Arbeitsrecht Die Gewerkschaftsstatistik verzeichnet für das Jahr 1911 fast 3100 Streiks und Aussperrungen, an denen mehr als 300 000 Arbeiter beteiligt waren. Drückt sich in diesen Zahlen der unversöhnliche

Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital aus, so beweisen sie daneben zweifellos auch die Rückständigkeit und Lückenhaftigkeit der Gesetzgebung über das Arbeitsrecht. Nun bildet der Dienstvertrag die rechtliche Grundlage für die Existenz von etwa 20 Millionen erwerbstätiger Personen. Danach läßt sich leicht der Wert jeder gesetzlichen Neuerung bemessen, durch die die Lage der Arbeiter und Angestellten gesichert und gehoben wird. Welche Möglichkeit dem Gesetzgeber in dieser Richtung noch offen steht, zeigt das kürzlich veröffentlichte Buch *Probleme des Arbeitsrechts* von Heinz Potthoff (in der von Eduard Bernstein herausgegebenen *Politischen Bibliothek / Jena, Diederichs/*). Potthoff gibt zunächst einen Überblick über das geltende Arbeitsrecht und entwickelt sodann die Gesichtspunkte, unter denen seine Fortbildung zu geschehen hat. Er fordert ein soziales Recht in dem Sinn, daß Gesetz und Rechtsprechung das Vorrecht des lebendigen Menschen vor den toten Sachgütern und Einrichtungen anerkennen und dadurch die Persönlichkeit des Arbeiters im modernen Großbetrieb retten helfen. Die Forderungen, die sich daraus herleiten lassen, ordnet der Verfasser als Probleme der Arbeitsbeschaffung, der Arbeitsverfassung, des Arbeitskampfes, des Arbeitsvertrags und der Arbeitsbeschränkung. Potthoff verkennt dabei nicht, daß die beste Sozialpolitik nicht die von Gesetz und Polizei erzwungene sondern die von den Beteiligten selbst verwirklichte ist, und daß deshalb das Gesetz der organisierten Selbstbetätigung durch die Gewährung des vollen Koalitionsrechts und durch die Ausbildung des Tarifvertragsrechts Vorschub leisten muß. Führt die Betonung des Sozialen in der Wirtschaftsgesetzgebung zur Einschränkung der Vertragsfreiheit und zu einem Zwangsrecht, so fordert umgekehrt das soziale Staatsrecht möglichste Freiheit und Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen. Dazu gehört Selbstverwaltung an Stelle der Bürokratie, Gewährung von Taggeldern, damit die Übernahme öffentlicher Dienste als Schöffen usw. auch dem Unbemittelten möglich ist, Schutz vor Maßregelung wegen Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte und nicht zuletzt allgemeines und direktes Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften. Alle diese Forderungen finden in Potthoff einen überzeugten Verteidiger.

×

×

**Konkurrenz-** Eines der Probleme des  
**klausel** Arbeitsrechts, das endlich

(leider nur in Beschränkung auf die Handlungsgehilfen und -lehrlinge) eine soziale Lösung finden soll, ist die Konkurrenzklausel. Bekanntlich erkennen das Handelsgesetzbuch und die Gewerbeordnung ausdrücklich die Gültigkeit der Vereinbarung an, durch die der Angestellte sich eine Beschränkung seiner gewerblichen Tätigkeit auferlegt. Das Gesetz verlangt lediglich eine angemessene Abgrenzung nach Zeit, Ort und Gegenstand, so daß das Fortkommen des Verpflichteten nicht unbillig erschwert werde. Die zulässige Höchstdauer des Konkurrenzverbots für Handlungsgehilfen beträgt 3 Jahre. Gibt der Prinzipal dem Gehilfen durch vertragswidriges Verhalten Anlaß zur Kündigung, oder kündigt der Prinzipal, ohne daß dazu ein erheblicher, nicht durch ihn verschuldeter Grund vorliegt, so fällt die Konkurrenzklausel dahin.

Leider hat die Reichsregierung sich nicht entschließen können dem Reichstag das völlige Verbot der Konkurrenzklausel vorzuschlagen, obgleich deren Entbehrlichkeit und Schädlichkeit von den verschiedensten Seiten nachgewiesen und anerkannt worden ist. Sie begnügt sich damit die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs durch einige schützende Bestimmungen zu ergänzen. Die wichtigste geht dahin, daß der Handlungsgehilfe für die Dauer der auferlegten Beschränkung einen Anspruch auf gesetzliche Entschädigung hat. Die Entschädigung soll betragen: für das 1. Jahr ein Viertel des vom Gehilfen zuletzt bezogenen Gehalts, für das 2. Jahr ein Drittel und für das 3. Jahr den vollen Betrag. Der Gehilfe muß sich aber das anrechnen lassen, was er durch anderweitige Verwertung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterläßt. Würde sein Einkommen unter Hinzurechnung der Entschädigung das zuletzt bezogene Gehalt übersteigen, so wird die Entschädigung um den überschießenden Betrag gekürzt. Ein Anspruch auf Entschädigung besteht nicht, wenn das Gehalt des Handlungsgehilfen 8000 Mark übersteigt; ferner wenn die Konkurrenzklausel nur für 1 Jahr und nur für einen Umkreis von 2 Kilometer, vom Geschäftsraum aus gemessen, vereinbart ist.

Mit Recht ist getadelt worden, daß die Frage der Konkurrenzklausel nur für Handlungsgehilfen und nicht für alle Dienstpflichtigen neu geregelt werden soll. Die Fälle, in denen Arbeiter ge-

zwungen werden sich einer Konkurrenzklausel zu unterziehen, werden immer häufiger. Sie hat hier in der Regel nur den Zweck den Arbeiter in eine Abhängigkeit zu bringen, die um so unerträglicher ist als er vom Dienstherrn keinen Gegenwert für den ihm zugemuteten Verzicht auf die freie Berufsausübung erhält. Jetzt ist die Gültigkeit der Konkurrenzklausel nur an die eine Voraussetzung geknüpft, daß sie nicht gegen die guten Sitten oder ein gesetzliches Verbot verstößt.

Es ist erfreulich, daß im Reichstag nicht nur von sozialdemokratischer Seite das Verbot der Konkurrenzklausel gefordert worden ist. Weigert sich der Reichstag diesen Schritt zu tun, so darf um so eher erwartet werden, daß er wenigstens das Anwendungsgebiet der Konkurrenzklausel enger begrenzt und den Dienstpflichtigen wirksamer vor Schädigungen schützt. Als Vorbild kann dafür das österreichische Handlungsgehilfengesetz und das schweizerische Obligationenrecht dienen. Jenem sollte die Bestimmung entnommen werden, daß nur Gehilfen mit einem Mindestgehalt von 4000 Kronen durch die Konkurrenzklausel gültig verpflichtet werden. Im schweizerischen Obligationenrecht ist namentlich die Bestimmung beachtenswert, daß das Konkurrenzverbot nur gültig ist, wenn der Dienstpflichtige durch die Verwendung der im früheren Dienstverhältnis gemachten Beobachtungen und Erfahrungen den Dienstherrn erheblich schädigen könnte, und daß es ohne weiteres dahinfällt, wenn der Dienstherr nachweisbar kein erhebliches Interesse mehr an seiner Aufrechterhaltung besitzt.

× Jugendliche Wohl wenige Fragen sind  
in Fach- und Laienkreisen,  
auf Kongressen und in der  
Literatur so eingehend erörtert worden  
wie das Problem der Behandlung jugendlicher Verbrecher. Es wirkt fast wie eine Erlösung, daß endlich dem Reichstag ein Gesetzentwurf über das Verfahren gegen Jugendliche (Personen, die noch nicht 18 Jahre alt sind) vorgelegt worden ist. Durch eine besondere Kühnheit zeichnet sich der Entwurf nicht aus. Am jetzigen Zustand gemessen bedeutet er gewiß einen großen Fortschritt. Aber der stärkere Eindruck ist doch der, daß die Verfasser allzu ängstlich bestrebt waren die Neuerung in den Rahmen bestehender Einrichtungen und überlieferter Anschauungen einzufügen. Die Gesetze und Vorschläge, die die

letzten 10 Jahre gebracht haben, sind von zwei gegensätzlichen Anschauungen beherrscht. Die einen fordern eine völlige Loslösung der Behandlung der Jugendlichen von Strafprozeß und Strafrecht und ihre Überweisung an Beamte außerhalb der Gerichtsorganisation, die an keine Formvorschriften gebunden, mit weiten Befugnissen ausgestattet und deshalb in der Lage sind die in jedem Fall gutschheinenden Anordnungen zu treffen. Die anderen wollen umgekehrt das Verfahren als Strafprozeß ausgestaltet wissen und verlangen darum in erster Linie die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft und der richterlichen Behörden. Auf diesem Standpunkt steht auch der deutsche Entwurf. Seine wichtigsten Bestimmungen sind die folgenden: Die Staatsanwaltschaft soll von der Erhebung der öffentlichen Anklage absehen, wenn Erziehungs- und Besserungsmaßregeln einer Bestrafung vorzuziehen sind. Wird aus diesem Grund das Verfahren eingestellt, so geht die Sache an die Vormundschaftsbehörde, die nun zwischen folgenden Möglichkeiten wählt: Sie kann sich mit einer Ermahnung des Jugendlichen begnügen oder ihn der Zucht der Eltern oder der Schulbehörden überantworten oder die Fürsorgeerziehung anordnen oder ihn der Aufsicht eines Fürsorgers unterstellen. Als Fürsorger sind auch Frauen wählbar. Erhebt die Staatsanwaltschaft Klage, so finden auf die Voruntersuchung und das Hauptverfahren die Vorschriften des Strafprozesses mit einigen wenigen Abänderungen Anwendung: Dem Jugendlichen muß stets ein Verteidiger oder ein Beistand bestellt werden; Untersuchungshaft soll nur verhängt werden, wenn sie nicht durch andere Maßregeln, zum Beispiel Unterbringung in eine Erziehungsanstalt, ersetzt werden kann. Zu den Jugendgerichten sollen als Schöffen nur in der Jugend-erziehung erfahrene Personen, und zwar auch Volksschullehrer, die sonst vom Schöffennamt ausgeschlossen sind, berufen werden.

Der wichtigste Einwand gegen diese Regelung ist der, daß alle Jugendlichen, sofern sie nur strafmündig, also mehr als 12 Jahre alt sind und nicht der Vormundschaftsbehörde überwiesen werden, dem Strafrecht und dem Strafprozeß unterstellt bleiben. Der Staat soll jedoch dem jugendlichen Alter 13- und 14-jähriger Kinder nicht nur durch den Ausschluß der Todesstrafe oder lebenslänglicher Zuchthausstrafe Rechnung tragen und sich der Einsicht nicht mehr ver-

schließen, daß, auch wenn der 14-jährige Schlingel eine Strafe verdient, es sich doch nicht um eine Verurteilung im Sinn der Strafprozeßordnung und nicht um die Verhängung der Strafen handeln kann, mit denen der Staat das Verbrechen bekämpft. Strafrecht und Strafprozeß sind in jedem Teil auf den Erwachsenen zugeschnitten und werden in der Anwendung auf Kinder bald zur Karikatur bald zu einem sinnlosen Unrecht.

In erster Linie steht deshalb die Forderung, daß die Vergehen jugendlicher Personen unter 16 Jahren nicht von den ordentlichen Gerichten untersucht und bestraft werden, sondern daß der Staat die Untersuchung und Ahndung besonderen Behörden anvertraut, deren Zusammensetzung und Verfahren den besonderen Verhältnissen der Jugendlichen angepaßt sind, und zwar in der Meinung, daß die Entscheidung dieser Behörde nicht die rechtliche Wirkung eines Strafurteils hat. Verharrt man auf dem Boden des Entwurfs, so soll wenigstens der Entscheid darüber, ob öffentliche Klage zu erheben sei, nicht dem Staatsanwalt sondern der Vormundschaftsbehörde übertragen werden. Der Vorschlag, daß es Frauen erlaubt sei im Jugendgericht als Schöffen mitzuwirken, hat auch im Reichstag Vertreter gefunden.

Im Anschluß daran seien noch einige Neuerscheinungen auf dem Gebiet des Jugendrechts erwähnt: Das 4. Heft der *Säemannschriften* /Leipzig, Teubner/ bringt eine Übersetzung des belgischen Jugendgesetzes vom 15. Mai 1912, mit einer Einleitung von Dr. H. von Hentig. In der bekannten Sammlung *Kultur und Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/ schildert Dr. Käthe Schirmacher das Jugendgericht in Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Frankreich und der Schweiz. Dort behandelt auch Dr. Elisabeth Munzinger die Jugendfürsorge des englischen Armengesetzes und die Behandlung krimineller Kinder in England. Die *Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge* in Berlin hat *Leitfäden zu den Unterweiskursen für die Arbeit in der Jugendgerichtshilfe* herausgegeben, die eine bequeme Orientierung auf diesem Gebiet ermöglichen. Beachtung verdient die von Dr. B. Freudenthal herausgegebene Schrift *Das Jugendgericht in Frankfurt am Main* /Berlin Springer/. An der Jugendgerichtsbarkeit und Jugendfürsorge beteiligte Personen teilen ihre Erfahrungen mit, die auch anderswo mit Nutzen verwendet werden können. Amtsgerichtsrat Allmenröder schil-

dert die Tätigkeit des Frankfurter Jugendgerichts, Staatsanwalt Dr. L. Becker die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht und der Nervenarzt Dr. H. Vogt teilt seine Erfahrungen als ärztlicher Gutachter mit. Besonderes Interesse dürfen die Mitteilungen beanspruchen, die Dr. W. Pollikleit über die Aufgaben, die Organisation und die Wirksamkeit der *Jugendgerichtshilfe*, das heißt derjenigen Organisation macht, die sich mit der Ermittlung der persönlichen Verhältnisse der Jugendlichen und mit der Schutzaufsicht über die bedingt Verurteilten beschäftigt.

× **Kurze Chronik** Das Reichsjustizamt hat den Entwurf eines Reichstheatergesetzes den interessierten Kreisen zugestellt, mit der Einladung sich darüber auszusprechen. Das Gesetz regelt die öffentlichrechtliche Seite des Theaterwesens (Konzessionspflicht) und stellt sodann eingehende Normen für den Anstellungsvertrag der Bühnengehörigen auf. Es schreibt gleiche Kündigungsfrist für beide Teile vor, verbietet Proben an den Sonntagen und nach den Abendaufführungen, verpflichtet die Direktion zur Ausbezahlung des Gehalts während 6 Wochen im Fall unverschuldeter Krankheit und auch bei Schwangerschaft, sofern die Vertragsdauer mehr als 5 Monate beträgt. Die Direktion ist verpflichtet alle Kleider zu liefern, mit Ausnahme derjenigen, die auch außerhalb der Bühne getragen werden können. Geldstrafen dürfen im einzelnen Fall eine halbe Monatsgage, und während der ganzen Spielzeit eine Monatsgage nicht übersteigen. × Der Reichstag hat eine Resolution, die von der Regierung ein gesetzliches Streikpostenverbot forderte, abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man vom Staatssekretär Dr. Delbrück (der sich ebenfalls gegen das Streikpostenverbot aussprach), daß aus Anlaß des Streiks im Ruhrrevier 2000 Anklagen erhoben worden sind, darunter 400 gegen Frauen. × Im preussischen Abgeordnetenhaus ist die Sichtung und Sammlung der noch gültigen Polizeivorschriften ange-regt worden. Wie notwendig eine solche Arbeit ist, kann daran ersehen werden, daß das preussische Kammergericht in den letzten Jahrzehnten hat untersuchen müssen, ob unter anderm noch folgende Erlasse gültig sind: eine Verordnung des vormaligen Fürstentums Göttingen über die Katechismustehre in kirchlichen Schulen vom 2. Oktober 1681; die Danne-

bergsche Schulordnung vom 16. August 1687, die hessische Sabbatornung vom Jahr 1770, eine Mühlenordnung vom Jahr 1568. In einem vom Reichsgericht entschiedenen Prozeß der Stadt Berlin mußte die Gültigkeit der Konsistorialverordnung von 1573 festgestellt werden. × Am 13. November hat der oberste bayrische Verwaltungsgerichtshof zugunsten der Stadt Nürnberg entschieden, daß die Leichenverbrennung durch keine gesetzliche Bestimmung verboten ist. × In England ist ein Gesetz in Kraft getreten, das Zuhälter und Kuppler mit der Prügelstrafe bedroht.

× **Literatur** Der Stuttgarter Arbeitersekretär Hermann Matuta hat unter dem Titel

*Der Arbeitsvertrag des gewerblichen Arbeiters und des Betriebsbeamten* ein recht nützlichcs Büchlein herausgegeben (Stuttgart, Schwäbische Tagwacht). Es enthält eine leicht verständliche Darstellung des Arbeiterrechts und des Verfahrens vor den Gewerbegerichten und bringt am Schluß einige Musterbeispiele für Klageschriften und Eingaben. × Wie unfrei und rechtlos das landwirtschaftliche Gesinde auch heute noch ist, schildert sehr anschaulich Fritz Faab in der vom deutschen Landarbeiterverband herausgegebenen Schrift *Die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Deutschlands*. Faab hat ein umfangreiches Material zusammengetragen, um die landwirtschaftlichen Arbeiter über ihre Rechtsstellung aufzuklären und um der Agitation für die Beseitigung der Gesindeordnung Stoff zu liefern. Beide Zwecke erfüllt das Schriftchen vortrefflich. × Als 12. Band der von Professor Dr. E. Heymann herausgegebenen *Arbeiten zum Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftsrecht* /Marburg, Elwert/ erschien eine von Dr. Otto Könncke verfaßte *Rechtsgeschichte des Gesindes in West- und Süddeutschland*. Der Verfasser hat sich nicht streng an diese örtliche Abgrenzung gehalten sondern auch die Zustände in den östlichen Gegenden berücksichtigt. Der 1. Teil des 938 Seiten starken Bandes enthält eine Geschichte der Rechtsquellen. Diese werden im 2., umfangreichern Teil zu einer systematischen Darstellung der Rechtsentwicklung seit dem 14. Jahrhundert verarbeitet. Das Werk stellt aber nicht nur eine Bereicherung der juristischen Literatur dar sondern bietet auch dem Wirtschafts- und Kulturhistoriker wertvolle Aufschlüsse.

Das gilt namentlich von den Kapiteln über das herrschaftliche Züchtigungsrecht, das Gesindestrafrecht, die Behandlung des Kontraktbruchs und das Koalitionsrecht.

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hochdort

**Wundergeschichten** Die kleine, zum Nachdenken geformte Geschichte (das *Sinngedicht* würde Gottfried Keller sagen) ist die Lieblingsform des jungen Erzählers Karl Goldman. Er hat diese Form zu einer beträchtlichen Künstlerschaft ausgebildet, und wenn er eine Menge antiquarischen Wissens, abseits liegender Kenntnisse aus Alchimie und Sternendeuterei entwickelt, so ist all die Wissenschaft doch Kunst in ihm geworden. Er ist zugleich geistreich und ein nahe an die Grenze des Poetischen vordringender Stilist. Und wenn er in der Titelnovelle seines Bandes *Das weise Jungfräulein* /Berlin, Fleischel/ die Gelehrten des Aufklärungsjahrhunderts von Tod und Leben witzige Dinge sagen läßt, dann hat er ein Stück vom verwesten Leben der Vergangenheit gerettet. Das weise Jungfräulein ist nämlich eine in der Retorte gezüchtete Homuncula, und während die Herren in Perücke und Akademiefrock nachsinnend den Spuk betrachten, zerstört er, zerrinnt er. Ungelöst bleibt das Geheimnis, ob die Homuncula nur die Vision verwirrter Nerven oder das wahrhaftige Geschöpf des Magiers war. Und wenn hier immerhin etwas zu logisch Konstruiertes verspürbar ist, so wird all das gedankliche störende Beiwerk unterdrückt in der sehr sanften, sehr rührenden Novelette von Euryalos und Chloe, von Euryalos, der ein Sklave war, der Geliebter einer Königstochter, ein angebeteter Mann wird, den all der Ruhm nur verdüstert und vernichtet. Einmal, als er schon sehr alt und mürbe geworden ist, begegnet er der geliebten Frau aus fernliegender Jugend. Sie ist schrumpelig, gefältelt, zerdrückt, eine unansehnliche, wohl abstoßende Greisin, und sie feiert doch die Stunden, da sie diesen Mannesmund küssen, umschmeicheln, anlächeln durfte. Die geschmeidige Phantastik, der keine allzu beharrlich grübelnde Vernunft gefährlich wird, ist das charakteristische Talent Goldmanns.

Bei den Ästhetikern scheint der Satz zu Recht zu bestehen, daß im Märchen und in der Geistergeschichte das Unbegreif-

liche als das Selbstverständliche gegeben wird. Alles muß Objektivität bekommen. Wo sich die deutende Person des Erzählers einmischet, wird die Stimmung zerrissen. Stimmung ist aber das wichtigste Element dieser poetischen Gattung. Dem Franzosen Claude Farrère gelingt es in seinem Gespensterroman *Das Geheimnis der Lebenden* /Frankfurt, Rütten & Loening/ diese Stimmung fast immer zu bewahren. Und es geschieht sehr Seltsames. Männer, die das Geheimnis entdeckt haben sich über Jahrhunderte ihr Leben zu erhalten, bewahren die ewige Kraft, indem sie von jugendfrischen Männern und Frauen die blühende Seele und das blühende Fleisch auf sich übertragen. Sie besitzen zu diesem schweren Geschäft einen magnetischen Kraftaussauger. In die Hände der Magier geraten ein französischer Kapitän und seine Geliebte. Der Kapitän wird auf dem mystischen Weg in zwei Hälften gespalten. Aber Bewußtsein von sich selber bleibt ihm nur in einer wahrnehmbaren Kreatur. Die Jugend wurde ihm entführt, er kehrt aus dem Magierhaus greisenhaft, bettlergleich zurück. Er sieht seinem eigenen Begräbnis zu, die einstige Geliebte wirft ihm Kupfermünzen in den Hut. Es wäre leicht gewesen das ganze Erlebnis als einen Traum zu beschreiben. Eine geschickt geschriebene Seite hätte hierzu genügt. Farrère will das nicht, und er hat eine lobenswerte Fähigkeit die Gespensterschwüle künstlerisch erquicklich zu machen.

Solche Ausflüge ins Geisterhafte locken ja, und aus einer derartigen Regung ist es auch zu verstehen, daß Richard Dehmel eine verschüttete Mär des längst seligen Laurence Housman aus dem Englischen übersetzt hat. Sie heißt *Blinde Liebe* /Berlin, Borngräber/. Sie spielt an einem Königshof, wo der tugendhafte Monarch seine Gattin nicht mit einer lüsternen Fee betrügen wollte. Als die Fee trotzdem in des Königs Bett kriecht, schildert sie eine Dirne. Da verflucht die Fee ihn und den Schoß seines Weibes. Die Königin wird zwar eine Prinzessin gebären, doch kein Mensch wird die Prinzessin sehen können, bis zu dem Tag, da das Königskind seine Jungfräulichkeit an irgendeinen Beliebigen fortwirft. Und so wird das nur zu führende Prinzeßchen, das kein Auge wahrnehmen kann, ein hübsches, rundes, schwarzes Mädchen. Es verliebt sich in einen armen Adjutanten seines Papas. Darum soll der arme Adjutant sterben.

Die Prinzessin ist verzweifelt, aber klug. Sie kriecht, da es ihr bei ihrer Unsichtbarkeit ja keine Mühe macht, in die Sträflingszelle des Adjutanten. Sie legt sich zu ihm aufs Sträflingsbett und ruht nicht eher, als bis der Offizier sie zu seiner Frau gemacht hat. So wird aus der unsichtbaren Prinzessin ein prächtiges, sehr deutlich wahrzunehmendes Fräulein, von Fleisch und Bein und noch mancher andern Tugend. Der König ist zwar wütend, doch er verzeiht bald und gibt seinen Segen und ein majestätisches Hochzeitsfest. Das war nun sehr weise von dem König, denn es sind ja nur abergläubische Leute, die sich von bössartigen Feen ihr Leben verderben lassen.

×  
Romane

Gregor von Tours erzählt in der Kirchengeschichte der Franken, daß König Chil-

perich seine Tochter in das Frauenkloster gesteckt habe. Denn sie war ein böser Ausbund und liebte es bei den gemeinen Soldaten zu schlafen. Die Prinzessin hat aber eine Verschwörung gegen ihre Äbtissin angestiftet, und die heilige Frau hätte beinahe ihr Leben eingebüßt. Nur geistliche Strafe brachte die Auf-rührerin und ihre Schwestern in Christo zur Vernunft. Felix Dahn hat sich einmal an dieser Chronik versucht und eine Mädchengeschichte daraus gemacht. Die französische Schriftstellerin Ra-childe, die als Dolmetscherin der weiblichen Sinnenbrunst und als Gespensterseherin ihren Ruhm erwarb, nahm in der Chronik anderes wahr. Sie fand Gelegenheit die Psychologie der Nonneuschafft auseinanderzusetzen. Und während sie nun die große Entsagung der Äbtissin und einiger bevorzugter Gottesbräute zeichnet, vertieft sie sich wohlwollend in das Sinnenleid der Klosterdienerinnen. König Chilperich hatte wahrlich keinen Engel zur Tochter. Denn diese etwas heftige Prinzessin hatte sich die Schenkel wund gerieben in der Nacht, da ein ganzer Söldnertrupp ihrer genoß. Rachilde liebt solche Bilder, Hündinnen und läufige Wölfinnen sieht sie in den streitbaren Klosterfrauen, und *Der Wölfinnen Aufruhr* wurde das merkwürdige Buch genannt, das bei Bruns in Minden deutsch erschienen ist.

Die Inzesttragödie zwischen Vater und Tochter hat der junge Herbert Eulenberg geschrieben. Przybyszewski liebt diese gefährlichen Probleme. Im *Ödipus* steht: Es haben Menschen auch in Träumen schon gelegen bei der Mutter. Die Freud-schen Psychoanalytiker haben viele der

Inzestträume als ein Gemeinsames der Menschengeneration, als etwas im Unbewußtsein Verborgenes gedeutet. Das Inzestmotiv wird jetzt häufiger angeschlagen. Curt Moreck schrieb seinen Roman *Jokaste, die Mutter* /Leipzig, Rowohlt/. Als der Gatte starb, blieb die Gattin mit einem Kind und mit einem fast unerweckten Gemüt zurück. Sie blieb zurück als eine mädchenhafte Mutter. Und als der Knabe wächst, ist der Körper der Frau noch immer die schöne, unversehrte Hülle ihres kaum verbrauchten Herzens. Ganz modern sind die Mutter und der Sohn, indem sie durch die luxuriösen Hotels des Südens reisen. Die Zimmer, in denen sie wohnen, sind üppig, eigentlich die Sinne einschläfernd oder sie auch aufreizend. Der Knabe hat einmal den nackten Leib der Mutter gesehen. Da erfaßt ihn großer Jubel, da wirft ihn große Trübsal nieder. Er wird ein Mann, er vergeißt sich an Zofen mit blondem Haar. Lange ist das Furchtbare nicht geschehen; was zwischen Jokaste und Ödipus geschah. Da fallen die Sinne der beiden doch eines Nachts zusammen, als die Mutter ihn mit der Zofe überrascht, heimkehrend, festlich gestimmt, himmlisch gekleidet von einem Fest, lockend mit ihrer duftenden Frauenreife. Es wird künstlerisch vermieden, daß die Auftritte zu deutlich werden. So ist alles erträglich, da es taktvoll geschrieben ist, und mit jener Gelassenheit, die einen vorsichtigen Stilisten auszeichnet. Nun kommen nach dem Inzest nicht Mord, Blendung, Brand und Verzweiflung, sondern nur ein schnelles Abreisen der Mutter in die Fremde, und eine Spazierfahrt des Prinzen an der Seite einer andern. Der Schluß ist zu rechtfertigen, beinahe nach dem philosophischen Ton des ganzen Buchs eine Notwendigkeit. Aber an dem Roman ist gar nicht der stoffliche Vorwurf das Wichtigste sondern gewisse Formen der Darstellung, ein geklärter, verfeinerter Impressionismus, der für Moreck verspricht.

Auch an der Dichterin A d a M e n z sind bisher nur formelle Tugenden zu rühmen. Ihr Impressionismus ist aphoristisch, nicht die Flecke auf den Weltdingen malend. Sie will vielmehr mit einem Strich, mit einem Wort den Eindruck des zu Sagenden vollkommen machen. Wäre manchem Schriftsteller die Weit-schweifigkeit vorzuwerfen, dann träfe bei der Menz ein Tadel eher ihre Wortkargheit. Häufig geschieht es ja bei ersten Büchern, daß der sachliche Inhalt durch die Sorgfalt im Formalen beeinträchtigt

wird. Das Buch heißt *Die heilige Kümmeris* /Berlin, Juncker/. Symbolisch ist die graue Öde, die düstere Gewöhnlichkeit über einer polnisch-deutschen Landschaft gemeint. Ein Moorgebiet ist es, mit mageren, morschen Bewohnern. Die meisten Menschen sind Zuchthäusler; sonst ein verkrüppelter Gefängnisarzt, der Zuchthausverwalter, ein abgedankter, verkrachter Reiterleutnant, dessen verzogene, hausbackene Frau und ein junges, mit allerhand Träumerei überladenes Fräulein; eine griesgrämige Krankenschwester und ein Paar von trinkenden, sehr steifen und doch nicht ganz heilen preußischen Verwaltungsbeamten. Das alles sucht über die Kümmeris nahe dem Zuchthaus hinwegzukommen. Man hängt sich da an ein armes Ideal, man will über das Moor eine Straße bauen, schüttet sie auch fertig auf, will die Straße mit dem Gesang junger Kinderstimmen einweihen. Die Straße versinkt, einige junge Kreaturen gehen auch dabei unter. Die Kümmeris begräbt alle Ideale.

Mit einer klug geschriebenen Erzählung vom Trugleben des Modearztes konnte sich *Lydia Danöfen* einführen. Jetzt sucht sie tiefere Probleme. *Maruschka* /München, Langen/ ist ein Gesellschaftsroman, der in Rußland beginnt und in München zur Katastrophe ausläuft. Eine slawische Frau hat dem russischen Fürsten das Juwel einer Tochter geboren. Die Mutter ist aber Gattin eines andern, wenig liebenswürdigen Mannes. Das Ehepaar zieht mit der Tochter und noch einem Sohn nach München, lebt dort von den Spenden des Fürsten und erscheint in den Augen der Bürger zwar exotisch, doch ehrbar. So geschieht es, daß die Kameraden des Sohnes sehr gut erzogene Jungen sind, die in das seltsame Russenhaus kommen. *Maruschka* wächst, wird ein herrliches Mädchen, die Geliebte vom Schulkameraden ihres Bruders. Das sind Kapitel, die von einer klugen Frau erzählt wurden, und die man mit Genuß liest. Die Zeit ist genaht, wo *Maruschka* bei einem russischen Fürsten die gleiche Rolle spielen soll, die einst ihrer Mutter zugefallen war. Das kann *Maruschkas* Bruder nicht verwinden, und er tötet sich. So endet etwas melodramatisch, was mit viel Ironie und Geschmeidigkeit begonnen war.

Als die deutsche Romantik entartet war, und Literaten vom Schlag des *Freischütz*librettisten Kind der Menge gefielen, war die Mode des Künstlerstücks

sehr beliebt. Van Dyck oder Michelangelo wurden in eine Szenenreihe gestellt, von Genies war viel die Rede, und litt solch Poet oder Maler Betrübbendes, dann blieb ihm die Träne nicht versagt. Aber es ist schon häufig betont worden, daß Künstlerdramen deshalb nie etwas taugen, weil die mit dem Talent Ausgezeichneten auf der Bühne alltätlich erscheinen, weil das Schöne ihrer Natur, der geistige Kampf, die seelische Erschütterung nicht so gezeigt werden können, daß sie des Mitgefühls wert erscheinen. Die Künstlerdramen werden jetzt verschmäht, aber die Künstlerromane sollen neuen Beifall finden. Walter von Molo will aus dem Leben Schillers gar eine ganze Folge von Romanen schreiben. *Ums Menschentum* wurde der 1. Band getauft /Berlin, Schuster & Löffler/. Nun ist Molo ein nicht unbegabter Schriftsteller, der ein feines Handwerkszeug führt, der hübsche Bilder sieht, den Menschen dialektische Sätze ohne Albernheit in den Mund zu legen weiß. Leider hat er einen Hang zur Empfindsamkeit. Man erwarte nicht eine psychologische Vertiefung des Problems vom jungen Schiller. Ganz farbig fängt das Buch ja an mit einer Schilderung des Schillerschen Vaterhauses. Aber bald ist alles nur alter Stil, alle Leute tragen die Ahnung von dem Genie in Schiller. Trotz des Versuchs die Entwicklung eines Dichtergenies zu zeigen wird alles aus der Prophezeiung nach dem Ereignis gezeichnet. Der 1. Band geht bis zur Flucht des Dichters, der eben den *Fiesko* vollendet und mit den *Räubern* schon die Kameraden begeistert hat. Diese Flucht ist ja von dem Musikus Streicher in einem klassischen Büchlein der Erinnerung aufgezeichnet worden.

Das Herz kann versöhnen, wenn der Stil des Künstlers nicht unbedingtes Lob verdient. Paul Barsch ist in seinem literarischen Urteil nicht sehr vorsichtig, er scheut nicht vor der breiten Gemütlichkeit zurück, die allzu bürgerlich ist. Und doch ist sein Leben- und Wanderroman *Von einem, der auszog* /Schweidnitz, Heege/ ein Buch von Würde und Wucht geworden. Der arme Bauernsohn zog aus, um ein Tischlergesell zu werden, und er erzählt von der Walze. Er berichtet von Kunden und Herbergen, von guten Meistern und bösen, von Gesellenversammlungen und sehr mühseliger Hungersnot. Das alles erzählt er geradeweg, ohne viele Überlegung. Die Sentimentalität belästigt manchmal, aber die

Einfachheit siegt schnell wieder. Auch eine Liebesgeschichte ist in das Vagabundenbuch verwoben, und hier dichtet Barsch innig und rührend. Seine Technik ist zwar umschweifig und alt, da aber fast alle Reisen auf der Chaussee zurückgelegt werden, so steht der unmoderne Stil dem unmodernen Wandersmann gut an. Und es zeigt sich, daß ein Fußmarsch von Dresden nach Leipzig ebenso abenteuerreich sein kann wie ein Forscherzug ins zentrale Afrika.

Vagabunden von seltsamem Schlag sind auch die Menschen der Eva Lotting. Denn eigentlich wollen sie brennend gern zu Hause bleiben, diese russischen proletarischen Juden, die in der Heimat nur Not erfahren und deshalb in die Weltwanderung hinausgedrängt werden. Vor den Toren hat Eva Lotting das Schicksalsbuch dieser Wanderer wider Willen genannt /Berlin, Reiß/. Das ist wahrscheinlich ein symbolischer Ausdruck, der andeuten will, daß die jüdischen Flüchtlinge verdammt sind vom schnellen Einzug in das Reich der Ruhe und des Glücks zurückgehalten zu werden. Da lebt in Russisch Polen ein Schneider, der ein Philosoph hätte werden sollen. Wie Tausende seiner Glaubens- und Elendsbrüder läßt er Frau und Kinder zu Hause, wandert er nach Amerika aus, damit er dort mehr Geld und Freude für die Familie erschaffe. In Amerika begegnet er einem Weib, einer Ausgestoßenen gleich ihm, einer halb Verlorenen gleich ihm. Frau und Kind vergißt er. Er verbündet sich die Gefundene als Gattin. Sie wird Mutter seiner Kinder. Inzwischen ist die erste Frau in der Heimat und in der Sehnsucht nach dem enttörnten Mann gestorben. Zwei Söhne hinterläßt sie, die jetzt übers Meer fahren. Nun beichtet der Vater dem Sohn. Schwer und peinvoll findet er eine karge Vergebung. Aber die zweite, in der Zeit der Unfreiheit erworbene Gattin kann nicht vergeben, obwohl sie aus dem schmutzigsten Straßewinkel einst auf gelesen worden ist. So ist der Ausklang des Buches ein herber und kein heiterer Friede, eine mit Tränen nur besegnete Wehmut. Wenn die Kapitel des Romans mit einer stilleren Realistik und nicht oft mit allzu pathetischem Grimm erzählt wären, so könnten sie noch tiefer bewegen.

Neuausgaben Die *Deutsche Bibliothek* in Berlin wetteifert mit all den Verlagsanstalten, die das gute, angenehm ausgestattete

Buch dem Leser schenken wollen. Die Zahl der wichtigen, klassischen Bücher, die solchem Unternehmen dienlich sind, dürfte gar nicht so groß sein. Der literarische Berater des Verlags muß da Merkwürdiges, aber Wertvolles und gleichzeitig dem allgemeinen Unterhaltungstrieb Gefälliges aussuchen. Carl Schüddekopf stellte einen Band Briefe von Goethes Eltern zusammen. Das war ein sehr geschickter Wurf. Nicht nur die muntere Art der Frau Aja wird in dem Frischesten abgedruckt, sondern auch der steife, zopfige Stil des Vaters. Und obgleich der kaiserliche Rat Goethe sogar seine Gefühle wie Buchführungselemente behandelte, erscheinen diese steifen Episteln gerade höchst lehrreich als Zeichen einer zeremoniösen Zeit. Dieser Johann Kaspar Goethe war im Juli 1740 in die wunderschöne Mailänderin Maria Guisetta Merati verliebt. Er hat sie in einem süßen Brief sogar als die erste und einzige bezeichnet. Als er später sein italienisches Reisejournal aufzeichnete, bewahrte er die Briefe und die Antworten, alles unter dem kalten, komischen Namen *Briefwechsel zwischen zwei Personen verschiedenen Geschlechtes*. Eine Fülle von guten (und zum Teil doch so wenig gekannten, ja halb verschollenen) Büchern bringt die *Deutsche Bibliothek*. Da haben wir Werke und Briefe von Schiller, Beethoven und Otto Ludwig, da haben wir Chr. Reuters *Schelmuffsky* und Meinholds *Bernsteinhexe* und vieles andere Gute. Nur die Einleitungen sollten sich von Subjektivität und Konjunkturalismus fernhalten; weshalb muß man zum Beispiel in der Einleitung zur *Odyssee* die Hypothese von der Urheimat der Griechen als lautere Wahrheit hinstellen? Unumschränktes Lob verdient die Ausstattung der Bibliothek. Die Leinen- wie die Lederbände sind von schöner Einfachheit, könnten sogar bei ihrer Wohlfeilheit anderen, teureren Luxusbüchern als Muster im Äußern gelten.

Eine *Liehhaberbibliothek* bringt Gustav Kiepenheuer in Weimar auf den Markt. Dort sind berühmte Werke der Weltliteratur vereinigt, die in einem schmalen Band zu bergen sind, zum Beispiel Andersens *Bilderbuch ohne Bilder*, Novellen Edgar Allan Poes, Erzählungen des Clemens Brentano, des Dänen Jacobsen, kleine, zarte Geschichten, Lotis *Islandfischer*. Jeder Band kostet nur 1,50 Mark, und er ist für den Genuß des Auges bestimmt. Schmales Duodez, ein schwarzer Deckel, ein mattweißer

Rücken, und auf dem schwarzen Grund leichtes vergoldetes Ornament oder auch nur der in großen Lettern dargebotene Titel. Das Innere des Buches ist mit Federzeichnungen geschmückt. John Jack Vrieslander ist mit seiner bizarren, dem Gewöhnlichen fleißig ausweichenden Feder ein trefflich ausgewählter Illustrator, und auch Helene Vrieslander bemüht sich der Einfach und Lyrik Brentanoscher Lyrik nachzueifern.

Das Nutzbringende, die Gedanken Erweiternde einer Weltliteratur ist von Goethe häufig ausgesprochen worden. Er selber hat ja nicht wenig übersetzt, und was er der Verdeutschung wert hielt, wird noch heute nicht vergessen, wenn es gilt die besten Werke der Weltliteratur auszuwählen. Die *Meisterromane der modernen Weltliteratur* will der Verlag J. C. C. Bruns in Minden zu einer Bibliothek vereinigen. Flauberts *Madame Bovary* macht den Anfang; übersetzt von René Schickele. Auf das Moderne ist der Ton gelegt, und hier bedeutet der Anfang mit Flaubert beinahe ein Programm. Die besten Deutschen der Gegenwart, zum Beispiel Heinrich Mann, bekennen sich gern als Schüler Flauberts. So kann diese moderne Bibliothek auch einen pädagogischen Zweck erfüllen, indem sie ästhetisch erbaut und zur Nachahmung des Meisterbeispiels ermuntert. Das Unternehmen, das sehr zu begrüßen ist, wird hoffentlich einen guten Fortgang nehmen; die ersten Bände, die mit Geschmack ausgewählt sind, lassen das wünschen. Hans von Müller hat zur Biographie des E. T. A. Hoffmann die verdienstvollste Arbeit geleistet. Jahrelang galt der *Serapionsbruder* als der ewig angeheiterte Tischkamerad des Komödiantengefielens sich im Bericht von allerhand Schnurren des Berliner Kammergerichtsrats und Dichters. Heute verstehen wir ihn viel besser. Heute ist von der Sauflegende noch eine ganze Wahrheit geblieben, aber auch das Seelenproblem des Romantikers wurde tiefer erkannt. Da sich in ihm so viele Begabungen vereinigten, das große, aus reicher Erfahrung herkommende Musikverständnis, die Geschicklichkeit in der Führung des Zeichenstifts und des Pinsels und endlich die Fähigkeit als praktischer Jurist die Dinge des täglichen Lebens klar zu begreifen, ist er ein sehr schwer zu erkennender Charakter. Er verfügt nicht nur über mehrere Künste, er ist auch ein allseitig gelobter Richter. Und wenn

dieser Mann dichtet, dann fließen seiner Phantasie die Elemente aus hundert Richtungen zu. So gründlich, so modern wie Hoffmann hat kein Romantiker das Wesen der Musik begriffen. Es war ein guter Gedanke Georg Ellingers, daß er seiner Neuausgabe der Hoffmannschen Schriften als besondere Abteilung die musikalischen Aufsätze beifügte. Ellingers Ausgabe soll der literarischen Freude des Volkes dienen; denn sie erscheint in der *Goldenen Klassikerbibliothek* des Bongschens Verlags. Es sind 5 Bände in 12 Teilen, alle nach den alten, hier schon oft belobten guten Grundsätzen des Verlags ausgestattet. Der Dichter Johann Gottfried Seume, der im Jahr 1763 des Hubertusbürger Friedens geboren wurde, hat nicht die Vollendung seiner klassischen Vorbilder erreicht. Er ist jedoch im Gegensatz zu seinen Zeitgenossen ein Denker gewesen, dessen Freiheitsideen, dessen Verwerfung absolutistischer Regierungsformen noch heute den Staatsmann und Kulturforscher belehren dürfen. Dieser Mann hat eines der buntesten Jugendschicksale erlebt, die einem Menschen begegnen können. Der Student wurde von Seelenverkäufern eingefangen und als Soldat nach Amerika verhandelt. Dann wurde er russischer Offizier, und die Leute, die ihn kannten, prophezeiten ihm sogar ein Ministerportefeuille. Doch er zog es vor das Dasein eines unabhängigen Schriftstellers zu führen, in Versen und Abhandlungen die Eingebungen seines Herzens auszusprechen oder in die Welt hinauszuwandern, gerade dorthin, wo die Sehnsucht ihn begleiten wollte. Wilhelm Hausenstein hat das Leben Seumes wiedererzählt, sehr gründlich, sehr aufklärend, eifrig aufräumend mit allerhand literaturgeschichtlichen Irrtümern. Er hat dann seiner Lebensbeschreibung das heute noch zu Erhaltende der Seumeschen Schriften angefügt und es in einem kräftigen Buch vereinigt /Leipzig, *Leipziger Buchdruckerei*/. Er kann seine Arbeit gut rechtfertigen, denn sie vermittelt die Kenntnis von einem fast vergessenen, auch die modernen Leser gewinnenden Talent. In seiner Naturschwärmerei, in seiner Freude am Reisen und Beobachten fremder Länder und Bräuche ist Seume ganz modern; er pflegt all diese Beschäftigungen mit großer Aufrichtigkeit, von der leisesten Kulturschönheit berührt, ein Wanderer, der sich von der Banalität gelöst hat, um Natur und Welt und Menschen ehrlich und vorurteilsfrei zu erkennen.

Im Jahr 1813, das Ludwig, Hebbel, Richard Wagner und Karl Marx geboren hat, kam auch Georg Büchner zur Welt. In den letzten Zeiten wurde er oft genannt. Die Naturalisten des jungen Deutschlands liebten sein Revolutionsdrama *Dantons Tod*. Man versuchte sogar den *Wozzek* aufzuführen und auch die Romantik des Lustspiels *Leonce und Lena*. Schriftsteller von dem sehr verschiedenen Temperament des Karl Emil Franzos und Paul Landau haben die Lebensbeschreibung des genialen Jünglings verfaßt. Die Ausgabe von Franzos ist kaum noch zugänglich; Landaus Arbeit war nur für einen geringen Kreis der Liebhaber entworfen. Populäre Zwecke verfolgt jetzt Rudolf Franz, der eine mit knappen Anmerkungen versehene Ausgabe der *Dramatischen Werke* Büchners besorgte (München, Birk/). Sie ist dem Leser sehr zu empfehlen, denn sie enthält alles, was uns heute an Büchner fesselt, ohne durch Ballast zu ermüden.

Der Danteforscher Scartazzini hat eine recht umfangreiche Monographie über das Nachwirken Dantes in Deutschland verfaßt. Jede deutsche Dichterschule versucht eine neue Übertragung des Florentiners. Stefan George und Pochhammer und Zoozmann und Otto Hauser, Männer, die durch keinerlei Gemeinsamkeit der ästhetischen Anschauung verknüpft sind, arbeiteten an diesem Werk des Dolmetschens in letzter Zeit. Wolfgang Sorge hat die alte Streckfußsche Übertragung der *Göttlichen Komödie* durchgesehen und neu herausgegeben. Ihm lag daran vor allem ein schönes Buch zu schaffen, dem der Verlag Wilhelm Borngräber das angenehmste Äußere verlieh. Die *Göttliche Komödie* wurde hier auf sehr gutem Papier gedruckt, sie wurde mit den der Erinnerung würdigen Bildern Gustav Dorés geschmückt. So ist diese Ausgabe ein willkommenes Geschenk.

Wenn Goethe, der den Dialog *Rameaus Nefte* verdeutsch hat, auch manches grammatisch und sinnstörend gegen Diderot versah, so gewann er doch zum erstenmal deutsche Leser für einen sehr geistreichen, für einen sehr tapfern Sittenschilderer. Gustav Rohn übersetzt die Diderotsche Satire jetzt neu (Wien, Eisenstein/), er verwendet auf philologische Gewissenhaftigkeit zu lobende Sorgfalt. Er ist nicht sprachschöpferisch wie Goethe, nur zur Rettung jedes Satzes entschlossen und ein gut unterrichteter Kommentator der Arbeit.

Die Versuche G o b i n e a u s Renaissance-szenen für das lebendige Theater zu gewinnen sind stets gescheitert. Der Versuch den geistreichen Mann als einen unsterblichen Kulturapostel zu verkünden erschien nur wenigen, nicht Allzuverständigen als ein heiliges Menschenwerk. Bruchstücke werden stets diese *Historischen Szenen* sein. Der Graf Gobineau, Burckhardt und Hermann Grimm sind immerhin die Geister, die uns modernen Menschen ein Ideal vom Renaissancehelden erschufen. Das Ideal war eine Zeitlang sogar Modetierheit geworden. Jetzt sehen wir die Medici und die Borgia schon viel ruhiger, schon weniger verblendet an. Daher ist unsere Teilnahme an den poetischen Schöpfungen des Grafen Gobineau nicht Begeisterung, aber doch artiger Dank dafür, daß er uns große Willensnaturen mit kluger Deutung näherbrachte. Bernhard Jolles beabsichtigte nichts anderes als das Werk Gobineaus in seiner edelgeformten Sprache wiederzugeben, in einem Rhythmus, der oft der versifizierten Rede begegnet. Dieser Wunsch ist dem ergebenen Übersetzer sehr gut gelungen. Einmal brachte der *Inselverlag* von der Verdeutschung eine Prachtausgabe. Jetzt wird das Werk in einem Dreimarkband dargeboten, der in Druck und Ausstattung das Vorzüglichste zeigt.

× KurzeChronik Der 50jährige Gerhart Hauptmann, der in der ganzen Welt eine beträchtliche Menge von Liebe und Dankbarkeit empfangen konnte, wurde auch mit dem Dichterpreis der Nobelstiftung ausgezeichnet. Keine bessere Wahl konnten die Stockholmer Kunstrichter treffen. × Im *Börsenblatt für den deutschen Buchhandel* stellte Ernst Challier eine Erhebung an über die am häufigsten vertonten Lieder deutscher Poeten. An erster Stelle kommt Heine mit der Ziffer 4259, Rückert hat die Zahl 1095, Schiller 694, Goethe 2660; Chamisso folgt auf Storm, und hinter Mörike steht Paul Heyse. × Die *heilige Erde* ist eine von Louis Satow besorgte lyrische Anthologie (München, Reinhardt/ genannt. Sie soll ein *Hausbuch für freie Menschen* sein, und Otto Ernst setzt in einer Vorrede auseinander, daß alle aufklärende Gedankenlyrik in solchem Buch abgedruckt sein müsse. Gottfried Keller und Verhaeren, der 2. Korintherbrief und Richard Dehmel, Multatuli und Béranger sind in dem Buch zu finden.

×

×

**Literatur** Die Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts, die Richard M. Meyer geschrieben hat, mußte viele Angriffe erfahren. Dennoch bleibt dieses Werk die sorgfältigste und in den Geschmacksurteilen am wenigsten irrende Zusammenstellung von der deutschen Poesie des vorigen Jahrhunderts. Sicher ist, daß Meyer vielen Modernen nicht gewachsen ist, daß er nur Eigensinn sieht, wo eine starke Persönlichkeit sich anzeigt. Aber in einem Werk, das so zahlreiche Materialien vereinigt, konnte nicht alles allgemein gerecht formuliert werden. Wo Meyer sich nicht vollkommen seinem Kunstinstinkt anvertrauen mußte, wo er mit geklärten Meinungen rechnen durfte, da ist seine literarische, allein das Stoffliche bewältigende Analyse oft sehr gut. In diesem Sinn sind die Kapitel über Gottfried Keller und Fontane höchst lobenswert, und es bietet sogar treffliche ästhetische Belehrung, wenn der Philologe die Spracheigentümlichkeiten der beiden Dichter untersucht. Jetzt ist eine billige und gut ausgestattete Volksausgabe des Werkes bei Georg Bondi erschienen. × Im Jahr 1897 ließ Paul Schlenther sein Buch über Gerhart Hauptmann erscheinen (Berlin, S. Fischer). Er muß Genugtuung und Stolz empfunden haben, daß er sein Werk in der 7. Auflage erneuern, daß er es zum Jubiläumsgeschenk dem 50jährigen Dichter darbringen konnte. Vor 15 Jahren mußte der Biograph Hauptmanns noch streiten. Heute hat er gesiegt und durfte aus den ersten Kapiteln seines Buches alle Seiten des Angriffs herausnehmen. Dafür gewann er Raum auch die jüngsten Werke Hauptmanns, die Dramen und die Prosaschriften, eingehend zu besprechen.

## KULTUR

### Kolonisation / Ludwig Quessel

**Tropische Landwirtschaft** Daß die Erzeugnisse der deutschen Landwirtschaft zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lebenshaltung der arbeitenden Klassen nicht mehr ausreichen, ist eine Erkenntnis, die heute kaum noch irgendwo auf Widerspruch stößt. Und das ist leicht begreiflich, da die Abhängigkeit unserer Volksernährung von der ausländischen Landwirtschaft aus den Ziffern unserer Handelsstatistik viel zu klar und eindeutig hervorgeht, um geleugnet werden zu können. Dazu kommt, daß auch unsere Landwirtschaft in ihrem gegenwärtigen Bestand auf

wachsende Zufuhren agrikoler Rohstoffe angewiesen ist, deren Wert 1911 die gewaltige Summe von 728,8 Millionen Mark erreichte. Viel zu wenig Beachtung wird aber noch dem Umstand geschenkt, daß unser Fehlbetrag an agrikolen Produkten zurzeit in wachsendem Maß von der tropischen Landwirtschaft gedeckt werden muß. Die in der Tagespresse noch vielfach vertretene Auffassung, daß sich die Aufgabe der tropischen Landwirtschaft im wesentlichen darin erschöpft uns mit Südrüchten, Gewürzen und narkotischen Genußmitteln zu versehen mag für das 18. Jahrhundert noch eine gewisse Berechtigung gehabt haben, sie ist aber heute, wo gewaltige Gütermassen zwischen den Tropen und den gemäßigten Klimaten hin- und hergeschoben werden, unhaltbar geworden. Hierauf wieder einmal nachdrücklich aufmerksam gemacht zu haben ist ein Verdienst des Professors F. Wohltmann, der im *Tropenpflanzer* auf Grund der Reichsstatistik unsere Einfuhr von Bodenerzeugnissen der tropischen und subtropischen Gebiete im Jahr 1911 auf rund 2½ Milliarden berechnet. Sucht man eine historisch-ökonomische Erklärung für die Wucht, mit der sich der koloniale Gedanke bei uns durchgesetzt hat, so wird man an dieser gigantischen Ziffer nicht vorübergehen dürfen. Interessant ist auch das Wachstum unserer Einfuhr aus den tropischen und subtropischen Gebieten. Nach Wohltmann machte der Wert der eingeführten kolonialen Bodenerzeugnisse ohne Reis und Mais insgesamt in den einzelnen Jahrgängen aus: von 1902 bis 1905 durchschnittlich 1 695 977 000 Mark, von 1907 bis 1910 durchschnittlich 2 296 043 000, 1910 2 485 462 000 und 1911 2 647 560 000 Mark. Hierbei fehlen jedoch noch Reis und Mais, die auch zu einem erheblichen Teil den tropischen Bodenerzeugnissen zuzurechnen sind. Im Lauf eines Jahrzehnts ist also unsere Zufuhr an kolonialen Bodenerzeugnissen um eine Milliarde gestiegen, und ihr Gesamtwert erreicht heute eine Ziffer, die nur wenig niedriger ist als die Gesamteinfuhr von 1880 (2,8 Milliarden). Prüft man nun die landwirtschaftlichen Einfuhrstoffe tropischen Ursprungs auf ihre Zweckbestimmung, so findet man, daß denjenigen, die zur Bekleidung und Ernährung der proletarischen Massen dienen, die größte Bedeutung zukommt. Es wurden zum Beispiel im letzten Jahr für 554 Millionen Mark rohe Baumwolle und für 301 Millionen rohe

Schafwolle eingeführt. Sehr beachtenswert ist auch die starke Zunahme der Einfuhr von Ölrohstoffen, die unsere Nahrungsmittelindustrie bekanntlich zu Buttersurrogaten für den proletarischen Haushalt verarbeitet. An solchen Ölrohstoffen wurden im Jahr 1911 eingeführt: Baumwollsamöl für 10,5 Millionen Mark, Palm- und Kokosnußöl für 6,4, Sesam für 33,8, Palmkerne für 90,1, Kopra für 73,6, Baumwollsam für 24,8, Erdnüsse für 19,8 Millionen Mark. Die tropischen Ölrohstoffe dienen aber nicht nur zur Herstellung von Buttersurrogaten und Seife, sondern sie liefern unserer Landwirtschaft auch hochwertige Futterstoffe. Es sind dies die eiweiß- und fettreichen Rohprodukte von Palmfrüchten, Erdnüssen usw. Sie sind, sagt Professor Wohltmann, »nachgerade in der deutschen Landwirtschaft ebenso unentbehrlich wie beliebt . . . Die stärkere Sonnenstrahlung in den Tropen sowie der Mangel des Winters, welcher hier die Vegetation zum Stillstand bringt, machen es möglich, daß dort auf gleicher Fläche die Pflanzen weit mehr Öl, Fett und auch Eiweiß erzeugen als bei uns . . . Es haben sich nun insbesondere die fett- und eiweißreichen Palmkern-, Kokosnuß, und Erdnußkuchen als ganz hervorragende Milchfuttermittel bewährt. Sie erzeugen wegen ihres eigenartigen Fettes auch eine sehr feine, schmackhafte und haltbare Butter. Daher sind sie in einer rationellen Milchviehhaltung heute kaum mehr zu entbehren, und kein Landwirt möchte sie missen.« Wie man sieht, gelangen die Ölrohstoffe der tropischen Landwirtschaft nicht nur als Buttersurrogate auf den Tisch des Armen sondern auf dem Umweg über die Milchviehhaltung als Qualitätsbutter auch auf die Tafel des Reichen.

Die große Bedeutung, die insbesondere die tropischen Ölrohstoffe für unsere Volksernährung bereits gewonnen haben, hat das *Kolonialwirtschaftliche Komitee* veranlaßt folgenden Vorschlag von Vertretern der Industrie und Wissenschaft zum Beschluß zu erheben: »Im Hinblick auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung einer Ölrohstoffversorgung Deutschlands aus den eigenen Kolonien (<der Einfuhr im Wert von etwa 400 Millionen Mark steht nur eine Produktion von 18 Millionen Mark gegenüber>) beschließt das Komitee auf eine Vermehrung der Produktion und Verbesserung der Qualität der in den Kolonien bereits vorhandenen Ölrohstoffe, wie Palm-

öl, Palmkerne, Kopra, Erdnüsse, Sesam usw. sowie auf die Einführung dort noch nicht angebaute Ölrohstoffe, wie Lein, Raps, Rizinus usw. mit allen geeignet erscheinenden Mitteln hinarbeiten, insbesondere durch Propaganda für den Eisenbahnbau unter besonderer Berücksichtigung der Erschließung vorhandener und aussichtsreicher Ölrohstoffgebiete, Anregung bei den kaiserlichen Gouvernements: das staatliche landwirtschaftliche Versuchswesen mehr als bisher auf die Förderung des Anbaus ölliefernder Pflanzen auszudehnen, Beschaffung von Saatgut und Verteilung an die Regierungsstellen zur kostenfreien Abgabe an die eingeborene Bevölkerung, Lieferung von Maschinen zur Aufbereitung der gewonnenen Ölsamen und -früchte, Vervollkommnung der Apparaturen bei der Bereitung der Fette zwecks besserer Ausbeute und Verbesserung der Produkte, Förderung der Anlage von Plantagen unter europäischer Leitung, insbesondere von Ölpalmen- und Kokosnußplantagen mit maschineller Erntebereitung, Förderung von Maßnahmen zur Verhinderung des Verderbens von Ölsamen und -früchten beim Transport, Studium der Fortschritte der Technik auf dem Gebiet des Härtens der Fette und Öle.«

Zur Durchführung des Programms und zur Beschaffung der erforderlichen Mittel soll analog den kolonialen Organisationen der Textil-, chemischen, Kautschuk- und Maschinenindustrie eine Organisation der Ölrohstoffe verarbeitenden Industrie mit dem *Kolonialwirtschaftlichen Komitee* geschaffen werden.

× Neukamerun Die schon im Oktober vollzogene Übernahme des Neukameruner Bezirks

Wolö-Ntem in deutsche Verwaltung (die aber erst jetzt bekannt wurde) hat wieder die Aufmerksamkeit auf die neu gewonnenen, an Größe 10 preussischen Provinzen gleichkommenden Territorien südlich und östlich der alten Kameruner Grenze gelenkt, die das merkwürdige Schicksal hatten in amtlichen Publikationen des Kolonialamts ganz verschieden beurteilt zu werden. Bekannt ist, daß, als im Jahr 1911 auf Betreiben des Reichskanzlers dem Reichstag eine ziemlich rosig gefärbte Denkschrift über die neu gewonnenen Gebiete unterbreitet werden sollte, der damalige Staatssekretär von Lindequist sich weigerte seinen Namen unter diese Arbeit zu setzen, was zu seiner Verabschie-

dung führte. Die Denkschrift wurde dann von seinem Nachfolger dem Reichstag vorgelegt, wodurch die optimistische Auffassung über Neukamerun erst ihren amtlichen Stempel aufgedrückt erhielt. Groß war aber das Erstaunen aller Kolonialpolitiker, als im Hochsommer vorigen Jahres das Kolonialamt eine von Dr. Karl Ritter verfaßte Arbeit über Neukamerun erscheinen ließ, die so ziemlich das Gegenteil der ersten Denkschrift besagte. Die Rittersche Arbeit brachte zwar kein neues Material über die noch wenig bekannten Landstriche, faßte dafür aber alles schon vorhandene Material, vor allem die französischen Quellen, gründlich zusammen. Die Rittersche Publikation erweckte nun den Eindruck, als ob der neue Staatssekretär Dr. Solf in Sack und Asche Buße tun wollte für die Todsünde der Unterzeichnung jener ersten Denkschrift, die den Anlaß zum Wechsel in der Leitung des Kolonialamts gegeben hatte. Auch der ärgste koloniale Schwarzseher hätte von dem abgetretenen Teil vom Französisch Kongo kein düsteres und schreckhafteres Gemälde entwerfen können, als dies Dr. Ritter durch Zusammenstellung der französischen Schilderungen tat. Man glaubt, wenn man die Rittersche Schrift liest, in eine Hölle auf Erden zu blicken. In dem Stromgebiet des Sanga, namentlich aber in dem sogenannten *Sangavorsprung* wird, so hören wir, für Weiße der Aufenthalt von wenigen Monaten geradezu mörderisch. Weiter erfahren wir, daß fast überall die Erregerin der Schlafkrankheit die günstigsten Lebensbedingungen findet. Neben ihr existiert aber noch die Tsetsefliege, die das Halten von Großvieh unmöglich macht. Dazu kommen die schlimmsten Seuchen wie Pocken und Lepra, die unter den Eingeborenen zahlreiche Opfer fordern. Im ganzen ist das Bild, das Ritter von dem Neukameruner Gebiet entwirft, so trüb und unerfreulich, daß man sich über den heftigen Widerstand der französischen Regierung, die diese trostlosen Gebiete nur mit schwerem Herzen preisgeben vermochte, gar nicht genug wundern kann. Angesichts der widerspruchsvollen Beurteilung, die die neu erworbenen Gebiete im Kolonialamt selbst erfahren, war es keine leichte Sache sich ein einigermaßen objektives Bild von jenen Territorien zu machen, deren Abtretung an Deutschland sich im Sommer 1911 unter so heftigen politischen Gewitterstürmen vollzog.

Noch ehe Neukamerun in deutsche Verwaltung übergang, hat nun ein deutscher Forscher, Emil Zimmermann, in Gesellschaft seiner Frau einen erheblichen Teil des neu gewonnenen Gebiets bereist, und man kann wohl sagen, daß seine Reiseeindrücke und Untersuchungen (*Neukamerun* /Berlin, Mittler/) sich ebenso weit von der rosa gefärbten Darstellung der Denkschrift wie von den in schwarzen Farben gehaltenen Schilderungen Dr. Ritters entfernen. Am besten kommt der Standpunkt Zimmermanns in folgender Stelle der Einleitung zum Ausdruck: »Neukamerun; mit schweren Zweifeln ging ich hin, schwerer wurden sie nach den ersten Märschen in dem uns unbekanntem Land. Aber dann sahen wir freundlichere Bilder, sahen endlich sicheres Wachstum im Bereich der großen Ströme, und mit gesundem Vertrauen bin ich zurückgekehrt.« Es muß jedoch betont werden, daß Zimmermann das Stromgebiet des Sanga nur auf der zirka 400 Kilometer langen Strecke zwischen Carnot und Wesso gründlicher kennen gelernt hat. Sein Urteil kann sich daher auch nur auf diesen Teil Neukameruns beziehen. Der erste größere Ort, den Zimmermann in Neukamerun berührte, war Gaza, in dessen Umgebung er auf die Ruinen großer Dörfer stieß, deren Bewohner auf deutsches Gebiet gezogen waren, weil sie die ihnen von der französischen Republik auferlegten hohen Steuern nicht aufbringen konnten. Von Gaza ging die Reise über Berberati nach der Station Carnot, wobei der Marsch wiederholt durch die mächtige Urwaldzone führte. »Es riecht nach Gummi in diesem Urwald«, schreibt Zimmermann, »wie alles in diesem Land nach Gummi zu riechen scheint. Gummi: das war die Lösung, und darüber hat man vergessen, daß es außer Gummi auch noch Menschen gibt, die mehr sind und mehr sein sollen als Gummischneidemaschinen. Dörfer und Felder verfielen, Straßen und Wege verwilderten; der Verkehr stockte; aber man hatte Gummi. Das Land ist hier nicht schlecht, aber man hat zu viel dem Gummiteufel geopfert.« Was das Gebiet der Baias betrifft, so gibt Zimmermann zu, daß das Land stark in Verfall ist. Aber nicht die Seuchen sind daran schuld (Schlafkrankheit gibt es nur in der Umgegend von Nola und Carnot) sondern die Steuern, die die Leute, da die Gummivorräte erschöpft und der Handel abgetötet ist, kaum noch aufbringen konnten, weshalb sie zumeist

auf deutsches Gebiet, wo jene nur halb so hoch sind, abwanderten. Ähnlich wie bei den Baias sieht es auch im Gebiet der Yangheres aus: Hungersnot herrschte im Land, weil die mit Gummischneiden beschäftigte Bevölkerung nicht genug angebaut hatte. Ein ganz anderes Bild bot sich Zimmermann aber bei den Bukongos. Hier stand der Ackerbau in hoher Blüte, und alle paar Stunden stieß er auf Dörfer mit vielen hundert und zuweilen mehreren tausend Menschen. Von besonderer Bedeutung ist, was Zimmermann über den Sangavorsprung berichtet, der als eigentlicher Herd der Schlafkrankheit angesehen wird. »Daß die *Glossina palpalis*«, schreibt Zimmermann, »die Trägerin der Schlafkrankheit, am Sanga stark verbreitet ist, ist leider betäubende Tatsache; auf unserer Sangafahrt konnten wir uns zeitweise, dieser gefährlichen Insekten gar nicht erwehren. Gestochen wurden wir alle. Und schon bis Carnot ist die Schlafkrankheit emporgestiegen, und am Mbaerelß fordert sie ihre Opfer.« Was die Bevölkerungszahl von Neukamerun betrifft, so kommt Zimmermann auf eine Gesamtzahl von 900 000 bis 1 000 000 für das ganze Gebiet. Am schwächsten bevölkert ist der Sangavorsprung, dessen Bewohner durch die Schlafkrankheit dezimiert sind. Von der Bevölkerung des Ostgebiets sagt Zimmermann, daß sie unterworfen und trotz gelegentlich vorkommender Menschenfresserei im allgemeinen friedlich ist. Abgesehen von dem Gebiet der intensiv ackerbautreibenden Bukongos sind die von Zimmermann durchforschten Bezirke »früher weit mehr bebaut und bevölkert gewesen; da die Leute aber unter französischer Herrschaft, der es nur um Gummi- und Elfenbeinergewinnung zu tun war, in ihrer gummiarmer Gegend keinen Verdienst hatten und doch Steuern aufbringen mußten, sind sie zum größten Teil nach Altkamerun abgewandert«. Zur Erklärung dieser Erscheinung muß bemerkt werden, daß die französische Republik einen Steuersatz von 5 Francs für Männer und Frauen erhebt, was beim Vorhandensein mehrerer Frauen eine große steuerliche Belastung des einzelnen Haushalts bedeutet. Sehr wundern muß man sich nun, daß Zimmermann, der die verhängnisvolle Wirkung des französischen Steuersystems ganz richtig schildert, für eine allgemeine Steuererhöhung, für eine Kopfsteuer von 10 Mark pro Mann plädiert. Man braucht kein Prophet zu

sein, um vorauszusagen, daß ein solcher Plan, wenn er bei der deutschen Regierung bestehen sollte, auf lebhaften Widerstand im Reichstag stoßen wird. Bei den trostlosen Verkehrsverhältnissen wird es den Eingeborenen sauer genug auch an und für sich niedrige Steuersätze aufzubringen, so daß ihnen die steuerliche Erleichterung, die das deutsche Imperium mit sich bringt, wohl zu gönnen ist. Gewiß kann man hoffen, daß unter deutscher Verwaltung die Verdienstmöglichkeiten für die eingeborene Bevölkerung bessere werden, da Deutschlands trotz allen Geburtenrückgangs noch immer mächtig anwachsende Bevölkerung in viel höherem Maß als Frankreich auf die Zufuhr von Erzeugnissen der tropischen Landwirtschaft angewiesen ist. Allein die Entwicklung der tropischen Landwirtschaft und die Herstellung guter Verbindungen geht erfahrungsgemäß sehr langsam von statten, so daß zurzeit eine Erhöhung der deutschen Steuersätze für Neukamerun nur die Fortführung der französischen Steuerbedrückung darstellen würde. Im allgemeinen wird man die Zimmermannschen Reiseerlebnisse und wirtschaftspolitischen Untersuchungen als eine wertvolle Bereicherung unserer Kenntnisse von Neukamerun ansehen dürfen, ohne daß man deshalb seinem unkritischen Optimismus zuzustimmen braucht. Es scheint mir eine falsche Politik die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich der Nutzbarmachung der tropischen Landwirtschaft Afrikas für die Ernährung der jährlich um 4 Millionen anwachsenden europäischen Bevölkerung entgegenstellen, irgendwie zu verkleinern. Sie sind leider betäubend groß, aber sie müssen überwunden werden, und zwar in dem Maß wie durch das Wachstum der nordamerikanischen Bevölkerung die Territorien, die früher für die Ernährung der westeuropäischen Bevölkerung in der transatlantischen Republik vorhanden waren, immer kleiner werden, und die (wenn der gewaltige slawische Einwandererstrom ungebrochen weiter flutet) schließlich ganz verschwinden müssen. Die Gebiete extensiver Viehzucht in der Union sind schon heute für die westeuropäische Volksernährung gegenstandslos geworden, da die Bevölkerung der Vereinigten Staaten bereits auf erhebliche Fleischzufuhren aus Argentinien angewiesen ist. Man wird immer wieder auf diese großen Zusammenhänge verweisen müssen, um die

gewaltige Bedeutung der tropischen Landwirtschaft für die europäische Bevölkerung ins rechte Licht zu rücken, wobei man sich allerdings, um nicht phantastische Hoffnungen zu erwecken, von allzuraschem Optimismus fernzuhalten hat. Für Neukamerun ist dieser um so weniger am Platz, als es sich hier um Gebiete des schwarzen Erdteils handelt, die von der Natur besonders stiefmütterlich bedacht sind. Zu tadeln ist ferner, daß Zimmermann sich von einem geschmacklosen Nationalismus nicht frei zu halten weiß. Gewiß ist es zu verurteilen, wenn die Franzosen jetzt alles tun das neue deutsche Gebiet zu schädigen. »Sie haben«, erzählt uns Zimmermann, »fast alle Leute aus Ikelemba nach Wesso gezogen; grauenhaft wird unter den Elefanten gewütet. Der Stationschef von Ikelemba brachte an 2 Dutzend Elefantenzähne auf die Valerie, wovon die meisten noch nicht 1 Kilo wogen.« Alles das ist sicherlich beklagenswert. Wir können auch den Ärger Zimmermanns darüber begreifen, daß seine Forschungsreise von seiten der französischen Beamten mehr Hinderung als Förderung erfuhr. Berechtigt aber alles dies wirklich von »welscher Tücke« zu reden? Man muß den Franzosen doch zugute halten, daß sie Neukamerun als einen wertvollen Bestandteil ihres Kolonialbesitzes in Äquatorialafrika ansahen, und daß sie die Umstände, unter denen sich der Verlust dieser Gebiete vollzog, wie einen Eingriff in ihr Besitztum empfinden. Bei einer solchen Gemütsstimmung wird aber schließlich gar manches begreiflich.

× Kurze Chronik Das Deutsche Kolonialblatt veröffentlichte am 1. Februar eine bemerkenswerte Verordnung des Gouverneurs von Kamerun, die verbietet Eingeborenen Waren oder Geld auf Vorschuß mit der Abrede zu geben, daß die Gegenleistung in der Lieferung von Gummi bestehen soll. Derartige sogenannte *Trustgeschäfte* sind nichtig; das auf Grund eines solchen Geleistete kann nicht zurückgefordert werden. × Der Bau der ostafrikanischen Mittellandbahn schreitet rüstig weiter. Am 31. Dezember hat die Geleisspitze 207 Kilometer hinter Tabora erreicht und ist nur noch 28 Kilometer von Malagarasi entfernt, womit die Hälfte der Neubaustrecke zurückgelegt ist. × Durch Dekret vom 20. November 1912

ist ein italienisches Kolonialministerium errichtet worden, dem die Kolonien Tripolitanien, Kyrenaika, Erythrea und das Protektorat Italienisch Somaliland unterstellt sind.

× Literatur Es ist ein gewiß merkwürdiger Umstand, daß gerade derjenige Teil Deutsch Südwesafrikas, der wegen seiner absoluten Sterilität von Freund und Feind der Kolonialpolitik als völlig wertloser Besitz angesehen wurde, heute die größten Einnahmen abwirft. Daß aus dem Wüstensand der Namib in einem Jahr Diamanten im Wert von 20 Millionen Mark herausgeholt werden könnten, die für den Unterhalt der Kolonie fast 3 Millionen Mark abwerfen, hätte sich vor wenigen Jahren noch niemand träumen lassen. Auch als im Mai 1908 an der Bahnlinie Lüderitzbucht-Keetmanshoop ein *Kapboy* den ersten Diamantenfund gemacht hatte, wäre jeder ausgelacht worden, der prophezeit hätte, daß die wasser- und vegetationslose Wüste, die den ganzen Westrand Südwesafrikas ausfüllt, bald zu einer der bedeutungsvollsten Fundstätten des Königs der edlen Steine werden würde. Heute wissen wir, daß die Namib unter den Fundstätten des Diamanten an zweiter Stelle steht und mit ihrer Förderung im Wert von 20 Millionen Mark jährlich die älteren Fundstätten in Südamerika, Australien und Indien weit überholt hat. Man darf sich daher auch nicht wundern, daß *Jean Demuth* in seiner fleißig gearbeiteten Monographie *Der Diamantenmarkt* /Karlsruhe, Braun/ der deutsch-südwesafrikanischen Ausbeute besondere Berücksichtigung hat angedeihen lassen. Die lezenswerte Schrift enthält alles, was über die stofflichen Eigenschaften der Diamantensorten, ihre Verwendung, Bewertung und Förderung zu sagen ist. Sehr eingehend sind die Besonderheiten der Fundstätten des Diamanten geschildert. Über die Diamantenschleiferei, die in Deutschland noch in den Kinderschuhen steckt, allerdings weniger technisch als kommerziell, und über den Handel mit geschliffener Ware erfahren wir vieles, was bisher wohl nur in den Kreisen der Interessenten bekannt war. Wer sich über Diamantenproduktion und -schleiferei und den Diamantenhandel schnell orientieren will, wird in der Demuthschen Studie wertvolle Aufschlüsse finden.





H

GUSTAVE FLAUBERT / GEZEICHNET VON  
JOHN HOEFTNER